

# Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

## Statistische Monatshefte

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

**November**

Dezember

# 1987

## Inhalt

---

<b>Das Landesstatistikgesetz</b>	265	Es wird ein Überblick über die wesentlichen Regelungsinhalte des Gesetzes gegeben.
----------------------------------	-----	--

---

<b>Volkszählung 1987 – Wiederholungsbefragung</b>	266	Um die Zuverlässigkeit und Genauigkeit der Volkszählungsergebnisse beurteilen zu können, wird im September stichprobenweise eine Wiederholungsbefragung zur Volkszählung 1987 durchgeführt. In die Nacherhebung einbezogen werden ungefähr 3 600 Einwohner in 29 rheinland-pfälzischen Gemeinden.
---	-----	---

---

<b>Konzept der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988</b>	270	Die für 1988 geplante Einkommens- und Verbrauchsstichprobe soll die Zusammenhänge zwischen Einkommen, Verbrauch und Vermögensbildung der privaten Haushalte aufzeigen.
--	-----	--

---

<b>Auszubildende 1977 bis 1986</b>	272	Über die Berufsbildung liegen für einen Zeitraum von zehn Jahren Daten aus der amtlichen Statistik vor. Über die Entwicklungen wird berichtet.
------------------------------------	-----	--

---

<b>Gewicht und Länge von Neugeborenen</b>	278	Der Beitrag zeigt, neben einem zeitlichen und regionalen Vergleich, Abhängigkeiten vom Alter der Mutter, von der Geburtenfolge und der Legitimität auf und vergleicht die Merkmale Gewicht und Länge von Lebendgeborenen mit denen von Totgeborenen und verstorbenen Säuglingen.
---	-----	--

---

<b>Bruttojahresverdienste in Industrie und Handel 1986</b>	282	Die Bruttojahresverdiensterhebung, in die auch die einmaligen Zahlungen einbezogen werden, vermittelt ein vollständiges Bild der Verdienstentwicklung der Arbeitnehmer in Industrie, im Handel, bei Banken und Versicherungen.
--	-----	--

---

<b>Einfluß der Energiekosten auf die Beheizungsart</b>	286	Es wird über die verwendete Heizenergie in den Wohnungen und deren Entwicklung berichtet.
--	-----	---

---

<b>Anhang</b>	81*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	87*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

---

### **Weiterhin überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum in Rheinland-Pfalz**

Auch in den ersten sechs Monaten dieses Jahres konnte die rheinland-pfälzische Wirtschaft ein überdurchschnittliches Wachstum erzielen. Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich nominal um 5,1 %. Real, also unter Ausschaltung der Preiseinflüsse, betrug der Anstieg 2 %.

Für das Bundesgebiet lagen die Zuwachsraten im 1. Halbjahr 1987 bei + 4,3 bzw. + 1,5 %.

Im Jahre 1986 hatte die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz real 3,4 % und nominal 6,6 % betragen, bei einem Bundesdurchschnitt von 2,5 bzw. 5,7 %. pf

### **Das Landesstatistikgesetz**

Mit dem Landesstatistikgesetz zieht der Gesetzgeber für den Bereich der amtlichen Statistik die notwendigen Folgerungen aus dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 1983.

Das Gesetz enthält zunächst Ergänzungen zum Bundesstatistikgesetz für die Durchführung statistischer Erhebungen der Europäischen Gemeinschaften und des Bundes. Darüber hinaus bringt es für die Bereiche der Landesstatistik und der Kommunalstatistik die notwendigen Verfahrensregelungen; sie gelten grundsätzlich für alle Landes- und Kommunalstatistiken. Schließlich schafft das Gesetz die Voraussetzungen für die Übermittlung von Einzelangaben aus der Volkszählung 1987 an kommunale Gebietskörperschaften.

Das Gesetz leistet damit zugleich einen Beitrag zur Rechtsbereinigung. Spezielle Verfahrensregelungen für den Vollzug der Statistik in fachspezifischen Rechtsvorschriften werden aufgehoben und durch die allgemeinen Regelungen dieses Verfahrensgesetzes der Statistik ersetzt. schö

Mehr über dieses Thema auf Seite 265

### **Wiederholungsbefragung beendet Volkszählung**

Mit einem Nachtest zur Feststellung der Qualität der Ergebnisse der Volkszählung hat Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland die Umfragen weitestgehend abgeschlossen.

Ziel der international üblichen Wiederholungsbefragung war es, Erkenntnis über die vollzählige Erfassung der Haushalte und Personen durch die Haupterhebung zu gewinnen. Damit sollen Aussagen darüber ermöglicht werden, ob und in welcher Größenordnung Über- oder Untererfassungen ausgewählte Merkmalsverteilungen beeinflussen. Zu diesem Zweck wurden bei 0,1 % der

Bevölkerung, das entspricht jedem tausendsten Einwohner, die sechs Grundmerkmale Alter, Geschlecht, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Wohnsitz und Erwerbstätigkeit noch einmal abgefragt. Dieser kleine Nachtest ermöglicht es, die Qualität der Antworten bei der Volkszählung und damit den Genauigkeitsgrad der Ergebnisse abzuschätzen und sachgerecht zu bewerten. sa

### **Arbeitsstättenzählung läuft planmäßig**

Für die im Rahmen der Volkszählung durchgeführte Arbeitsstättenzählung liegen dem Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz bereits zwei Drittel der insgesamt erwarteten rund 150 000 Fragebogen vor. Die Qualität der bisher geprüften 30 000 Fragebogen ist als gut zu bezeichnen. Nur in knapp 10 % der Fälle ist aufgrund unvollständiger Angaben oder nicht genauer Beschreibung der wirtschaftlichen Tätigkeit eine Rückfrage erforderlich. Die überwiegend telefonisch durchgeführten Rückfragen lassen seitens der Auskunftspflichtigen eine große Bereitschaft zur Vervollständigung und Präzisierung der Angaben erkennen.

Nach den bisher gewonnenen Erfahrungen ist davon auszugehen, daß die Arbeitsstättenzählung innerhalb des festgelegten Zeitplans, der eine Veröffentlichung erster Ergebnisse auf der Ebene von Regierungsbezirken und Wirtschaftsabteilungen zu Beginn des vierten Quartals 1988 vorsieht, erfolgreich abgewickelt werden kann. Bereits jetzt läßt sich erkennen, daß in den ländlichen Regionen des Landes mit einer leichten Zunahme der Zahl der Arbeitsstätten gegenüber dem Ergebnis der Arbeitsstättenzählung 1970 zu rechnen ist. wz

### **Mädchenanteil bei Auszubildenden leicht gestiegen**

Bei den für die Berufsbildung zuständigen Stellen wurden 1986 in Rheinland-Pfalz 106 700 Auszubildende registriert. Das waren über ein Viertel mehr als zehn Jahre zuvor, aber 4,3 % weniger als 1984, als mit 111 500 der Höchststand der Zahl der Auszubildenden erreicht worden war.

Die meisten Auszubildenden wurden mit 48 700 im Ausbildungsbereich Industrie und Handel gezählt. Im Handwerk waren 41 850 Ausbildungsverträge in den Lehrlingsrollen eingetragen. In den freien Berufen wurden 7 700 junge Menschen ausgebildet, im öffentlichen Dienst 3 980, in der Landwirtschaft 3 700 und in der Hauswirtschaft (städtischer Bereich) 800.

Der Anteil der Mädchen an der Gesamtzahl der Auszubildenden lag 1986 bei 40 %, 1977 hatte er noch 37 % betragen. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 272

### **25 600 Studenten und Schüler gefördert**

Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhielten 1986 in Rheinland-Pfalz 25 593 Personen, und zwar 18 155 Studenten und 7 438 Schüler. Damit ging die Zahl der Geförderten gegenüber dem Vorjahr um 4,7 % zurück. 56 % (14 371) der Geförderten waren männlich, 44 % (11 222) weiblich.

Für die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz wurden 108 Mill. DM aufgewendet (Vorjahr 112 Mill. DM), ein Viertel als Zuschuß und drei Viertel als unverzinsliche Darlehen. Rund 77 % des gesamten Förderungsbetrages entfielen auf Studenten, 23 % auf Schüler.

Der durchschnittliche Förderungsbetrag pro Kopf belief sich 1986 auf 538 DM monatlich (Vorjahr 522 DM), wobei ein Student im Durchschnitt 555 DM und ein Schüler 489 DM erhielt. ke

### **Wieder kleinere Klassen an Realschulen**

An den 108 Realschulen in Rheinland-Pfalz werden im laufenden Schuljahr insgesamt 48 597 Jungen und Mädchen unterrichtet. Damit ist die Schülerzahl im Vergleich zum Vorjahr (51 132 Schüler) um 5 % gesunken. Die Zahl der Klassen beträgt in diesem Jahr 1 922. Gegenüber dem Vorjahr (1 962 Klassen) bedeutet dies einen Rückgang um 2 %.

Da die Schülerzahl stärker rückläufig ist als die Klassenzahl, ergibt sich in diesem Schuljahr erneut eine günstigere Relation Schüler je Klasse (durchschnittliche Klassengröße) von 25,3. Im vorangegangenen Jahr betrug dieser Wert 26,1. mo

### **Mehr Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst**

Mitte 1987 bestanden in Rheinland-Pfalz beim Land und den Gemeinden (Gv.) 10 531 Ausbildungsverhältnisse, davon 5 710 beim Land und 4 821 bei den Gemeinden (Gv.). Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 1,2 % ist auf die Entwicklung bei den Gemeinden (Gv.) zurückzuführen, bei denen die Zahl der Auszubildenden um 209 zugenommen hat, während sie beim Land um 86 gesunken ist. Der Anteil der Auszubildenden an der Gesamtzahl der Vollbeschäftigten beträgt bei den Gemeinden (Gv.) 9,4 % und beim Land 6,9 %.

Mehr als zwei Drittel der Auszubildenden beim Land sind Beamte, darunter 43 % Frauen. Ausbildungsschwerpunkte sind der Rechtsschutz und das Schulwesen. Von den Angestellten, die knapp 19 % der Auszubildenden des Landes ausmachen, werden die meisten an der Hochschulklinik und den Krankenhäusern ausgebildet. Eine Ausbildung im Angestelltenverhältnis wird von

Frauen bevorzugt (87 % der Auszubildenden). Von den 731 Arbeitern im Ausbildungsverhältnis lernen 32 % bei Wirtschaftsunternehmen des Landes, 27 % im Verkehrs- und Nachrichtenwesen sowie 21 % bei den Universitäten.

Unter den Kommunen engagieren sich die Landkreise am stärksten in der Ausbildung junger Menschen. Hier stellen die Auszubildenden 15,2 % der Vollbeschäftigten. In den Verbandsgemeinden sind es 10,4 %, in den verbandsfreien Gemeinden 9,9 % und in den kreisfreien Städten 7,6 %. 57,9 % der Auszubildenden sind in den eigentlichen Verwaltungsdienststellen, 33,1 % in Krankenanstalten und 9 % in Wirtschaftsunternehmen tätig. Zusätzliche Ausbildungsplätze in der Verwaltung stellen insbesondere die Verbandsgemeinden und die Landkreise bereit. la

### **Neugeborene wiegen im Durchschnitt 3 327 Gramm und sind 51,3 cm groß**

Im Jahre 1986 wurden in Rheinland-Pfalz 37 181 Kinder lebend geboren. Sie waren im Durchschnitt 3 327 g schwer und 51,3 cm groß. Die Knaben wogen mit 3 387 g über 100 g mehr als die Mädchen. Mit 51,6 cm gegenüber 51 cm waren sie auch etwas größer.

Körperlänge und Gewicht von Neugeborenen gehören seit 1972 zu den von der amtlichen Statistik erfaßten Merkmalen. Für diesen Zeitraum lassen sich keine größeren Veränderungen nachweisen.

Gewicht und Größe eines Säuglings sind ein entscheidender Faktor für dessen Überlebensfähigkeit. Säuglinge, die im ersten Lebensjahr starben, waren bei der Geburt wesentlich leichter und kleiner als andere Neugeborene. Kinder, die am Tag ihrer Geburt oder den darauffolgenden Tagen starben, waren extrem untergewichtig. Auch die totgeborenen Kinder zeigten hinsichtlich Größe und Gewicht deutliche Abweichungen von den Lebendgeborenen.

Besonders ganz junge und ältere Frauen bringen eher untergewichtige Kinder zur Welt. Aber auch die schwersten Kinder stammen in erster Linie von älteren Müttern. Kinder, die in einer Ehe als erstes Kind geboren werden, sind bei der Geburt leichter als ihre nachfolgenden Geschwister. Ausgesprochen extreme Werte sind hier jedoch relativ selten. Demgegenüber sind Neugeborene, die schon drei oder mehr Geschwister haben, vergleichsweise häufig deutlich leichter oder schwerer als der Durchschnitt.

Kinder alleinstehender Mütter sind kleiner und leichter als ehelich Neugeborene. Hier sind jedoch merkliche Veränderungen im Zeitablauf zu verzeichnen. So

hat der Anteil der extrem untergewichtigen und kleinen Neugeborenen bei den nichtehelichen Kindern in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 278

### **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988**

Im Jahre 1988 findet bundesweit eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe statt. Sie soll für die Wirtschafts- und Sozialpolitik neue Daten über Einkommensquellen und -verwendung liefern und die Zusammenhänge zwischen Einkommen, Verbrauch und Vermögensbildung aufzeigen.

Die Stichprobe erfaßt Haushalte aller Größen, sozialen Schichten und Einkommensgruppen. Ausgenommen sind die Anstaltsbevölkerung und die Bezieher extrem hoher Einkommen. Ausländer werden erstmals testweise in die Erhebung einbezogen. Erfragt werden die Einnahmen der Haushalte nach ihrer Herkunft, die Verwendung der Einnahmen nach Ausgabengruppen und die Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern.

Begonnen wird im Januar 1988 mit dem Grundinterview. Hier werden Daten über die Zusammensetzung des Haushalts, die Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern, die Wohnverhältnisse und andere sozio-ökonomische Merkmale des Haushalts und einzelner Haushaltsmitglieder erfaßt. Am Jahresende findet ein Schlußinterview statt, mit Fragen nach vorhandenem Vermögen, nach Schulden und anderen wirtschaftlich aktuellen Tatbeständen.

Die beteiligten Haushalte tragen elf Monate lang ihre Einnahmen und die Ausgaben für bestimmte größere Einkäufe und Zahlungen in sogenannte Haushaltshefte ein. Für einen Monat sind alle Ausgaben in einem Feinanschreibungsheft zu notieren. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 270

### **Industriearbeiter verdient 17,58 DM in der Stunde**

Im Juli 1987 verdiente ein Industriearbeiter in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 17,58 DM in der Stunde. Das sind 4,2 % mehr als im Juli 1986. Männliche Arbeiter erhielten 18,42 DM (+ 3,9 %), weibliche, aufgrund unterschiedlicher Qualifikation und Tätigkeit, 13,04 DM (+ 3,7 %). Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst erhöhte sich bei den Männern um 3,7 % auf 755 DM, bei den Arbeiterinnen um 3 % auf 508 DM. Die wöchentliche Arbeitszeit verringerte sich minimal, und zwar bei den Männern auf 41 Stunden und bei den Frauen auf 39 Stunden. Die wöchentlich bezahlten Überstunden blieben für alle Arbeiter mit durchschnittlich 1,6 unverändert.

Kaufmännische Industrieangestellte (ohne leitende Kräfte) kamen auf 3 908 DM im Monat (+ 3 %), technische Angestellte auf 4 820 DM (+ 3,4 %). Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhielten männliche kaufmännische Angestellte monatlich 3 634 DM (+ 5,2 %), ihre Kolleginnen 2 517 DM (+ 5,2 %).

Bei allen Angaben sind einmalige oder in unregelmäßigen Abständen geleistete Zahlungen unberücksichtigt. ze

### **Höchste reale Verdienstzunahme seit vielen Jahren**

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der rheinland-pfälzischen Industriearbeiter (einschließlich Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Hoch- und Tiefbau) stieg im Jahre 1986 um 4,4 % auf 39 200 DM. Die Verdienste der männlichen Arbeiter erhöhten sich auf 41 600 DM (+ 4,2 %), die der weiblichen auf 27 600 DM (+ 4,5 %). Es war die höchste reale Verdienstzunahme seit vielen Jahren. Einen höheren realen Zuwachs hatte es zuletzt im Jahre 1974 mit + 5,7 % gegeben.

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der Industrieangestellten betrug 57 900 DM (+ 4,1 %). Männliche Angestellte verdienten 63 600 DM (+ 4,2 %), weibliche 40 700 DM (+ 3,9 %). Angestellte im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe konnten ihr Einkommen 1986 um 4,8 % auf 39 000 DM steigern. Männliche Angestellte kamen auf 46 900 DM (+ 5,1 %), weibliche auf 31 700 DM (+ 3,8 %).

Der Anteil der einmaligen Zahlungen am Bruttojahresverdienst ist in den letzten Jahren für Industriearbeiter leicht angestiegen, für Angestellte in Industrie und im Dienstleistungsbereich blieb er fast unverändert. Arbeiter kamen 1986 auf einmalige Zahlungen von insgesamt 4 500 DM, das sind 11,3 % des Bruttojahresverdienstes, Industrieangestellte auf 7 500 DM (12,8 %). Die Angestellten im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhielten Sonderzahlungen von 4 500 DM (11,6 %). wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 282

### **Benzin und Heizöl teurer Verbraucherpreise im Oktober**

Benzin, Dieselkraftstoff und Heizöl haben sich im Oktober verteuert. Die Preise für Benzin stiegen binnen Monatsfrist um 1 bis 3 % und für Dieselkraftstoff um 2 %. Heizöl wurde im Landesmittel um 5 % teurer verkauft.

---

## **kurz + aktuell**

---

Rind- und Schweinefleisch sowie Wurstwaren wurden teilweise geringfügig billiger angeboten als im September. Im Vergleich zum Oktober 1986 waren insbesondere Bohnenkaffee, aber auch Pflanzenöl, Margarine und Delikateßgurken in Gläsern merklich billiger. Für Eier, frischen Kabeljau und tiefgekühlten Spinat mußte deutlich mehr bezahlt werden als vor Jahresfrist. Beim Gemüse und Obst verteuerten sich vor allem Blumenkohl, Chinakohl, Tomaten und Bananen. Kartoffeln, Kopfsalat und Birnen verzeichneten dagegen Preisrückgänge. br

### **Kleinere Kartoffelernte**

Die diesjährige Kartoffelernte wird sich in Rheinland-Pfalz voraussichtlich auf rund 325 000 t belaufen. Sie dürfte damit um 15 % niedriger liegen als im Vorjahr. Verantwortlich hierfür sind neben einer Anbaueinschränkung die geringeren Hektarerträge bei Spätkartoffeln. Rund 108 000 t der Gesamternte entfallen auf frühe Sorten.

Frühkartoffeln erzielten mit 295 dt pro Hektar eine weit überdurchschnittliche Flächenleistung. Sie übertrafen den hohen Vorjahreswert noch um 8 %. Bei den mittelfrühen und späten Sorten führte insbesondere die bei der niederschlagsreichen Witterung in der Hauptvegetationszeit verstärkt aufgetretene Krautfäule zu regional unterschiedlichen Ertragsminderungen. Sie lassen daher einen nur durchschnittlichen Hektarertrag von 284 dt erwarten. Er bleibt damit um 12 % unter dem Vorjahresergebnis. hü

### **Salatanbau gewinnt weiter an Bedeutung**

Auf rund 5 900 ha wurde 1987 in Rheinland-Pfalz Freilandgemüse angebaut. Gegenüber dem Vorjahr wurde die Fläche damit um 7,1 % eingeschränkt. Der Rückgang betrifft fast alle klassischen Gemüsearten. Die deutlichste Anbaueinschränkung ist mit 190 ha beim Spinat zu verzeichnen. Zunehmend in die Produktion einbezogen wurden hingegen verschiedene Salate, Chinakohl und Zucchini.

Auf Kopfsalat, für den Rheinland-Pfalz im Bundesgebiet neben Nordrhein-Westfalen einer der bedeutendsten Erzeuger ist, entfällt mit 801 ha die größte Fläche. Sie wurde gegenüber dem Vorjahr noch leicht ausgedehnt (+ 2,4 %). Es folgen Blumenkohl (699 ha), Zwiebeln (634 ha), Möhren (489 ha), Spinat (463 ha) und Spargel (407 ha). Auch der Anbau von Radieschen hat trotz leichter Einschränkung mit 361 ha nach wie vor einen nennenswerten Umfang. hü

### **Gesplante Entwicklung der Auftragseingänge im August**

Die Auftragseingänge von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz erreichten im August 1987 das Volumen des gleichen Vorjahresmonats. Einer schwächeren Inlandsnachfrage (- 0,9 %) stand eine Erhöhung der Auslandsbestellungen von 1,7 % gegenüber. Die höchste Zuwachsrate erzielte das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 7,6 %, wozu die chemische Industrie mit einer Steigerung von 15 % maßgeblich beitrug. In den übrigen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes kam es zu Abnahmen. Während sich für den Maschinenbau einschließlich ADV (+ 0,8 %) und die Herstellung von Kunststoffwaren (+ 7,3 %) ein Anstieg errechnete, verzeichnete die eisenschaffende Industrie einen Rückgang um 21 %, die Schuhherstellung um fast 13 % und der Straßenfahrzeugbau um 5 %. fu

### **Produktion von Januar bis August höher als im Jahr zuvor**

Die Produktion von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz lag in den ersten acht Monaten 1987 um 0,6 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Mit Ausnahme des Investitionsgütersektors (- 4,9 %) wurden in allen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes Produktionszunahmen erzielt. Überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichneten die Hersteller von Kunststoffwaren (+ 7,4 %) und die chemische Industrie (+ 5,8 %). Niedrigere Produktionsziffern wiesen dagegen der Steine- und Erdenbereich (- 11 %), die Schuhindustrie (- 12 %), der Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparaturen (- 6,1 %) und der Maschinenbau einschließlich ADV (- 4 %) auf. fu

### **Leichter Anstieg der Umsätze in Industrie und Handwerk im August**

Die Umsätze von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz nahmen im August 1987 um 1,8 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat zu. Während die Inlandsumsätze um 1,4 % zurückgingen, konnten die Exporte um 8 % ausgeweitet werden. Deutliche Steigerungen verzeichneten die chemische Industrie (+ 16 %) und der Straßenfahrzeugbau (+ 7 %).

Für den Zeitraum Januar bis August 1987 errechnet sich im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 0,9 %. Die Umsätze im Inland stiegen um 1,1 %, die mit dem Ausland um 0,6 %. fu

### Das Landesstatistikgesetz

Mit dem am 9. April 1987 in Kraft getretenen Landesstatistikgesetz (LStatG) vom 27. März 1987 (GVBl. S. 57) hat der rheinland-pfälzische Gesetzgeber für den Bereich der amtlichen Statistik die notwendigen Folge-  
rungen aus dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983 (BVerfGE 65, 1) gezogen. Das Bundesverfassungsgericht hat in diesem Urteil über den Bereich der Volkszählung hinaus wesentliche Grundsätze zum Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes) unter Berücksichtigung der besonderen Schutzwürdigkeit der amtlichen Statistik (Artikel 73 Nummer 11 des Grundgesetzes) entwickelt, die im Landesstatistikgesetz ihren Niederschlag gefunden haben.

#### Wesentlicher Regelungsinhalt

Im Hinblick darauf, daß es sich bei über 90 % aller Statistiken um Bundesstatistiken handelt, ist das LStatG sinnvollerweise in der Form ausgestaltet, daß es sich an die Regelungen des Bundesstatistikgesetzes – BStatG – (Neufassung vom 22. Januar 1987, BGBl. I S. 462, 565) anlehnt und soweit wie möglich auf die bundesrechtlichen Bestimmungen verweist. Hierdurch wird nicht nur der Verwaltungsvollzug vereinfacht, sondern auch die Überschaubarkeit der für die Datensicherung im gesamtstatistischen Bereich geltenden Regelungen für den Bürger erheblich verbessert. Das Gesetz übernimmt zunächst hinsichtlich der Zuständigkeit des Statistischen Landesamtes und der Errichtung eines Statistischen Landesausschusses in den §§ 2 und 3 im wesentlichen den Erlaß der Landesregierung vom 30. Juni 1968 (BerMinBl. 1968 Bd. 2 Sp. 163), geändert durch die Anordnung vom 10. Dezember 1971 (MinBl. Sp. 867). In den §§ 4 bis 6 finden sich ergänzende Regelungen zum Bundesstatistikgesetz für die Durchführung statistischer Erhebungen der Europäischen Gemeinschaften und des Bundes. § 4 Absatz 1 begründet eine Zuständigkeitsvermutung zugunsten des Statistischen Landesamtes und ersetzt die Landesverordnung über die Zuständigkeiten für Statistiken vom 15. Juni 1983 (GVBl. S. 133, BS 29 - 5).

Das Gesetz legt weiterhin die Statistiken fest, für die die Gemeindeverwaltungen bei der Durchführung statistischer Erhebungen die örtlichen Aufgaben übernehmen und stellt klar, daß es sich um Auftragsangelegenheiten handelt, deren Vollzug dem Weisungsrecht des Statistischen Landesamtes als Fachaufsichtsbehörde unterliegt. Neu geregelt sind auch die Zuständigkeiten

für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten. Diese wurden den Behörden übertragen, die auch mit den vorausgehenden Aufgaben betraut sind. So sind die Gemeinden bei den in § 4 Absatz 2 genannten Statistiken zuständig. Für die Verfolgung und Ahndung aller übrigen Ordnungswidrigkeiten im Bereich der amtlichen Statistik ist dagegen die Zuständigkeit des Statistischen Landesamtes gegeben. Diese Neuregelung führt zu einer Vereinfachung des Verwaltungsvollzugs. Zwischenbehördlicher Schriftverkehr mit den bisher zuständigen Stadt- bzw. Kreisverwaltungen kann entfallen. Soweit jetzt das Statistische Landesamt zuständig ist, wird die zum Teil größere räumliche Entfernung für den Bürger durch größere fachliche Kompetenz aufgewogen (Landtags-Drucksache 10/2442, S. 12). Aufgaben und Organisation der Erhebungsstellen sind in § 5 LStatG im einzelnen geregelt. Die Vorschrift normiert vor allem die vom Bundesverfassungsgericht geforderten organisatorischen und verfahrensrechtlichen Vorkehrungen, die der Gefahr einer Verletzung des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung in wirksamer Weise entgegenzutreten.

Das Landesstatistikgesetz eröffnet in § 6 unter den dort genannten strengen Voraussetzungen die Möglichkeit, Dritte, auch außerhalb des öffentlichen Bereiches, mit Aufgaben bei der Durchführung amtlicher Statistiken zu betrauen. Die entsprechende Anwendung des § 14 BStatG stellt sicher, daß die mit der Durchführung der Auftragsarbeiten beschäftigten Personen schriftlich auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses verpflichtet und der Strafanzeige nach den §§ 203 und 204 in Verbindung mit § 11 Absatz 1 Nummer 4 Strafgesetzbuch unterworfen werden. Zur Vermeidung von Doppelerhebungen und zur Sicherung einer sparsamen Verwaltungsführung dürfen die Behörden des Landes Forschungs-, Planungs- oder Untersuchungsaufträge hinsichtlich statistischer Arbeiten nur nach Anhörung des Statistischen Landesamtes an Dritte vergeben.

Kernstück des Gesetzes sind die Regelungen über die Durchführung von Landesstatistiken und Statistiken der kommunalen Gebietskörperschaften.

Auf Landesstatistiken beziehen sich mit Ausnahme des § 8 LStatG (Kommunalstatistik) alle Vorschriften. Landesstatistiken sind solche, die entweder durch Landesgesetz geregelt oder von obersten Landesbehörden durch Verwaltungsvorschrift angeordnet sind. Die Anordnung durch Verwaltungsvorschrift ist nur zulässig, soweit eine gesetzliche Grundlage nicht erforderlich ist.

Diese Voraussetzung ist nicht gegeben, wenn in Grundrechte eingegriffen wird, insbesondere wenn Sachverhalte aufgrund einer Auskunftspflicht erhoben oder mit Personenbezug aus Verwaltungsvorgängen erfaßt werden. Für alle Statistiken, gleichgültig auf welche Weise sie angeordnet werden, ob es sich um freiwillige oder um Erhebungen mit Auskunftspflicht handelt, gelten die den Datenschutz und das Verfahren sichernden Bestimmungen des Landesstatistikgesetzes. Damit wird erreicht, daß Bürger, die ihre Daten der Statistik freiwillig zur Verfügung stellen, in gleicher Weise geschützt werden wie Auskunftspflichtige.

Das Landesstatistikgesetz berücksichtigt die Belange der Kommunen. Diesen fehlte bislang ein Instrument, das es ihnen ermöglichte, Statistiken auch mit Auskunftspflicht zu erheben. § 8 LStatG ermächtigt nunmehr die kommunalen Gebietskörperschaften zum Erlaß von Satzungen für die Durchführung von Kommunalstatistiken mit grundrechtsrelevantem Eingriffscharakter. Die Gemeinden haben beim Erlaß solcher Satzungen die gleichen Pflichten, wie sie im staatlichen Bereich der Gesetzgeber hat. Dies bedeutet auch, daß sie sich mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob die vorgesehene Erhebung zur Erfüllung ihrer Aufgaben geeignet, erforderlich und zumutbar ist. Die Prüfpflicht schließt weiterhin die Methodenfrage ein. In diesem Zusammenhang muß jeweils geprüft werden, ob die Begründung einer Auskunftspflicht unerläßlich ist oder die Freiwilligkeit der Beantwortung ausreicht. Die Satzungen unterliegen gemäß § 47 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in Verbindung mit § 4 des Ausführungsgesetzes zur VwGO der Normenkontrolle.

Auf freiwilliger Grundlage konnten die Gemeinden bereits vor Inkrafttreten des Landesstatistikgesetzes Statistiken erheben. Nach § 8 Absatz 2 Nummer 2

LStatG müssen diese Erhebungen jedoch nunmehr angeordnet werden. Auch für freiwillige statistische Erhebungen gelten die den Datenschutz und das Verfahren sichernden Bestimmungen. Das Landesstatistikgesetz trägt im übrigen in § 8 Absatz 4 2. Halbsatz den Anforderungen des § 14 Volkszählungsgesetz 1987 Rechnung, indem es durch ergänzende landesrechtliche Regelungen die Voraussetzung dafür schafft, daß Einzelangaben aus der Volkszählung an kommunale Statistikstellen weitergegeben werden dürfen.

Von Landes- oder Kommunalstatistiken zu unterscheiden ist die Aufbereitung von Daten, die von Verwaltungsbehörden aufgrund nichtstatistischer Rechts- oder Verwaltungsvorschriften erhoben werden oder bei diesen Stellen in sonstiger Weise anfallen. Diese Art der Statistik wird vom Landesstatistikgesetz nur insoweit berührt, als es die Möglichkeit eröffnet, die Aufbereitung der Daten ganz oder teilweise dem Statistischen Landesamt zu übertragen (§ 2 Absatz 2 Nummer 2 LStatG).

Nach § 9 LStatG können schließlich bestehende Statistiken, die nach nunmehr geltendem Recht einer gesetzlichen Grundlage bedürfen, in einer Übergangszeit bis zu zwei Jahren seit Inkrafttreten des Gesetzes weiter durchgeführt werden, jedoch sind auch in diesem Fall die das Statistikgeheimnis und den Datenschutz gewährleistenden verfahrensrechtlichen Bestimmungen anzuwenden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß das Landesstatistikgesetz – unter Berücksichtigung der Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts – einen wesentlichen Beitrag zur Rechtsbereinigung und zur Rechtsklarheit im Bereich der amtlichen Statistik leistet.

Hans-Ulrich Schöberl

## Volkszählung 1987

### Zweck und Organisation der Wiederholungsbefragung

Es ist auch international üblich, bei Volkszählungen mit einer kleinen Stichprobe eine Wiederholungsbefragung durchzuführen, um Anhaltspunkte zu gewinnen, wie genau und verläßlich die erhobenen Angaben sind. Aus diesem Grund waren im Oktober in 29 rheinland-pfälzischen Gemeinden, die nach einem mathematisch-statistischen Verfahren zufällig ausgewählt wurden, noch einmal die Volkszähler unterwegs. Über den Zweck von Wiederholungsbefragungen sowie die konkrete Durchführung soll der folgende Beitrag informieren.

#### Wie genau ist die Volkszählung

Keine statistisch ermittelte Zahl stimmt absolut mit dem „wahren Wert“ überein. Jede Statistik kann deshalb nur dann beurteilt und sinnvoll benutzt werden, wenn die Genauigkeit ihrer Ergebnisse bekannt oder zumindest quantitativ abschätzbar ist.

Statistik wird von Menschen gemacht; besonders bei einer Großzählung wie der Volkszählung sind die Statistiker auf die Mitwirkung einer großen Zahl von Personen angewiesen. Der Bürger, der sich plötzlich den Erhebungspapieren zur Volkszählung gegenüber sieht, ist meist kein Statistiker, auch beim besten Willen kann er dabei die eine oder andere Frage falsch oder überhaupt nicht beantworten. Die 40 000 eingesetzten Zähler sind keine Detektive, die mit kriminalistischer Akribie den wahren Verhältnissen jedes einzelnen Haushalts nachspüren sollen. Abweichungen von den wahren Werten entstehen auch dadurch, daß es nicht möglich ist, mit den Definitionen statistischer Begriffe alle in der Realität auftretenden Fälle abzudecken. Dies vor allem nicht vor dem Hintergrund einer sich immer schneller wandelnden Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstruktur. Diese Unzulänglichkeiten führen zu sogenannten systematischen Fehlern, deren Größenordnung von vornherein nicht bekannt ist. Zu den Aufgaben der Statistik gehört es deshalb auch, die möglichen Fehlerquel-

len zu untersuchen, um so Informationen über die Zuverlässigkeit der Ergebnisse liefern zu können.

**Fehlerabschätzung mit deskriptiven Kontrollen . . .**

Zählungskontrollen sind unabdingbarer Bestandteil jeder Statistik. Je nach Aufgabe unterscheidet man zwischen operativen und deskriptiven Kontrollen. Operative Kontrollen haben die Aufgabe, systematische Fehler während der Erstellung der Statistik zu ermitteln und zu beseitigen, um so die Ergebnisse zu verbessern. Bei deskriptiven Kontrollen dagegen wird nachträglich die Größenordnung der systematischen Fehler bestimmt, die in den statistischen Zahlen enthalten sind, mit dem Ziel, die Güte der Ergebnisse festzustellen, zu kommentieren und bei ihrer Verwendung zu beachten.

Dementsprechend wird die Volkszählung 1987 begleitet von einem System von Totalkontrollen mit operativem Charakter. Hierzu zählen in erster Linie die klassischen Kontrollmaßnahmen der manuellen Kontrollen der Zähler, der örtlichen Erhebungsstellen und des Statistischen Landesamtes, die der Prüfung der vollständigen und richtigen Erfassung und Zuordnung der Personen und Haushalte sowie der Eintragungen in den Personenbogen dienen. Ferner zählen hierzu die maschinellen Plausibilitätskontrollen zur Prüfung der Merkmalsangaben auf Wahrscheinlichkeit und logische Stringenz.

Ergänzt werden diese operativen Kontrollen durch eine Wiederholungsbefragung, eine Stichprobenerhebung mit deskriptivem Charakter, die im folgenden näher beschrieben wird. Auf eine Darstellung der Methode zur Durchführung und Aufbereitung der Haupterhebung, die für die Qualität der Ergebnisse von großer Bedeutung ist, wird hier verzichtet, da hierüber bereits hinreichend berichtet wurde.

**. . . auf repräsentativer Basis**

Rechtsgrundlagen für die Wiederholungsbefragung sind das Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) – im folgenden VZG – vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2078) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz –BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I Seite 462, 565). Für die Wiederholungsbefragung, die nach § 1 Abs. 4 VZG in Verbindung mit § 6 Abs. 1 Nr. 1 BStatG durchgeführt wird, besteht auf Grund von § 12 Abs. 3 VZG in Verbindung mit §§ 15 und 26 Abs. 4 Satz 1 BStatG Auskunftspflicht.

Zweck der Wiederholungsbefragung ist eine Abschätzung der vollzähligen Erfassung der Haushalte und Personen im Rahmen der Haupterhebung und die Untersuchung, ob und in welcher Größenordnung Über- oder Untererfassung ausgewählte Merkmalsverteilungen beeinflussen. So können etwa aus dem Umfang von Auslassungen und Doppelzählungen sowie Antwortverzerrungen Auswirkungen auf die aus den Daten der Haupterhebung ermittelte Alterspyramide abgeschätzt werden.

Bewußt kleingehalten wurde bei der Wiederholungsbefragung der Kreis der Auskunftspflichtigen. Der

gemäß § 1 Abs. 4 VZG zulässige Auswahlssatz von 0,2 % der bei der Haupterhebung Befragten wurde lediglich zur Hälfte ausgeschöpft. Die Belastung der Bevölkerung soll damit auf ein Minimum beschränkt bleiben. Insgesamt wurden in den ausgewählten 29 rheinland-pfälzischen Gemeinden ungefähr 3 600 Personen befragt.

Die Auswahl der in die Wiederholungsbefragung einzubeziehenden Personen erfolgte in einem zweistufigen Verfahren. Auf der ersten Stufe wurden vom Statistischen Bundesamt nach einem statistisch-mathematischen Verfahren für Rheinland-Pfalz 31 repräsentative Gemeinden ausgewählt. Für die zweite Stufe des Auswahlverfahrens wurde dann in Abhängigkeit von der Gesamtzahl der Arbeitsbezirke in diesen Gemeinden eine endgültige geschichtete Auswahl der Bezirke getroffen, die in die Nacherhebung einzubeziehen sind. Die Nennung der Bezirke erfolgte in der Weise, daß

in der Gemeinde X der 17., 27., . . . usw. Bezirk

in der Gemeinde Y der 36., 56., . . . usw. Bezirk

ausgewählt wurde. In zwei Gemeinden kam – wegen zu geringer Besetzung – kein Zählbezirk in die Stichprobe, sodaß in Rheinland-Pfalz in 29 Gemeinden die Wiederholungsbefragung stattfand.

Die Schichtung erfolgte hierbei nach Gemeindegrößenklassen, das heißt es wurde bei Gemeinden mit

bis	1 000 Einwohnern jeder	5. Bezirk
1 000 bis	2 000 Einwohnern jeder	10. Bezirk
2 000 bis	5 000 Einwohnern jeder	20. Bezirk
5 000 bis	10 000 Einwohnern jeder	50. Bezirk
10 000 bis	20 000 Einwohnern jeder	100. Bezirk
20 000 bis	50 000 Einwohnern jeder	200. Bezirk
50 000 bis	100 000 Einwohnern jeder	500. Bezirk
mehr als	100 000 Einwohnern jeder	1 000. Bezirk

gezählt.

**Stark reduziertes Fragenprogramm**

Abgesehen von der Tatsache, daß nur eine kleine Stichprobe gezogen wurde, war der Ablauf bei der Wiederholungsbefragung der gleiche wie bei der Haupterhebung. Maßgebend für die Angaben bei der Wiederholungsbefragung waren die Verhältnisse am Stichtag der Haupterhebung (25. Mai 1987, 0.00 Uhr). Ausgehend von den Verhältnissen zum Zeitpunkt der Wiederholungsbefragung müssen für deren spätere Auswertung drei Personengruppen unterschieden werden.

- (1) Personen mit unverändertem Status: Hierunter fallen alle Personen, die sowohl am Zählungstichtag der Haupterhebung, als auch am Erhebungszeitpunkt der Wiederholungsbefragung unter der gleichen Adresse anzutreffen waren. Diese Personen bilden die Vergleichsgruppe für die Vollständigkeits- und Vollzähligkeitskontrolle im engeren Sinne.
- (2) Abgänge nach dem Stichtag: Personen, die zur Zeit der Wiederholungsbefragung nicht mehr in dem betreffenden Bezirk wohnten, waren zwar grundsätzlich ebenfalls auskunftspflichtig, doch wurde hier aus praktischen Gründen auf die Durchsetzung der

# VOLKSZÄHLUNG 1987

## WIEDERHOLUNGSBEFRAGUNG

### Haushaltsmantelbogen

Die Angaben im Haushaltsmantelbogen dienen bei der Wiederholungsbefragung wie bei der Volkszählung 1987 allein organisatorischen Zwecken. Ihr Name ist für die Vollzähligkeit dieser Nacherhebung und die Zusammenführung mit den Angaben der Volkszählung 1987 erforderlich; er wird nicht zusammen mit Ihren Angaben aus dem Personenbogen auf elektronischen Datenträgern gespeichert. Rechtsgrundlagen sind das Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. 11. 1985 (BGBl. I S. 2078) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. 1. 1987 (BGBl. I S. 462, 565).

Tragen Sie bitte in den Haushaltsmantelbogen Ihre Anschrift ein. Darüber hinaus sind im Verzeichnis der Personen einzutragen:

1. Alle Personen des Haushalts, die am 25. Mai 1987 in der Wohnung gewohnt haben und jetzt darin wohnen;

2. alle Personen des Haushalts, die am 25. Mai 1987 in der Wohnung gewohnt haben und jetzt nicht mehr darin wohnen;

3. alle Personen des Haushalts, die jetzt in der Wohnung wohnen, aber am 25. Mai 1987 nicht darin gewohnt haben.

In den Fällen der vorstehenden Nummern 2 und 3 ist **kein** Personenbogen auszufüllen. Bitte tragen Sie zusätzlich die Heft-Nummer Ihres Personenbogens ein (das ist die Nummer rechts oben auf dem Personenbogen).

Die Angaben der Wiederholungsbefragung im Personenbogen sind auf den Stichtag der Volkszählung den 25. Mai 1987 zu beziehen.

Beachten Sie bitte die Hinweise für das Ausfüllen der Erhebungsbogen auf den folgenden Seiten. Dieser Bogen enthält darüber hinaus Informationen über den Zweck der Wiederholungsbefragung im Rahmen der Volkszählung 1987, das Statistikgeheimnis, die Aufgaben der Zählungsbeauftragten und die Vernichtung der Erhebungsvordrucke.

#### Wichtig!

**Für jeden Haushalt muß ein gesonderter Haushaltsmantelbogen angelegt werden.**

Zu einem Haushalt zählen dabei alle Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften. Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt.

#### Anschrift:

Gemeinde \_\_\_\_\_ Gemeindeteil \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ Haus-Nr. \_\_\_\_\_

Um evtl. Rückfragen zu erleichtern, bitten wir um freiwillige Angabe der Telefonnummer. Tel.-Nr. \_\_\_\_\_

### Verzeichnis der Personen

Lfd. Nr. der Person	Familienname, Vorname	In dieser Wohnung am 25. Mai 1987 ...			Heft-Nummer
		... gewohnt und auch jetzt noch wohnend.	... gewohnt, jetzt aber nicht mehr wohnend.	... nicht ge- wohnt, aber jetzt wohnend.	
Zutreffende Antwort bitte ankreuzen (X)					
1	Gross, Karl	X			47111
2	Gross, Hilda		X		
3	Gross, Andreas			X	
1					
2					
3					
4					
5					
1					
2					
3					
4					
5					

VOLKSZÄHLUNG 1987
WIEDERHOLUNGSBEFRAGUNG

Heft-Nr. 50185
Lfd. Nr. der Person 1

Personenbogen

Falls Sie bereits am 25. Mai 1987 in dieser Wohnung gewohnt haben, beantworten Sie bitte die Fragen 1 bis 6.

1 Bitte Gemeinde angeben:

Rechtsgrundlage:
Gesetz über eine Volks-, Berufs- und Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. 11. 1985 (BGBl. I S. 2078) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 22. 1. 1987 (BGBl. I S. 462, 565).

Stichtag: 25. Mai 1987

Zutreffende weiße Felder bitte ausfüllen
oder [X] ankreuzen!

1 Geburtsangaben a) Geburtsjahr b) Geburtsmonat
2 Geschlecht männlich weiblich
3 Familienstand ledig verheiratet verwitwet geschieden
4 Welche Staatsangehörigkeit haben Sie? deutsch griechisch italienisch übrige EG-Staaten jugoslawisch türkisch sonstige/keine
5 Wird von Ihnen noch eine weitere Wohnung (Unterkunft/Zimmer) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bewohnt?
6 Sind Sie erwerbstätig Vollzeit Teilzeit nicht erwerbstätig arbeitslos Hausfrau Schüler/Student

\* siehe Erläuterungen auf der Rückseite

Nur vom Statistischen Landesamt auszufüllen!

Dekade 22/23

Auskunftspflicht verzichtet. Dieser Personenkreis steht somit nicht zur Kontrolle zur Verfügung.

- (3) Zugänge nach dem Stichtag: Alle Personen, die erst nach dem Zählungstichtag in den betreffenden Bezirk gezogen sind, müssen vor der Vollzählungskontrolle aus dem zu kontrollierenden Personenkreis ausgesteuert werden. Dies geschah mit der im Haushaltsmantelbogen enthaltenen Frage, ob die betreffende Person bereits am 25. Mai 1987 in dieser Wohnung gewohnt hat.

Gemäß § 1 Abs. 4 VZG wurden im Rahmen der Wiederholungsbefragung lediglich Angaben zum Geburtsdatum, Geschlecht, Familienstand und Wohnsitz sowie zur Staatsangehörigkeit und Erwerbstätigkeit erfragt. Die Reduzierung des Fragenprogramms auf wenige ausgewählte Sachverhalte trug ebenso wie der kleine Auswahlatz der zu Befragenden zu einer möglichst geringen Inanspruchnahme der Bürger bei.

Die Erhebungspapiere selbst waren wie bei der Haupterhebung in Heftform gehalten und bestanden aus dem Haushaltsmantelbogen und fünf Personenbogen. Der Wohnungsbogen fiel bei der Nacherhebung weg. Der Haushaltsmantelbogen sah die namentliche Auflistung aller Personen vor, die zum Zeitpunkt der Wiederholungsbefragung im Auswahlbezirk wohnen oder zwar am Stichtag (25. Mai 1987) zum Haushalt gehörten, aber jetzt nicht mehr zum Haushalt gehören. Zur Abgrenzung des Berichtskreises zur Wiederholungsbefragung bzw. zur Abgrenzung der Personen, die erst nach dem 25. Mai 1987 hinzugekommen sind, wurde die bereits oben erwähnte Eingangsfrage gestellt. Zur Abgrenzung des Personenkreises, der nach dem Stichtag ausgeschieden ist und für den eine Auskunftspflicht der verbleibenden Haushaltsmitglieder nur bezüglich der Zahl und des Vor- und Familiennamens besteht, war die Spalte „In dieser Wohnung am 25. Mai 1987 gewohnt, jetzt aber nicht mehr wohnend“ vorgesehen. Die Personenbogen waren nur von Personen auszufüllen, die sowohl am Stichtag der Haupterhebung, als auch zum Zeitpunkt der Nacherhebung in der betreffenden Wohnung gewohnt haben.

Die Rückgabemöglichkeiten der Erhebungspapiere zur Nacherhebung waren die gleichen wie bei der Haupterhebung. Auch ein Postversand war somit wieder möglich. Eventuelle Rücksendungen waren jedoch nicht an die örtliche Volkszählungserhebungsstelle zu richten, sondern direkt an das Statistische Landesamt, da Organisation und Durchführung der Wiederholungsbefragung beim Statistischen Landesamt lagen. Die Erhebungsstellen der Gemeinden waren nur insoweit in die Nacherhebung einbezogen, als sie die für die

Arbeitsbezirksauswahl nötigen Unterlagen zur Verfügung gestellt haben. Auch die eingesetzten Zählungsbeauftragten, die vor Ort die Erhebungspapiere verteilten, bei deren Beantwortung behilflich waren und sie wieder einsammelten, waren Bedienstete des Statistischen Landesamtes.

### **Maschinelles Abgleich von Haupterhebung und Wiederholungsbefragung**

Nach Eingang der Erhebungspapiere beim Statistischen Landesamt wird zunächst die Vollzählbarkeit der Papiere sowie die Vollständigkeit der zu beantwortenden Fragen geprüft. Die Erhebungsmerkmale der Wiederholungsbefragung werden sodann auf Datenträger übernommen, da die Fragebogen der Nacherhebung im Unterschied zu denen der Haupterhebung nicht als maschinenlesbare Belege konzipiert wurden. Anschließend werden die Einzeldatensätze der Wiederholungsbefragung erstellt, die später zur eigentlichen Auswertung mit den entsprechenden Einzeldatensätzen der Haupterhebung abgeglichen werden müssen. Ein ausschließlich summarischer Vergleich der Ergebnisse, auch wenn je Zählbezirk durchgeführt, würde nur ein lückenhaftes Bild liefern und keine ausreichende Gütebeurteilung der Zuverlässigkeit der Volkszählungsergebnisse erlauben.

Die spätere maschinelle Zusammenführung der Personendatensätze setzt voraus, daß die in der Haupterhebung einerseits, in der Wiederholungsbefragung andererseits vergebenen Haushaltsheftnummern je Zählbezirk einander gegenübergestellt werden. Für diesen Zweck wird an Hand der Regionallisten aus Wiederholungsbefragung und Haupterhebung eine „Übereinstimmungsliste“ angelegt, die neben den Regionalangaben die Heftnummern, jedoch keine Namenangaben enthält.

Auch bei der Wiederholungsbefragung werden Hilfs- und Erhebungsmerkmale zum frühestmöglichen Zeitpunkt getrennt. Die Einhaltung des Statistikgeheimnisses und des Datenschutzes ist somit auch in allen Phasen der Nacherhebung gewährleistet.

Eventuelle Beantwortungsunterschiede zwischen Haupterhebung und Wiederholungsbefragung werden keine Konsequenzen für den Auskunftspflichtigen nach sich ziehen. Es geht bei der Wiederholungsbefragung nicht um eine Kontrolle des Einzelnen, sondern um eine statistisch-mathematische Abschätzung der Ungenauigkeiten der Haupterhebung auf repräsentativer Basis.

Diplom-Volkswirt Klaus Sabrowski

## **Konzept der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988**

Über Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte liegen relativ wenig Daten vor. Sie können aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen und den Einkommens- und Verbrauchsstichproben gewonnen werden. Im Jahre 1988 findet wiederum bundesweit

eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe statt. Nach den Erhebungen in den Jahren 1962/63, 1969, 1973, 1978 und 1983 wird es die sechste dieser Art sein, die seit 1973 in fünfjährigem Turnus durchgeführt wird.

## Ziele der Erhebung

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe soll einen möglichst umfassenden Einblick in die wirtschaftliche und soziale Lage der privaten Haushalte ermöglichen. Mit ihrer Hilfe sollen Lücken im statistischen Instrumentarium bezüglich Struktur und Verteilung der Einkommen, Verbrauchsausgaben und Vermögen geschlossen werden. Der Wert der Ergebnisse besteht vor allem in Struktur- und Zeitvergleichen. Auch für die Zusammenstellung des Warenkorbes zur Berechnung des Preisindex für die Lebenshaltung sind die neu ermittelten Verbrauchsgewohnheiten erforderlich.

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 erfaßt Haushalte aller Größen, sozialen Schichten und Einkommensgruppen. Ausgenommen sind die Anstaltsbevölkerung und die Bezieher extrem hoher Einkommen. Nicht berücksichtigt werden Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 25 000 DM und mehr. Erfaßt werden etwa 0,25 % aller privaten Haushalte. An der letzten Erhebung waren 3 200 rheinland-pfälzische Haushalte beteiligt. In die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988, bei der von geringfügigen Änderungen des Fragenprogramms abgesehen am Konzept der Stichprobe von 1983 festgehalten wird, werden etwa 3 300 Haushalte einbezogen.

Folgende Merkmale wurden gemäß § 2 des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. I S. 18), erhoben :

- (1) die Einnahmen der Haushalte nach Quellen
- (2) die Verwendung der Einnahmen für
  - den privaten Verbrauch (nach Art, Menge und Betrag)
  - Steuern und Abgaben
  - Beiträge zur Sozialversicherung und zu privaten Versicherungen
  - Rückzahlungen von Schulden
  - Vermögensbildung
  - sonstige Zwecke
- (3) Angaben über die Zusammensetzung der Haushalte und ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sowie über die Ausrüstung der Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern, soweit diese Angaben für die statistische Zuordnung der Haushalte und für die Darstellung der Ergebnisse erforderlich sind.

In die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 sollen erstmals Ausländerhaushalte aufgenommen werden. Das bisherige Fehlen der rund 1,7 Millionen Ausländerhaushalte im Bundesgebiet mindert deutlich die Aussagekraft bei gesamtwirtschaftlichen Vergleichen. Fundierte Schätzungen über den Anteil der Ausländer an Einkommen, Verbrauch und Ersparnis scheitern wegen fehlender oder unzulänglicher Datenbasis. Angesichts der besonderen Gegebenheiten in Ausländerhaushalten wurde ein Konzept für die Befragung entwickelt, das ein gegenüber den deutschen Haushalten verkürztes und vereinfachtes Erhebungsprogramm vorsieht. Die schwierige Befragung soll zunächst als Testerhebung in einer begrenzten Zahl von ausländi-

schen Haushalten erfolgen. In Rheinland-Pfalz werden 40 Haushalte von Ausländern befragt. Aufgrund der erstmalig gesammelten Erfahrungen sollen dann die Ausländerhaushalte bei der nächsten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Jahre 1993 in gleicher Relation wie die deutschen Haushalte erfaßt werden.

Erhebungseinheit ist der Haushalt. Auch eine Einzelperson, die mit eigenem Einkommen für sich allein wirtschaftet, gilt als Haushalt. Nicht zum Haushalt zählen Untermieter oder Personen, die sich nur besuchsweise im Haushalt befinden. Als Aufbereitungs- und Darstellungseinheit für die gesamten Ausgaben, Vermögensbestände, Schulden und Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern gilt ebenfalls der Haushalt. Bei den Einnahmen werden die wichtigsten Einkunftsarten, also die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die erhaltenen Einkommensübertragungen auch nach Personen ausgewiesen.

## Organisation und Ablauf der Erhebung

Erhebungs- und Anschreibungsperiode der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist das Kalenderjahr 1988. Das Erhebungsverfahren entspricht demjenigen früherer Erhebungen und besteht aus folgenden Elementen :

- (1) Interviews : Begonnen wird im Januar mit dem sogenannten Grundinterview. Erfaßt werden hierbei Daten über die Zusammensetzung des Haushaltes, die Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern, die Wohnverhältnisse und andere sozio-ökonomische Merkmale des Haushaltes oder der einzelnen Haushaltsmitglieder. Im Dezember des Jahres findet das sogenannte Schlußinterview statt, in dem die vorhandenen Vermögensbestände und Schulden sowie wirtschaftlich aktuelle Tatbestände (staatliche Transferzahlungen) erhoben werden.
- (2) Jahresanschriften : Um die Haushalte nicht zu stark zu beanspruchen, sind sogenannte Viermonatshefte entwickelt worden, in denen alle Einnahmen, aber nur ausgewählte, einzeln vorgegebene Ausgabengruppen angeschrieben werden sollen. Die ausgewählten Aufwendungen, die im Schnitt über 70 % der Gesamtausgaben enthalten, umfassen folgende Ausgabengruppen :
  - Wohnung, Heizung und Beleuchtung
  - Oberbekleidung, Schuhe
  - ausgewählte langlebige Gebrauchsgüter
  - Krankenhaus, Arzt, Zahnarzt
  - eigenes Kraftfahrzeug
  - Urlaubs- und Erholungsreisen
  - Versicherungsbeiträge
  - Ersparnis und Vermögensbildung
  - Rückzahlung von Schulden
  - Steuern
- (3) Monatsanschriftung : Um die monatliche Feinanschriftung gleichmäßig über das ganze Jahr zu verteilen, hat jeweils ein Zwölftel der beteiligten Haushalte jeden Monat neben den Einnahmen auch alle Ausgaben in detaillierter Aufschlüsselung in die sogenannten Feinanschriftungshefte einzutragen.

Der Feinanschreibungsmonat wird jedem einzelnen Haushalt nach einem schichtenspezifischen Rotationsverfahren vorgegeben. Damit gelingt es, die Feinanschreibungen auch innerhalb der verschiedenen Bevölkerungsgruppen gleichmäßig auf alle zwölf Monate zu verteilen.

In das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte wurde keine Auskunftspflicht zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aufgenommen. Nur freiwillige Haushalte nehmen an dieser Erhebung teil.

### Beteiligte Haushalte und Interviewer

Grundlage für die Auswahl der Haushalte sind die Ergebnisse des Mikrozensus, der eine Aufteilung der privaten Haushalte nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes, nach der Haushaltsgröße und nach dem Haushaltsnettoeinkommen ermöglicht. Die Ergebnisse des Mikrozensus werden später auch zur Hochrechnung der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe auf die gesamte Bevölkerung

herangezogen. In Rheinland-Pfalz sollen von den beteiligten Haushaltsvorständen 30 % Nichterwerbstätige und Arbeitslose sein, jeweils 24 % Arbeiter und Angestellte, 13 % Beamte und 9 % Selbständige. Nach der Haushaltsgröße stellen die Zwei-Personen-Haushalte mit 27 % den größten Anteil, gefolgt von den Drei-Personen-Haushalten (24 %) und den Vier-Personen-Haushalten sowie den Ein-Personen-Haushalten mit jeweils 20 %. Die restlichen 9 % betreffen Haushalte mit fünf und mehr Personen.

An den Einkommens- und Verbrauchsstichproben beteiligen sich sowohl Haushalte, die schon früher mitgearbeitet haben, als auch neu gewonnene Haushalte.

Den teilnehmenden Haushalten stehen etwa 150 geschulte Interviewer beratend zur Seite. Sie helfen beim Ausfüllen der Haushaltungsbücher und führen das Grund- und Schlußinterview durch. Jeder Haushalt erhält eine Prämie und nimmt außerdem an einer Verlosung mit beachtlichen Geldpreisen teil.

Diplom-Volkswirt Albrecht Wachweger

## Auszubildende 1977 bis 1986

Umfassende und vollständige Daten über Auszubildende liegen der amtlichen Statistik ab 1977 vor. Mit dem Gesetz zur Förderung des Angebots an Ausbildungsplätzen (Ausbildungsplatzförderungsgesetz – APIFG) vom 7. September 1976 war erstmals eine Rechtsgrundlage für eine bundeseinheitliche Statistik über die Berufsbildung geschaffen worden. Dieses Gesetz wurde zwar 1980 vom Bundesverfassungsge-

richt für nichtig erklärt, die Berufsbildungsstatistik wurde jedoch auf freiwilliger Basis weitergeführt. Im folgenden Jahr wurde mit dem Gesetz zur Förderung der Berufsbildung durch Planung und Forschung (Berufsbildungsförderungsgesetz – BerBiFG) vom 23. Dezember 1981 für die Durchführung der Berufsbildungsstatistik eine neue Rechtsgrundlage vorgelegt.

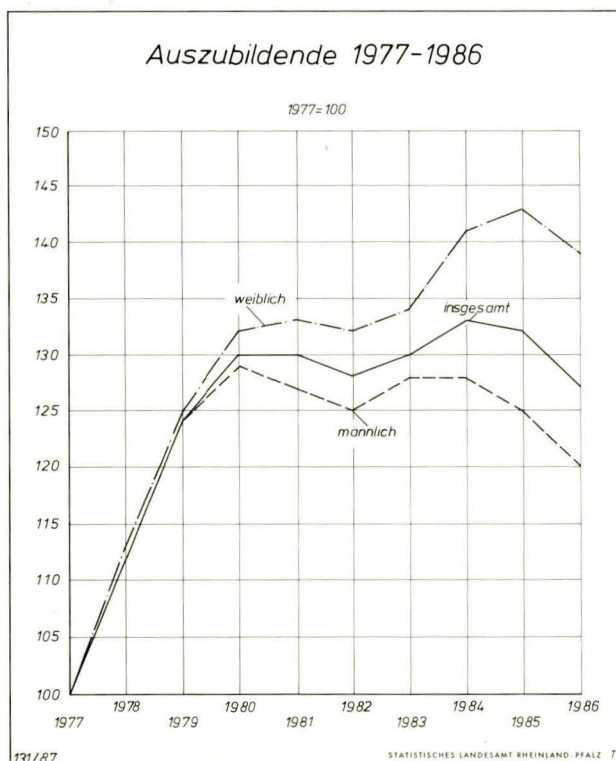
Nach dem Berufsbildungsförderungsgesetz werden derzeit vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz neben Daten über Auszubildende einschließlich der vorzeitig gelösten Ausbildungsverhältnisse und neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge auch Daten über Ausbilder, Prüfungsteilnehmer in der beruflichen Bildung und über Ausbildungsberater erhoben.

Auszubildender ist, wer aufgrund eines Ausbildungsvertrages im dualen System, also in Betrieb und Berufsschule, in einem anerkannten Ausbildungsberuf ausgebildet wird. Nicht zu den Auszubildenden zählen Beamtenanwärter, Schüler an berufsbildenden Vollzeitschulen und an Schulen des Gesundheitswesens, Praktikanten, Volontäre und Umschüler. Auszubildende in besonders geregelten Ausbildungsgängen für Behinderte werden statistisch gesondert nachgewiesen.

### Höchststand 1984 erreicht

Zum Ende des Jahres 1986 wurden in Rheinland-Pfalz 106 700 Auszubildende gezählt. Das waren über ein Viertel mehr als 1977, dem ersten Jahr der amtlichen Berufsbildungsstatistik, aber 4,3 % weniger als 1984, als mit 111 500 der Höchststand der Zahl der Auszubildenden erreicht worden war.

Auffallend ist, daß der Anstieg der Zahl weiblicher Auszubildender von 1977 bis 1984 wesentlich stärker



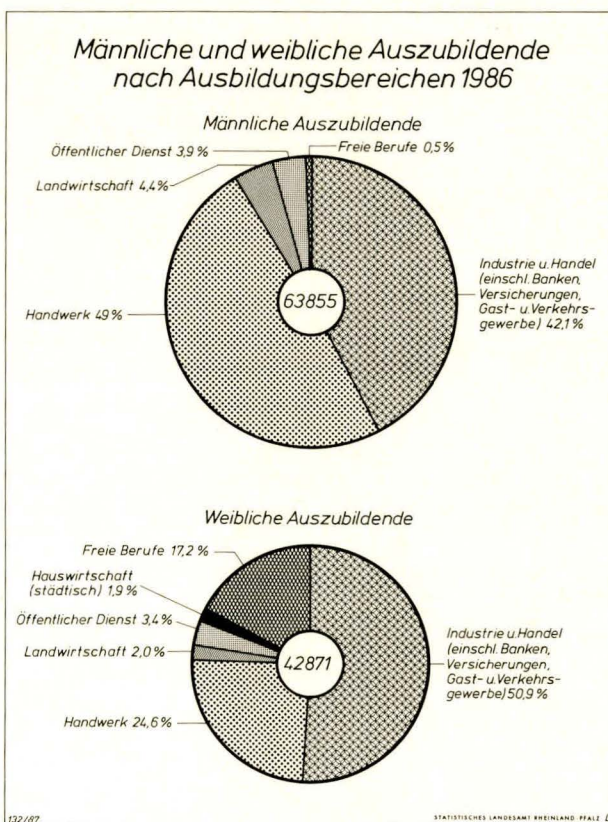
war als der der männlichen Auszubildenden : 1984 standen 41 % mehr Mädchen und 28 % mehr Jungen in einer betrieblichen Ausbildung als 1977. Der Rückgang der Auszubildendenzahlen von 1984 bis 1986 wirkte sich bei den Jungen mit - 6,4 % wesentlich stärker aus als bei den Mädchen (- 0,9 %). Diese unterschiedliche Entwicklung führte dazu, daß der Anteil der weiblichen Auszubildenden von 1977 bis 1986 von 36,6 % auf 40,2 % anstieg. Mädchen profitierten demnach von der Ausweitung der Zahl der Ausbildungsplätze mehr als Jungen. Doch nach wie vor sind sie in der beruflichen Ausbildung, gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung, unterrepräsentiert.

Die meisten Auszubildenden wurden und werden in den beiden großen Ausbildungsbereichen Industrie und Handel (einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe) sowie Handwerk ausgebildet. 1977 waren 43 % aller Auszubildenden im Bereich Industrie und Handel gemeldet und 42 % im Bereich Handwerk. Der Anteil der freien Berufe lag 1977 bei 8 %, der Landwirtschaft und des öffentlichen Dienstes bei je 3 % und der städtischen Hauswirtschaft bei 1 %. Von 1978 bis 1982 wurden im Handwerk mehr junge Menschen ausgebildet als in Industrie und Handel, ab 1983 wurden wieder in Industrie und Handel mehr Lehrstellen gezählt als im Handwerk. 1986 lagen die Anteile an der Gesamtzahl der Auszubildenden in Industrie und Handel bei 46 % und im Handwerk bei 39 %. In den freien Berufen wurden 7 % aller Lehrlinge ausgebildet, im öffentlichen Dienst 4 %, in der Landwirtschaft 3 % und in der städtischen Hauswirtschaft 1 %.

Die Zuordnung der Auszubildenden zu Ausbildungsbereichen richtet sich nach der Stelle, die nach dem Berufsbildungsgesetz für die Ausbildung in dem jeweiligen Beruf zuständig ist. In der Regel sind dies die berufsständischen Kammern, die das Verzeichnis der Berufsbildungsverhältnisse, die Lehrlingsrolle, führen. In die Lehrlingsrolle muß jeder Ausbildungsvertrag eingetragen werden. Mit der Zuordnung der Auszubildenden nach zuständigen Stellen und nicht nach dem Wirtschaftszweig, zu dem der Ausbildungsbetrieb zählt, kommt es vor allem für den Bereich des Öffentlichen Dienstes zu einer Unterfassung bzw. zu einem zu geringen Nachweis der Zahl der Auszubildenden, so daß die tatsächliche Ausbildungsleistung aus der Berufsbildungsstatistik nicht hervorgeht. So sind beispielsweise für die Ausbildung von Bürogehilfen bzw. -gehilfinen die Industrie- und Handelskammern zuständig. Werden bei einer Behörde Jugendliche in diesem Beruf ausgebildet, werden sie statistisch als Auszubildende im Bereich Industrie und Handel nachgewiesen und nicht im Bereich Öffentlicher Dienst. Oder aber bei einer Stadtverwaltung ausgebildete Gärtner/Gärtnerinnen werden nicht als Auszubildende im Bereich Öffentlicher Dienst nachgewiesen, sondern in dem für ihre Ausbildung zuständigen Bereich Landwirtschaft.

### Freie Berufe Domänen der Mädchen

Männliche Auszubildende werden überwiegend in Berufen ausgebildet, die dem Bereich Handwerk zuzuordnen sind. 1977 wurden 52 % aller in Ausbildung stehenden männlichen Jugendlichen in Handwerksbe-



rufen ausgebildet, 1986 waren es 49 %. In Industrie und Handel absolvierten 40 % (1977) bzw. 42 % (1986) ihre Lehre. Dagegen spielten die Bereiche Landwirtschaft (jeweils 4 %), öffentlicher Dienst (1977 : 3 %, 1986 : 4 %) und die freien Berufe (0,8 % bzw. 0,5 %) nur eine untergeordnete Rolle. In der städtischen Hauswirtschaft wurden 1977 keine, 1986 zwei männliche Jugendliche ausgebildet.

Der von den Mädchen am stärksten angenommene Ausbildungsbereich war der Bereich Industrie und Handel mit 49 % (1977) bzw. 51 % (1986) aller weiblichen Auszubildenden. Im Handwerk wurde sowohl 1977 als auch 1986 jeweils rund ein Viertel aller weiblichen Lehrlinge ausgebildet. Im Gegensatz zur nachrangigen Rolle, die die Freien Berufe für Jungen spielt, ist er für Mädchen ein sehr bedeutender Bereich. 1977 absolvierten 19 % aller weiblichen Auszubildenden hier ihre Lehre, 1986 waren es 17 %. In Berufen des öffentlichen Dienstes wurden 2 % (1977) bzw. 3 % (1986) der weiblichen Lehrlinge ausgebildet, in landwirtschaftlichen Berufen 1 % bzw. 2 % und in der städtischen Hauswirtschaft 3 % bzw. 2 %.

Die Auszubildenden konzentrieren sich auf nur wenige der über 400 Ausbildungsberufe. 1986 waren 56 % aller Lehrlinge in den 20 am häufigsten besetzten Berufen zu finden (1977 : 60 %), auf die zehn zahlenmäßig am stärksten besetzten Berufe entfielen 36 % (1977 : 40 %) und auf die fünf Spitzenreiter 22 % (26 %) aller Auszubildenden. Die Spitzenposition nahm 1986 der Beruf Bürokaufmann/Bürokauffrau ein, in dem 5 900 Jugendliche ausgebildet wurden, gefolgt vom Beruf Kraftfahrzeugmechaniker/-in einschließlich Kraftfahrzeugschlosser/-in mit 5 750 Auszubildenden und dem Beruf Verkäufer/-in (1. Stufe der Stufenausbildung) mit

4 500 Lehrlingen. 1977 waren diese Berufe ebenfalls am stärksten besetzt. Allerdings war seinerzeit die Rangfolge anders: An erster Stelle lagen die Kraftfahrzeugmechaniker/-innen mit 5 500, an zweiter Verkäufer/-in (4 800) und an dritter Stelle der Beruf Bürokaufmann/Bürokauffrau (4 300).

#### Vier von fünf Mädchen in nur 20 Berufen

Die Konzentration auf nur wenige Berufe ist bei den Mädchen ausgeprägter als bei den Jungen, allerdings entwickelt sie sich auch stärker zurück. Waren 1977 noch 88 % aller weiblichen Lehrlinge in den 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen vertreten, so lag dieser Prozentsatz 1986 nur noch bei 81 %. Die zehn von Mädchen am häufigsten angetretenen Berufe waren 1977 von 68 % aller weiblichen Lehrlinge ergriffen worden, 1986 waren es noch 61 %. In nur fünf Berufen war 1977 fast die Hälfte (48 %) aller Mädchen in beruflicher Ausbildung zu finden, 1986 waren es 41 %. Diese fünf Berufe waren Bürokauffrau (1986: 4 500), Friseurin (3 800), Verkäuferin – 1. Stufe (3 600), Fachverkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk (3 300) und Arzthelferin (2 400). 1986 hatte sich gegenüber 1977, als noch der Beruf der Friseurin mit 3 900 Auszubildenden an der Spitze lag, zwar die Rangfolge geändert, doch handelte es sich auch damals um dieselben Berufe. Größere Verschiebungen gab es in der Reihung der 20 zahlenmäßig am stärksten besetzten Berufe bei den Bürogehilfinnen und den Hauswirtschafterinnen (städtisch und ländlich). 1977 hatte der Beruf Hauswirtschafterin noch auf Rang 7 gelegen, 1986 nur noch auf Platz 13, während der

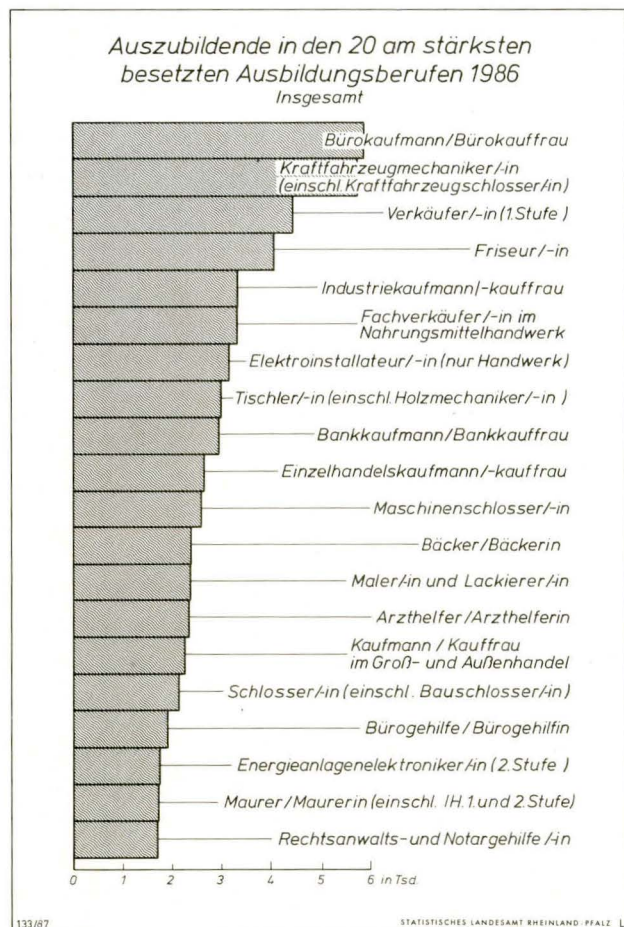
Beruf der Bürogehilfin von der 13. auf die 7. Stelle vorrückte.

Bei den Jungen ist die Konzentration auf nur wenige Ausbildungsberufe nicht so stark wie bei den Mädchen, hat sich aber auch gegenüber 1977 kaum verändert. Seinerzeit wurden 62 % aller männlichen Lehrlinge in den 20 zahlenmäßig stärksten Berufen ausgebildet, 1986 waren es 61 %. Auf nur 10 Berufe verteilten sich 1977 43 % und 1986 rund 41 % der männlichen Auszubildenden und auf fünf Berufe 28 % im Jahre 1977 und 26 % im Jahre 1986. Innerhalb dieser fünf Berufe – Kraftfahrzeugmechaniker einschließlich Kraftfahrzeugschlosser mit 5 700 Auszubildenden im Jahr 1986 (1977: 5 500), Elektroinstallateur (3 200 bzw. 3 100), Tischler einschließlich Holzmechaniker (2 800 bzw. 2 200), Maschinenschlosser (2 600 bzw. 2 300) sowie Maler und Lackierer (2 200 bzw. 1 700) – gab es 1986 im Vergleich zu 1977 nur einen Austausch zwischen Rang drei und Rang vier. Auch bei den übrigen der 20 am häufigsten besetzten Berufe gab es nur geringe Veränderungen hinsichtlich der Rangfolge bei der Besetzungshäufigkeit. Eine Ausnahme bildete der Beruf Energieanlagenelektroniker, der 1977 noch auf Platz 18 gelegen hatte, 1986 aber Rang 9 belegte. Der Beruf Energieanlagenelektroniker ist die zweite Stufe einer Stufenausbildung, deren erste Stufe – Elektroanlageninstallateur – 1986 von weniger Auszubildenden belegt war als 1977.

#### Berufe mit langer Ausbildungszeit bei Jungen häufiger

Unter den von Jungen häufig ergriffenen Berufen sind eine Reihe von Ausbildungsgängen, die länger als die übliche Ausbildungszeit von 36 Monaten dauern. Der nach der Besetzungshäufigkeit bei männlichen Auszubildenden 1986 an zweiter Stelle stehende Beruf des Elektroinstallateurs, der an vierter Stelle stehende Beruf des Maschinenschlossers sowie des Gas-/Wasserinstallateurs (Rang 11) und des Werkzeugmachers (Rang 19) sind Berufe mit 42monatiger Ausbildungszeit. Hinzugerechnet werden müßte hier auch der Beruf des Energieanlagenelektronikers, der als zweite Stufe einer Stufenausbildung mit 18monatiger Ausbildungszeit nach Absolvierung der zweijährigen Lehre zum Elektroanlageninstallateur aufgenommen werden kann. Von den 39 000 jungen Männern, die 1986 in den 20 am häufigsten ergriffenen Berufen ausgebildet wurden, war damit rund ein Viertel in Ausbildungsgängen mit 3 1/2-jähriger Lehrzeit. Unter den 20 von männlichen Auszubildenden am stärksten belegten Berufen war keiner mit weniger als drei Jahren Ausbildungszeit.

Dagegen fand sich bei den von Mädchen am häufigsten genannten Berufen nur der auf Rang 20 stehende Beruf der technischen Zeichnerin (440 weibliche Lehrlinge) mit einer Ausbildungszeit von mehr als drei Jahren. Schon auf Platz 7 der von Mädchen am häufigsten ergriffenen Berufe steht der der Bürogehilfin (1 890 weibliche Auszubildende), der eine 24monatige Ausbildungszeit erfordert und auf Rang 17 der Beruf Apothekenhelferin (650) mit ebenfalls 24monatiger Ausbildungszeit. Bereits an dritter Stelle liegt der Beruf Verkäuferin (3 600), die erste Stufe einer Stufenausbildung, bei der Mädchen allerdings auch häufig die zweite Stufe – Einzelhandelskauffrau – absolvieren.



**Auszubildende<sup>1)</sup> nach Ausbildungsbereichen, Geschlecht und Ausbildungsjahren sowie neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse 1977 – 1986**

Jahr	Insgesamt	Ausbildungsbereich					
		Industrie und Handel <sup>2)</sup>	Handwerk	Landwirtschaft	Öffentlicher Dienst <sup>3)</sup>	Hauswirtschaft (städtisch)	Freie Berufe
Auszubildende insgesamt							
1977	84 035	36 195	35 490	2 683	2 341	984	6 342
1978	94 411	40 382	40 824	3 129	2 770	1 041	6 265
1979	104 535	44 386	45 966	3 463	2 832	983	6 905
1980	109 343	47 491	47 527	3 354	2 840	892	7 239
1981	108 874	46 480	47 497	3 245	3 066	820	7 766
1982	107 325	45 711	46 491	3 437	3 040	811	7 835
1983	109 177	46 946	46 316	3 918	3 231	1 011	7 755
1984	111 510	49 180	45 952	3 833	3 622	990	7 933
1985	110 672	50 199	43 890	3 904	3 954	878	7 847
1986	106 726	48 691	41 853	3 701	3 976	804	7 701
Auszubildende im 1. Ausbildungsjahr							
1977	29 929	12 026	13 481	858	741	418	2 405
1978	33 073	13 799	14 605	877	820	503	2 489
1979	34 092	14 226	14 801	918	908	427	2 812
1980	33 614	14 325	14 424	707	910	276	2 972
1981	31 811	13 103	14 107	666	802	47	3 086
1982	31 090	12 505	13 957	746	894	14	2 974
1983	33 408	13 729	14 372	1 178	1 085	24	3 020
1984	33 504	14 312	13 733	1 292	1 170	-	2 997
1985	31 939	13 931	12 485	1 163	1 284	-	3 076
1986	30 348	13 343	11 941	991	1 108	-	2 965
Auszubildende im 2. Ausbildungsjahr							
1977	28 328	12 403	10 852	1 019	904	566	2 584
1978	35 181	15 224	14 377	1 310	997	510	2 763
1979	38 774	17 194	15 846	1 379	869	550	2 936
1980	40 032	17 936	16 029	1 407	967	597	3 096
1981	39 558	17 569	15 792	1 262	1 160	495	3 280
1982	37 871	16 780	14 942	1 410	1 057	304	3 378
1983	38 633	17 249	15 027	1 344	1 153	552	3 308
1984	40 558	18 650	15 381	1 270	1 320	441	3 496
1985	40 596	13 296	14 498	1 490	1 374	456	3 482
1986	38 278	18 188	13 426	1 361	1 494	378	3 431
Auszubildende im 3. Ausbildungsjahr							
1977	21 771	9 804	9 163	806	696	-	1 302
1978	23 034	9 783	10 348	937	952	28	986
1979	28 431	11 491	13 594	1 166	1 043	6	1 131
1980	31 606	13 446	14 837	1 240	953	19	1 111
1981	33 336	13 861	15 419	1 317	1 087	278	1 374
1982	33 624	14 142	15 241	1 262	1 069	486	1 424
1983	32 422	13 642	14 529	1 396	993	435	1 427
1984	32 976	13 949	14 638	1 271	1 129	549	1 440
1985	33 957	15 005	14 694	1 251	1 296	422	1 289
1986	34 006	15 207	14 345	1 349	1 374	426	1 305
Auszubildende im 4. Ausbildungsjahr							
1977	4 007	1 962	1 994	-	-	-	51
1978	3 123	1 596	1 494	5	1	-	27
1979	3 238	1 475	1 725	-	12	-	26
1980	4 091	1 784	2 237	-	10	-	60
1981	4 169	1 947	2 179	-	17	-	26
1982	4 740	2 284	2 351	19	20	7	59
1983	4 714	2 326	2 388	-	-	-	-
1984	4 472	2 269	2 200	-	3	-	-
1985	4 180	1 967	2 213	-	-	-	-
1986	4 094	1 953	2 141	-	-	-	-
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge							
1977	36 516	17 031	14 000	1 242	1 028	418	2 797
1978	40 144	18 708	15 341	1 406	1 084	631	2 974
1979	42 193	20 376	15 630	1 434	966	589	3 198
1980	41 727	19 658	15 739	1 392	1 127	514	3 297
1981	40 326	18 551	15 554	1 368	1 081	279	3 493
1982	40 995	18 415	16 058	1 704	1 145	295	3 378
1983	43 712	20 075	16 720	1 690	1 337	498	3 392
1984	44 415	21 259	16 220	1 605	1 416	441	3 474
1985	42 732	20 946	15 088	1 426	1 507	456	3 309
1986	40 424	19 568	14 536	1 275	1 362	378	3 305

1) Ohne Auszubildende in speziell geregelten Ausbildungsgängen für Behinderte gemäß § 48 BBiG und § 42 b HwO. – 2) Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe. – 3) Ohne diejenigen Auszubildenden des öffentlichen Dienstes, deren Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) registriert werden und ohne Beamtenanwärter.

Mädchen konzentrierten sich also nicht nur auf weniger Berufe als Jungen, sie absolvieren auch eher einen Beruf mit kürzerer Ausbildungszeit. Bei Jungen ist einerseits das Spektrum der gewählten Berufe breiter, andererseits sind sie auch häufiger in Berufen mit längerer Ausbildungszeit zu finden. Hieraus erklärt sich auch zum Teil der niedrigere Anteil der Mädchen an der Gesamtzahl der Auszubildenden, da die längere Verweildauer der Jungen in der beruflichen Ausbildung die Gesamtzahl der männlichen Auszubildenden erhöht.

### Zögerlicher Einstieg in Männerberufe

Auch wenn sich die traditionelle Rollenverteilung zwischen Jungen und Mädchen in der Berufsentscheidung noch immer deutlich widerspiegelt, zeigen sich langsam Veränderungen. Sowohl die abnehmende Konzentration auf wenige Ausbildungsberufe im Verlauf der vergangenen zehn Jahre deutet darauf hin als auch die – wenn auch nur zögerliche – Aufnahme von Ausbildungsgängen in bisher ausschließlich von Jungen besetzten Berufe durch Mädchen. So sind beispielsweise Berufe wie Gas-/Wasserinstallateur, Schlosser, Maschinenschlosser, Zentralheizungs- und Lüftungsbauer, Werkzeugmacher, Feinmechaniker oder Elektroanlageninstallateur Berufe, in denen 1977 in Rheinland-Pfalz kein Mädchen ausgebildet wurde. 1986 waren schon über 100 Mädchen in den genannten Berufen zu finden. Allerdings liegt ihr Anteil an der Gesamtzahl der Auszubildenden in diesen Berufen nur bei wenigen Prozent. Zahlenmäßig stärker ins Gewicht fällt, daß der Anteil der Mädchen in einer Reihe von Beru-

fen 1986 im Vergleich zu 1977 überdurchschnittlich zugenommen hat, beispielsweise in den Berufen Gärtner/-in (1986: 1 330 Auszubildende) von 18 % auf 31 %, Bauzeichner/-in (1 000) von 37 % auf 58 %, Technische/-r Zeichner/-in (880) von 31 % auf 50 %, Landwirt/-in (780) von 2 % auf 11 %, Augenoptiker/-in (370) von 50 % auf 67 % und Raumausstatter/-in (320) von 14 % auf 46 %.

Doch nach wie vor gibt es deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Berufsentscheidung. In den gewerblichen Berufen im Bereich Industrie und Handel war 1986 nur jeder siebte Auszubildende weiblichen Geschlechts, bei den kaufmännischen Berufen dagegen waren fast zwei Drittel der Lehrlinge Mädchen. Im Handwerk war die Verteilung ähnlich: Während in den handwerklichen Berufen nur 17 % der Auszubildenden Mädchen waren, waren es bei den kaufmännischen Berufen 93 %. Und im Bereich Freie Berufe, in dem in erster Linie Arzthelfer/-innen, Rechtsanwaltsgehilfen/-innen, Fachgehilfen/-innen in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen sowie Zahnarzt- und Apothekenhelfer/-innen ausgebildet werden, war der Anteil der Mädchen 1986 mit 96 % noch höher als 1977, als er bei 93 % gelegen hatte.

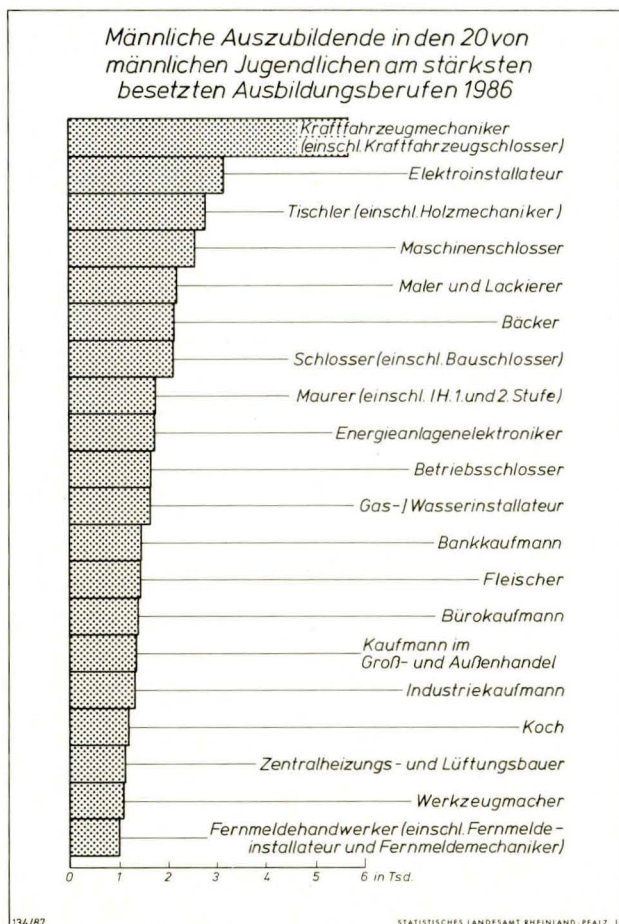
### Mehr Köche und Gärtner ausgebildet

In dem Zeitraum von zehn Jahren, für den Daten aus der Berufsbildungsstatistik vorliegen, wurden eine Reihe von Ausbildungsordnungen neu geregelt, andere aufgehoben oder aber für völlig neue Berufe erlassen. Dadurch ist es nicht durchgängig möglich, Vergleiche für einzelne Berufe aufzustellen, doch lassen sich einige Tendenzen feststellen. Auffallende Entwicklungen zeigten sich beim Vergleich der Zahlen von 1977 mit denen von 1986 bei zwei Berufen mit relativ hoher Belegungszahl, und zwar bei dem Beruf Bürohilfe/Bürogehilfin sowie Energieanlagenelektroniker/-in, bei denen die Zahl der Auszubildenden auf das 2,2-fache anstieg (auf 1 900 bzw. 1 770) sowie auch bei den Berufen Koch/Köchin und Gärtner/-in, bei denen sich die Lehrlingszahl verdoppelte (auf 1 550 bzw. 1 330). Andere, zahlenmäßig nicht so sehr ins Gewicht fallende Berufe verzeichneten eine starke Aufwärtsentwicklung, insbesondere der Beruf Datenverarbeitungskaufmann/-kauffrau, in dem 1977 nur sechs, 1986 aber 194 Auszubildende gezählt wurden. Als Schuhfertiger/-in, einem Beruf, in dem es 1977 elf Auszubildende gab, wurden zehn Jahre später 122 junge Menschen ausgebildet, als Kunststoffformgeber 351 (1977 noch 54), als Straßenbau- bzw. Tiefbaufacharbeiter 353 (1977: 75) und auch die Berufe des Hotelfachs verzeichneten im Betrachtungszeitraum steigende Auszubildendenzahlen.

### Schulische Vorbildung unterschiedlich

Neben berufs- und geschlechtsspezifischen Daten über Auszubildende weist die Berufsbildungsstatistik auch einige Eckdaten über die schulische Vorbildung der Lehrlinge aus sowie über ausländische Auszubildende.

In den einzelnen Ausbildungsbereichen sind die Strukturen der schulischen Vorbildung der Lehrlinge unterschiedlich. Im Handwerk, für das entsprechende



Daten für die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge vorliegen, brachten 59 % der gemeldeten Berufsanfänger einen Hauptschulabschluß mit, 13 % einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluß und 4 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife. 8 % der neuen Ausbildungsverträge im Handwerk wurden mit Absolventen eines Berufsgrundschuljahres abgeschlossen, 4 % brachten die Vorbildung einer Berufsfachschule mit und für 6 % lagen keine Angaben vor, während 5 % der einen Lehrvertrag Abschließenden keinen Schulabschluß hatten.

In den übrigen Ausbildungsbereichen liegen die Angaben über die schulische Vorbildung für alle Auszubildenden vor. Daraus wurde ermittelt, daß von den Auszubildenden in Industrie und Handel mehr als 13 % die Hoch- oder Fachhochschulreife nachweisen konnten. Der Anteil von Abiturienten und Fachhochschulabsolventen ist in keinem Ausbildungsbereich so hoch wie bei Industrie und Handel. Gut ein Drittel der Auszubildenden in diesem Bereich hatte vor Antritt der Lehre einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluß erreicht, knapp ein Drittel den Hauptschulabschluß und jeder sechste hatte einen Bildungsgang an einer Berufsfachschule absolviert, während Auszubildende mit einem der übrigen Abschlüsse relativ selten waren. Im Bereich Landwirtschaft hatten 1986 54 % einen Hauptschulabschluß, 23 % einen Realschulabschluß, 9 % die Hoch- oder Fachhochschulreife und 5 % hatten ein Berufsgrundschuljahr absolviert, jeweils 4 % hatten keinen Abschluß bzw. einen Abschluß an einer Berufsfachschule erreicht. Die Mehrzahl der Auszubildenden im öffentlichen Dienst (49 %) hatte Realschulabschluß, fast ein Fünftel Hauptschulabschluß, jeder achte einen Abschluß an einem Berufsgrundschuljahr, jeder zehnte die Hochschul- oder Fachhochschulreife und jeder neunte den Abschluß einer Berufsfachschule. Von den Auszubildenden im Bereich städtische Hauswirtschaft kamen rund zwei Drittel aus einem Berufsgrundschuljahr, knapp ein Drittel aus einer Berufsfachschule. Für die freien Berufe sind Aussagen über die schulische Vorbildung der Auszubildenden nur bedingt möglich, da für 36 % von ihnen keine Angaben vorliegen. Es läßt sich lediglich feststellen, daß der Realschul- oder ein gleichwertiger Abschluß bei den Auszubildenden in diesem Bereich am häufigsten ist.

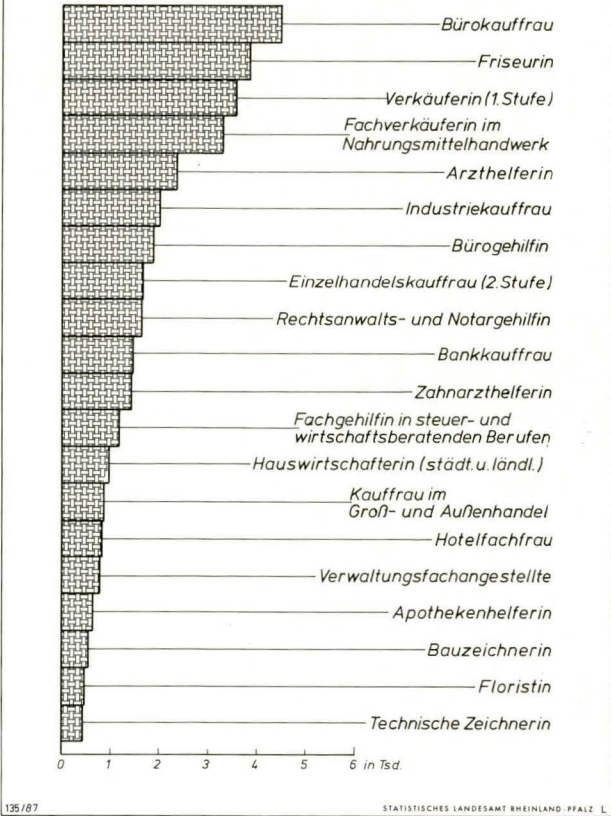
### Nur wenige Ausländer

Von den 106 700 Auszubildenden, die zum 31. März 1986 gezählt wurden, waren nur 2 % Ausländer. Dabei hatten die Auszubildenden mit türkischer Staatsangehörigkeit mit 44 % der ausländischen Lehrlinge den höchsten Anteil, 15 % waren Italiener, 8 % Jugoslawen, 4 % Spanier und je 3 % Griechen und Portugiesen. Die übrigen 23 % verteilten sich auf sonstige Staatsangehörigkeiten.

Außer Zahlen über Auszubildende werden in der Berufsbildungsstatistik auch Daten über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und über Abschlußprüfungen erfragt.

Neu abgeschlossen wurden 1986 rund 40 400 Ausbildungsverträge (1977: 36 500). Der höchste Stand war 1984 mit 44 400 Neuabschlüssen erreicht worden.

Weibliche Auszubildende in den 20 von weiblichen Jugendlichen am stärksten besetzten Ausbildungsberufen 1986



An Abschlußprüfungen in der beruflichen Bildung beteiligten sich 1986 insgesamt 46 300 Auszubildende. Die Teilnehmerzahl hatte damit den höchsten Stand erreicht, seit Zahlen aus der Berufsbildungsstatistik vorliegen. Sie lag um ein Drittel höher als 1977. 56 % der Prüfungsteilnehmer des Jahres 1986 waren männlich, 44 % weiblich. Die meisten Prüfungen wurden im Bereich Industrie und Handel absolviert, und zwar 12 200 von männlichen, 11 500 von weiblichen Kandidaten, sowie im Handwerk (12 000 männlich, 3 400 weiblich). In den freien Berufen nahmen 3 300 junge Frauen und 160 junge Männer an den Abschlußprüfungen teil, in der Landwirtschaft 900 männliche und 400 weibliche Absolventen und im öffentlichen Dienst 850 Männer und 480 Frauen. Im Bereich Hauswirtschaft befanden sich unter den 936 Prüflingen vier Männer.

Die Erfolgsquote bei den Abschlußprüfungen war im Bereich Hauswirtschaft mit 95 % am höchsten. In den freien Berufen bestanden 94 % der Kandidaten die Prüfung, im öffentlichen Dienst 93 %, in Industrie und Handel 92 % und in der Landwirtschaft 91 %. Am niedrigsten lag die Erfolgsquote mit 84 % im Bereich Handwerk. Während die männlichen Prüfungsteilnehmer im Bereich Industrie und Handel mit einer Quote von 93 % bestandener Prüfungen gemessen an der Teilnehmerzahl erfolgreicher waren als die weiblichen Teilnehmer (91 %), bestanden in allen übrigen Ausbildungsbereichen die weiblichen Auszubildenden die Prüfung häufiger als die männlichen Teilnehmer.

Diplom-Volkswirtin Gertraud Kernich-Möhringer

# Gewicht und Länge von Neugeborenen

## Durchschnittsgewicht 3 327 Gramm

Im Jahre 1986 wurden in Rheinland-Pfalz 37 331 Kinder geboren. Darunter waren 150 oder 0,4 % Totgeborene. Für jeden Neugeborenen sind nach der Geburt einige statistische Angaben zu machen, die im Bevölkerungsstatistikgesetz im einzelnen aufgeführt sind. Zu diesen Merkmalen gehören seit 1972 das Körpergewicht und die Körperlänge.

Die 37 181 lebendgeborenen Kinder wogen im Durchschnitt 3 327 g und waren durchschnittlich 51,3 cm groß. Die Knaben waren mit 3 387 g um mehr als 100 g schwerer als die Mädchen (3 264 g). Mit 51,6 cm gegenüber 51 cm waren sie auch etwas größer.

Das leichteste Kind hatte mit nur wenig mehr als 300 g Geburtsgewicht praktisch keine Überlebenschancen. Bei dem schwersten Kind zeigte die Waage nach der Geburt rund 6 kg an. Nahezu 70 % der Kinder wogen zwischen 3 000 und 4 000 g, insgesamt rund 7 % weniger als 2 500 g oder mehr als 4 500 g.

Eine Körpergröße zwischen 50 cm und 55 cm hatten fast 70 % der Lebendgeborenen. Größer als 55 cm waren etwa 10 %, kleiner als 45 cm gut 2 %. Die größten Babys waren 62 cm groß.

## Gewicht und Länge weitgehend konstant

Die Ansicht, die Neugeborenen seien in den letzten Jahren größer und schwerer als zu früheren Zeiten, läßt sich anhand der Zahlen der amtlichen Statistik nicht eindeutig belegen. Betrachtet man die zeitliche Entwicklung der Durchschnittswerte seit 1972, so ist eher eine leicht rückläufige Tendenz zu vermuten. Die Zahlen sollten jedoch nicht überinterpretiert werden, da sie gewissen Zufallsschwankungen unterliegen und die Unterschiede im Zeitablauf nur gering sind. Änderungen in Körperlänge und Gewicht lassen sich nur im langfristigen Vergleich aufzeigen. Da die erforderlichen Daten für den Zeitraum vor 1972 jedoch nicht vorliegen, ist ein solcher Vergleich nicht möglich.

Auch bei einer Betrachtung der Entwicklung in den einzelnen Gewichts- und Längenklassen sind keine größeren Unterschiede erkennbar. Es sind jedoch leicht rückläufige Tendenzen bei den 6 bis 7 Pfund schweren Kindern und etwas zunehmende Tendenzen beim Anteil der 7 bis 8 Pfund schweren Kindern zu erkennen. Kinder, die weder extrem leicht noch extrem schwer zur Welt kommen, bringen anscheinend im Vergleich zu früher tendenziell ein etwas höheres Gewicht auf die Waage. Demgegenüber zeigt sich bei einem Vergleich der Körpergrößen eine relativ auffällig rückläufige Tendenz im Anteil der besonders großen Kinder über 55 cm. Zur Ableitung gesicherter Aussagen wäre aber auch hier die Betrachtung eines längeren Zeitraumes erforderlich.

## Zusammenhang zwischen Gewicht und Länge

Große Kinder sind erwartungsgemäß schwerer, kleinere Kinder weisen eher ein geringeres Gewicht auf. Es besteht also ein Zusammenhang zwischen dem Körpergewicht und der Körperlänge.

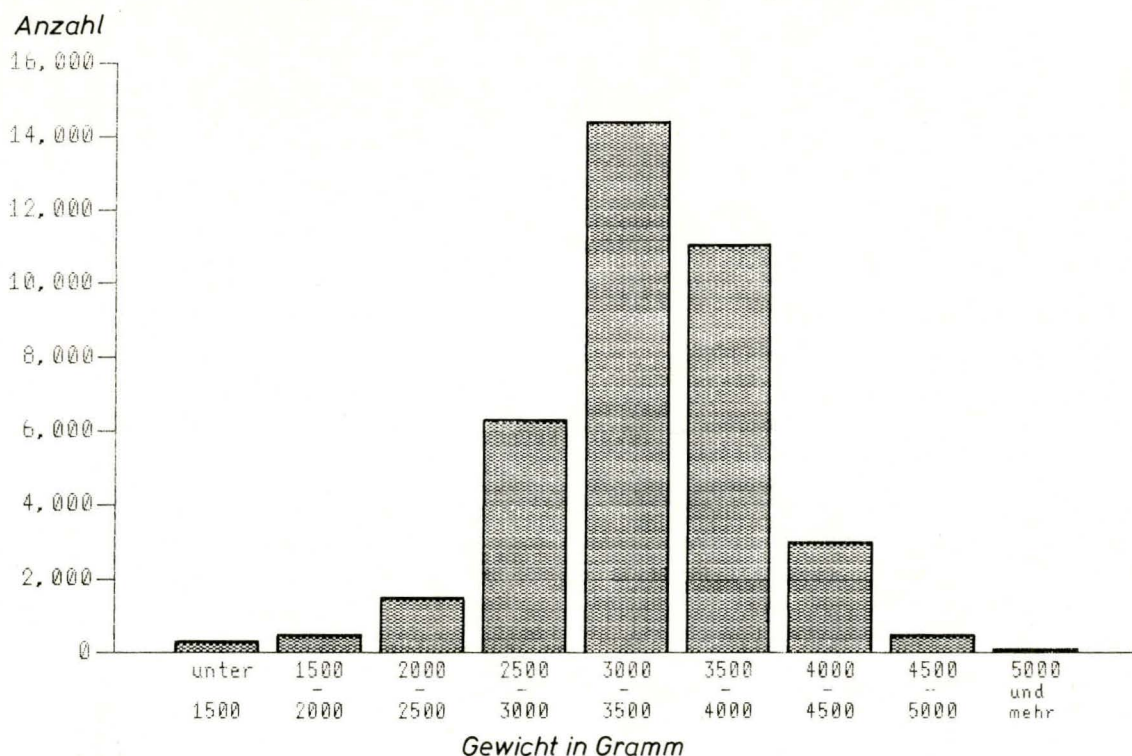
Anschaulich läßt sich ein solcher Zusammenhang durch eine grafische Darstellung in Form eines sogenannten Streudiagramms verdeutlichen. Hier zeigen die dunklen Felder eine Konzentration der Ausprägung der beiden Merkmale an. Insgesamt betrachtet zeigt der Verlauf der Punkte von links unten nach rechts oben einen deutlichen gleichgerichteten Zusammenhang zwischen Gewicht und Größe.

Die statistische Methodenlehre stellt ein Instrumentarium bereit, mit dessen Hilfe sich solche Zusammenhänge exakt beurteilen lassen. Am bekanntesten ist der Korrelationskoeffizient, der Werte zwischen - 1 und + 1 annehmen kann. Dem Betrag nach große Werte deuten auf einen hohen Zusammenhang hin, während Werte nahe bei Null einen Zusammenhang zwischen den betrachteten Merkmalen ausschließen. Allerdings werden hier stets nur lineare Beziehungen, also Abhängigkeiten in Form einer Geraden angesprochen. Für die Daten der Lebendgeborenen des Jahres 1986 errech-

Lebendgeborene nach Körpergewicht und -länge 1986

Körpergewicht	Insgesamt	Körperlänge in cm						
		unter 35	35 - 40	40 - 45	45 - 50	50 - 55	55 und mehr	ohne Angabe
unter 1 500 Gramm	262	61	127	62	6	-	-	6
1 500 - 2 000 "	431	4	18	298	107	3	-	1
2 000 - 2 500 "	1 437	2	4	168	1 201	57	1	4
2 500 - 3 000 "	6 239	8	3	18	3 615	2 583	11	1
3 000 - 3 500 "	14 322	3	7	14	1 729	12 301	265	3
3 500 - 4 000 "	11 020	4	8	6	104	9 249	1 647	2
4 000 - 4 500 "	2 967	1	1	1	5	1 499	1 460	-
4 500 - 5 000 "	426	-	1	-	-	69	356	-
5 000 u. mehr "	45	-	-	-	-	2	43	-
ohne Angabe	32	-	-	-	-	-	-	32
Insgesamt	37 181	83	169	567	6 767	25 763	3 783	49

## Lebendgeborene nach dem Körpergewicht 1986



136/87

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

net sich ein Korrelationskoeffizient von 0,81. Damit liegt ein recht deutlicher gleichgerichteter Zusammenhang zwischen Körpergewicht und Körperlänge vor.

### Untergewichtige Säuglinge besonders gefährdet

1986 starben 327 Säuglinge in ihrem ersten Lebensjahr. Diese Kinder zeigten hinsichtlich ihres Geburtsgewichts und ihrer Körperlänge bei der Geburt deutliche Unterschiede zu der Gesamtheit der Lebendgeborenen des gleichen Kalenderjahres. Während weniger als 1 % der Lebendgeborenen leichter als 1 500 g waren, wurde ein derart niedriges Geburtsgewicht bei über 30 % der Kinder festgestellt, die ihr erstes Lebensjahr nicht vollendeten. Von den 60 Neugeborenen, die in den ersten sieben Lebenstagen starben, wogen fast 50 % weniger als 1 500 g.

Das durchschnittliche Geburtsgewicht der im ersten Lebensjahr Gestorbenen lag mit gut 2 270 g um 1 055 g unter dem Gewicht aller Säuglinge. Mit 45 cm waren sie auch deutlich kleiner. Besonders leicht und klein waren die extrem früh Verstorbenen bei ihrer Geburt. Kinder, die nicht einmal einen Monat alt wurden, wogen im Durchschnitt nur gut 1 800 g bei ihrer Geburt und waren 41 cm groß. Extrem untergewichtig (1 565 g) und klein (39 cm) waren Neugeborene, die am Tag ihrer Geburt oder am darauffolgenden Tag verstarben. Demgegenüber waren die Vergleichswerte bei Kindern, die zwischen dem zweiten und siebten Lebensmonat verstarben, nahezu 2 800 g bzw. 48 cm.

Über 70 % der Säuglinge, die bei ihrer Geburt weniger als 1 000 g wogen, starben im Verlauf ihres ersten Lebensjahres. Bei den 1 000 g bis 1 500 g schweren Neugeborenen waren es immer noch mehr als 20 % und bei den immer noch deutlich untergewichtigen Kindern bis 2 000 g über 8 %.

Auch die Totgeborenen zeigen hinsichtlich Größe und Gewicht deutliche Abweichungen von den Lebendgeborenen. So wogen rund 11 % weniger als 1 500 g und weit mehr als die Hälfte weniger als 2 500 g. Im Vergleich zu den im ersten Lebensjahr Gestorbenen fällt die erheblich geringere Zahl der extrem leichten Kinder (unter 1 500 g) auf. Der Grund liegt in der definitorischen Abgrenzung einer Totgeburt. Wird ein Kind tot geboren und liegt das Geburtsgewicht unter 1 000 g, so liegt eine

Durchschnittliche Körperlänge und durchschnittliches Körpergewicht von Lebendgeborenen 1972 – 1986

Jahr	Durchschnittliche Körperlänge			Durchschnittliches Körpergewicht		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	cm			Gramm		
1972	51,8	52,2	51,5	3 346	3 408	3 280
1975	51,6	52,0	51,2	3 311	3 377	3 240
1980	51,4	51,7	51,1	3 316	3 375	3 254
1981	51,4	51,8	51,1	3 322	3 386	3 254
1982	51,4	51,8	51,1	3 328	3 391	3 260
1983	51,4	51,7	51,0	3 327	3 388	3 262
1984	51,4	51,7	51,0	3 333	3 397	3 266
1985	51,3	51,7	51,0	3 329	3 390	3 265
1986	51,3	51,6	51,0	3 327	3 387	3 264

Ehelich Lebendgeborene nach Geburtsgewicht und Alter der Mutter 1986

Geburtsgewicht	Alter der Mutter in Jahren					
	unter 20	20 – 25	25 – 30	30 – 35	35 – 40	40 und älter
	%					
unter 1 500 Gramm	0,6	0,7	0,6	0,7	1,2	1,1
1 500 – 2 000 "	1,7	0,9	1,2	1,1	1,5	1,1
2 000 – 2 500 "	4,0	3,8	3,3	3,6	4,5	5,0
2 500 – 3 000 "	20,9	18,3	15,8	14,9	15,5	16,0
3 000 – 3 500 "	40,1	41,2	38,7	36,8	33,3	36,9
3 500 – 4 000 "	25,7	27,5	31,1	31,4	31,9	26,2
4 000 – 4 500 "	6,8	6,7	8,1	9,7	9,5	12,8
4 500 – 5 000 "	0,4	0,8	1,1	1,6	2,2	1,1
5 000 u. mehr "	–	0,1	0,1	0,1	0,3	–
ohne Angabe	–	0,1	0,1	0,1	0,1	–
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

statistisch nicht zu erfassende Fehlgeburt vor. Demgegenüber sind Lebendgeborene mit einem solchen Gewicht in der Statistik berücksichtigt.

Geburtsgewicht vom Alter der Mutter abhängig

Besonders junge und ältere Frauen bringen eher untergewichtige Kinder zur Welt. So lag 1986 das durchschnittliche Geburtsgewicht deutlich über 3 300 g, wenn die Mutter zwischen 25 und 40 Jahren alt war. Bei Müttern, die jünger als 25 Jahre oder älter als 40 Jahre waren, lag es unter diesem Wert. Besonders leicht waren die Kinder von unter 20jährigen Frauen; das Durchschnittsgewicht lag hier nur bei gut 3 200 g.

Bei der Interpretation dieser Werte ist eine vergleichsweise hohe Varianz in der Altersgruppe der über 40jährigen zu beachten. Dies deutet darauf hin, daß sich das relativ niedrige Durchschnittsgewicht nicht nur aus niedrigen sondern auch zahlreichen höheren Einzelwerten zusammensetzte. Diese Vermutung bestätigt sich bei einer Betrachtung der Verteilung der ehelich Lebendgeborenen nach dem Geburtsgewicht und dem Alter der Mutter. Der Anteil der Kinder mit einem Gewicht von mehr als 4 000 g ist mit rund 14 % in dieser Altersgruppe am höchsten. Jedoch ist auch der Anteil der besonders leichten Kinder unter 2 500 g Geburtsgewicht mit gut 7 % in der Altersgruppe der über 40jährigen, aber auch in der Gruppe der 35- bis 40jährigen sehr hoch.

Die Verteilung nach dem Geburtsgewicht entspricht bei den 25- bis 30jährigen Müttern am ehesten der Verteilung aller Neugeborenen unabhängig vom Alter der Mutter. Der Anteil der Kinder mit höherem Gewicht ist bei jüngeren Müttern eher kleiner und bei älteren Müttern größer.

Erstkinder relativ leicht

Kinder, die in einer Ehe als erstes Kind zur Welt kommen, sind bei der Geburt leichter als ihre nachfolgenden Geschwister. Sie wiegen mit einem Durchschnitt von 3 290 g rund 100 g weniger als Zweit- oder Drittkinder und etwa 70 g weniger als vierte und weitere Kinder.

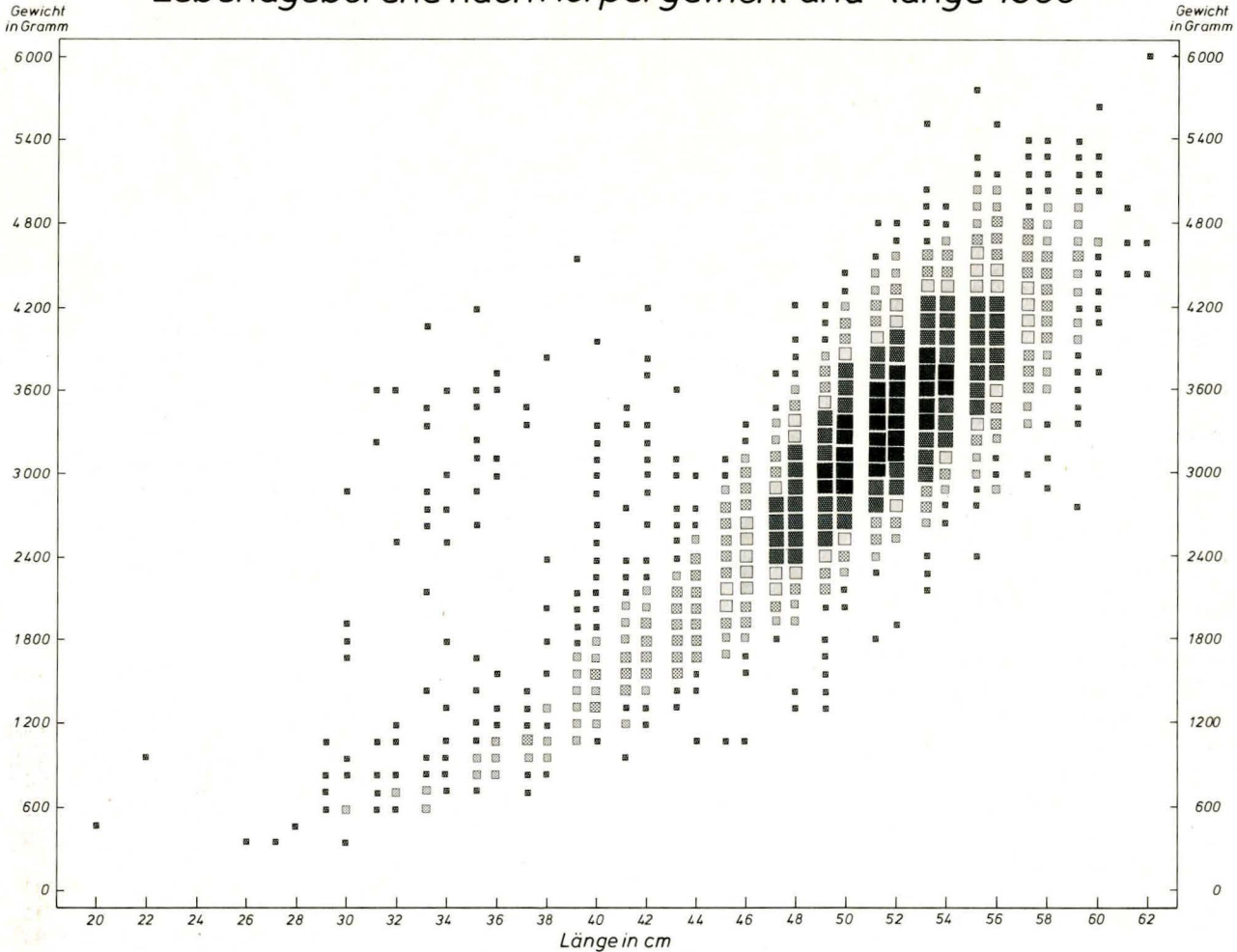
Von den 34 269 ehelich lebendgeborenen Kindern waren 1986 fast die Hälfte das erste und rund 36 % das zweite Kind der bestehenden Ehe. Etwa 11 % erblickten als drittes und nicht ganz 4 % als viertes oder weiteres Kind das Licht der Welt.

Extrem leichte Kinder mit einem Gewicht unter 2 500 g waren bei Erstkindern mit einem Anteil von 5,7 % nicht wesentlich häufiger als bei Zweit- (4,7 %) oder Drittkindern (5,5 %) und deutlich seltener als Viert- und weitere Kinder (7,7 %). Jedoch waren besonders schwere Neugeborene bei Erstkindern relativ selten. Der Anteil der Kinder mit einem Geburtsgewicht von mehr als 4 000 g war hier mit knapp 8 % gerade halb so groß wie bei Kindern, die schon mindestens drei Geschwister hatten.

Geborene und gestorbene Säuglinge nach dem Geburtsgewicht 1986

Geburtsgewicht	Lebendgeborene			Totgeborene	Im ersten Lebensjahr Gestorbene	In den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene
	insgesamt	ehelich	nichtehelich			
	%					
unter 1 500 Gramm	0,7	0,7	1,1	10,7	30,6	49,2
1 500 – 2 000 "	1,2	1,1	1,8	21,3	11,3	15,6
2 000 – 2 500 "	3,9	3,6	6,7	24,6	11,0	10,7
2 500 – 3 000 "	16,8	16,3	22,9	18,0	12,5	7,4
3 000 – 3 500 "	38,5	38,5	38,7	10,0	20,2	9,0
3 500 – 4 000 "	29,6	30,2	23,1	8,0	9,2	2,5
4 000 – 4 500 "	8,0	8,2	5,0	5,3	4,6	4,9
4 500 – 5 000 "	1,1	1,2	0,5	–	0,3	–
5 000 u. mehr "	0,1	0,1	0,1	1,3	0,3	0,8
ohne Angabe	0,1	0,1	0,1	0,7	–	–
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

# Lebendgeborene nach Körpergewicht und -länge 1986



137/87

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

Besonders extreme Werte sind damit bei Erstkindern relativ selten. Erstgeborene sind vielmehr im Durchschnitt tendenziell leichter als andere Kinder. So finden sich in der Gruppe von 2 500 g bis 3 500 g relativ gesehen die meisten Erstkinder, während bei den 7 bis 8 Pfund schweren Kindern der relative Anteil der Zweitkinder überwiegt.

Bei der Interpretation der Zahlen ist zu beachten, daß die Geburtenfolge eng mit dem Alter der Mutter zusammenhängt. So werden natürlich Erstkinder eher von jüngeren Müttern und die folgenden Kinder von älteren Müttern zur Welt gebracht. So ist, genauso wie bei den älteren Frauen, bei den Kindern höherer Geburtenfolge die Variationsbreite der Geburtsgewichte relativ hoch. Besonders leichte und besonders schwere Kinder sind bei älteren Müttern also wesentlich häufiger anzutreffen als bei jüngeren.

## Nichteheliche Kinder untergewichtig

Während 5,4 % der ehelichen Kinder weniger als 2 500 g wog, lag dieser Anteil bei den nichtehelichen Kindern bei 9,6 %. Mehr als 4 000 g zeigte die Waage bei 9,6 % der Kinder aus vollständigen Familien, aber nur bei 5,7 % der nichtehelichen Neugeborenen. Das durchschnittliche Geburtsgewicht von Kindern alleinstehen-

der Mütter lag 1986 bei knapp 3 180 g, während eheliche Kinder nahezu 3 340 g aufweisen konnten.

Auch hinsichtlich der Körperlänge sind die Unterschiede deutlich. So waren nur 2,1 % der ehelichen, aber 3,8 % der nichtehelichen Neugeborenen kleiner als 45 cm. In der Größenklasse von 45 bis 50 cm war der Anteil der Kinder alleinstehender Mütter um 7 Prozentpunkte höher als der Anteil bei den ehelichen Kindern ; in der mit Abstand am stärksten besetzten Klasse von 50 bis 55 cm, in die auch der Durchschnittswert fällt, lag er um mehr als 5 Prozentpunkte darunter.

Während sich für Geburtsgewicht und Größe bei der Gesamtheit aller Neugeborenen im Zeitablauf keine Veränderungen nachweisen lassen, sind bei Betrachtung der nichtehelichen Kinder Veränderungen erkennbar. Während 1975 noch 2 % der Kinder Alleinstehender mit weniger als 1 500 g extrem untergewichtig waren, lag dieser Anteil 1986 lediglich bei 1,1 %. Zwischen 1 500 g und 2 500 g wogen 1975 noch 10,1 % der nichtehelichen Kinder, hingegen waren es 1986 nur 8,5 %. Demgegenüber wurde bei der am stärksten besetzten Gruppe von 3 000 g bis 3 500 g eine Zunahme des Anteils von 37,5 % auf 38,7 % verzeichnet.

Nicht ganz so deutlich sind die Entwicklungstendenzen bei der Körpergröße. Jedoch hat insbesondere der

Anteil extrem kleiner Kinder (unter 35 cm) auffällig stark von 0,7 % auf 0,3 % abgenommen. Der Anteil der Kinder, die bei ihrer Geburt zwischen 50 cm und 55 cm maßen, hat sich hingegen von 62,1 % auf 64,4 % erhöht.

Fragt man nach den Ursachen, warum nichteheliche Kinder kleiner und leichter als die ehelich Neugeborenen sind, so ist zu beachten, daß hier auch das Alter der Mutter ein entscheidender Einflußfaktor ist. Mütter nichtehelicher Kinder sind im Durchschnitt wesentlich jünger als verheiratete Mütter. So waren 1986 nur gut 2 % der verheirateten Mütter aber fast 19 % der alleinstehenden Mütter bei der Geburt ihres Kindes noch keine 20 Jahre alt. 1975 hatte der Anteil der unter 20jährigen

Alleinstehenden noch bei fast 40 % gelegen, 1981 bei nahezu 30 %. Dieser rückläufige Anteil besonders junger Mütter ist ein wesentlicher Grund dafür, daß der Prozentsatz unterentwickelter Kinder bei den nichtehelichen Kindern abgenommen hat.

Sicher gibt es weitere Gründe aus dem sozialen Umfeld alleinstehender Mütter, die ein eher geringeres Geburtsgewicht und eine kleinere Körpergröße begünstigen. Entsprechendes statistisches Zahlenmaterial liegt der amtlichen Statistik nicht vor, so daß das Aufzeigen konkreter Abhängigkeiten nicht möglich ist.

Diplom-Ökonom Günter Ickler

## Bruttojahresverdienste in Industrie und Handel 1986

Während die für die Monate Januar, April, Juli und Oktober erfolgende laufende Verdienststatistik die jeden Monat regelmäßig gezahlten Verdienste erfaßt, werden bei der seit 1971 stattfindenden Bruttojahresverdiensterhebung laufende und einmalige Zahlungen wie Weihnachtsgratifikationen, Jahresabschlußprämien, Jubiläumszuwendungen oder zusätzliches Urlaubsgeld ermittelt. Der Bruttojahresverdienst erlaubt deshalb eine zutreffende Beurteilung der Verdienstsituation der Arbeitnehmer in Industrie, im Handel, bei Banken und Versicherungen. Die Bruttojahresverdiensterhebung erfolgt nach der gleichen Stichprobenmethode und bei den gleichen Berichtsfirmen wie die vierteljährliche Verdiensterhebung. Sie berücksichtigt die Verdienste solcher Arbeitnehmer, die das ganze Jahr über als Vollbeschäftigte im gleichen Betrieb tätig waren. Die Jahresverdienste werden repräsentativ in Form einer geschichteten Stichprobe bei 2 065 rheinland-pfälzischen Betrieben erhoben. Damit ist etwa jeder sechste Betrieb in die Erhebung einbezogen. Die Ergebnisse dieser Erhebung lassen sich in wirtschaftssystematischer Gliederung für Arbeiter und Angestellte sowie für Männer und Frauen darstellen. Im Dienstleistungsbereich werden wegen des geringen Anteils der Arbeiter nur die Bruttojahresverdienste der Angestellten erhoben. Die Bezeichnungen der bei der Verdiensterhebung in Industrie und Handel nachgewiesenen Wirtschaftszweige wurden 1983 teilweise geändert. Ihnen liegt die „Systematik der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 1979“ in der Fassung für die Verdiensterhebung zugrunde. Die neuen Bezeichnungen

weichen teilweise von denen ab, die bis Ende 1982 gemäß der „Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1961“ verwendet wurden. Die Inhalte der Positionen sind jedoch nahezu unverändert geblieben.

Für Untersuchungen über die Zusammenhänge der Löhne und Gehälter sind die in mehrjährigen Abständen erfolgenden Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen vorgesehen. Hier wird nicht wie bei der Bruttojahreserhebung das Lohnsummenverfahren angewendet, sondern es werden die Angaben für jeden einzelnen Arbeitnehmer erfragt, um die Interdependenz der effektiven Verdienste und der sozialen Merkmale der Arbeitnehmer, der Berufe und der Wirtschaftsgruppen zu erkennen.

### Bruttojahresverdienst der Industriearbeiter stieg 1986 um 4,4 %

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der rheinland-pfälzischen Industriearbeiter (einschließlich Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Hoch-, und Tiefbau) stieg 1986 um 4,4 % auf 39 200 DM. Die Jahresverdienste der männlichen Industriearbeiter erhöhten sich um 4,2 % auf 41 600 DM, die der weiblichen um 4,5 % auf 27 600 DM. Gemessen am Rückgang des Preisindex für die Lebenshaltung von Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen im vergangenen Jahr um 0,2 % bedeutet dies eine Zunahme der Realeinkommen, die noch etwas über der nominellen Steigerungsrate liegt. Damit wurde die höchste reale Ver-

Bruttojahresverdienste der Arbeiter nach Wirtschaftsbereichen 1986

Wirtschaftsbereich	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	DM			Veränderung zum Vorjahr in %		
Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung	47 822	48 071	37 530	3,8	3,8	4,4
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	44 691	45 724	32 910	3,1	3,1	2,4
Investitionsgüterindustrie	40 021	41 969	29 874	4,1	4,0	4,3
Verbrauchsgüterindustrie	33 175	38 423	24 908	5,0	4,5	4,7
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	38 330	41 003	27 315	3,9	3,8	4,6
Bauindustrie (nur Hoch- und Tiefbau)	34 472	34 472	–	5,0	5,0	–
Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau	39 218	41 613	27 639	4,4	4,2	4,5
ohne Hoch- und Tiefbau	39 758	42 662	27 639	4,2	3,8	4,5

# Bruttojahresverdienste der Arbeiter in ausgewählten Wirtschaftszweigen 1986

Wirtschaftsbereich / Wirtschaftszweig	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	DM			Veränderung zum Vorjahr in %		
Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung	47 822	48 071	37 530	3,8	3,8	4,4
Elektrizitätsversorgung	49 055	49 387	37 657	3,8	3,8	4,2
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	44 691	45 724	32 910	3,1	3,1	2,4
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	38 860	39 049	29 688	1,7	1,7	4,3
Chemische Industrie (ohne Herst. von Chemiefasern)	48 124	49 906	33 692	3,3	3,3	2,2
Holzbearbeitung	38 010	38 051	35 761	6,1	6,1	4,1
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeherzeugung	42 551	43 315	29 324	4,1	3,8	6,4
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	40 548	41 207	32 739	3,5	3,4	2,3
Investitionsgüterindustrie	40 021	41 969	29 874	4,1	4,0	4,3
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau <sup>1)</sup>	40 346	40 643	24 232	5,2	5,1	4,5
Maschinenbau, Lokomotivbau	41 185	41 930	31 318	4,1	3,8	10,4
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	43 631	44 767	33 187	4,5	4,6	4,7
Elektrotechnik, Rep. von elektr. Geräten für den Haushalt	34 656	39 107	28 518	3,4	3,3	2,8
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	35 475	39 470	29 242	2,4	1,6	1,9
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung <sup>2)</sup>	34 998	37 403	27 056	4,2	4,1	4,0
Verbrauchsgüterindustrie	33 175	38 423	24 908	5,0	4,5	4,7
Feinkeramik	34 022	37 103	28 254	3,3	2,3	4,5
Herstellung und Verarbeitung von Glas	43 155	44 933	30 452	4,1	4,4	1,7
Holzverarbeitung, Rep. von Gebrauchsgütern aus Holz	35 368	36 911	27 578	4,9	5,2	0,7
Papier- und Pappeverarbeitung	35 706	39 647	25 526	4,5	4,2	2,4
Druckerei, Vervielfältigung	42 769	44 937	32 412	4,7	4,8	3,1
Herstellung von Kunststoffwaren	36 382	38 649	24 859	4,1	3,7	5,1
Lederverarbeitung (ohne Herst. von Schuhen)	25 605	30 784	22 486	0,1	1,5	-0,8
Herstellung von Schuhen, Rep. von Schuhen <sup>3)</sup>	26 216	30 608	24 112	4,6	2,3	6,3
Textilgewerbe	31 964	36 600	25 586	4,4	5,1	3,0
Bekleidungs-gewerbe	23 257	32 773	22 251	5,8	5,3	5,8
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	38 330	41 003	27 315	3,9	3,8	4,6
Brauerei, Mälzerei	41 438	41 517	35 634*	4,1	4,1	7,4*
Tabakverarbeitung	41 078	44 957	35 663	4,1	3,7	3,8
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk <sup>4)</sup>	34 472	34 472	-	5,0	5,0	-

1) Ohne Lokomotivbau. - 2) Oberflächenveredlung, Härtung. - 3) Gebrauchsgüter aus Leder u. ä., Schirmen. - 4) Ohne Fertigteilbau im Hochbau.

dienststeigerung seit 1974 erreicht. Während in den Jahren 1981 und 1982 noch reale Einkommenseinbußen zu verzeichnen waren, gab es ab 1983 wieder reale Verdienstzuwächse, die 1985 für Arbeiter jedoch erst geringfügig über 1 % lagen.

Von den einzelnen Wirtschaftsbereichen zählten die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung mit durchschnittlich 47 800 DM die höchsten Löhne; sie lagen um nicht weniger als 22 % über dem Schnitt der gesamten Industrie. Die niedrigsten Verdienste für Arbeiter wurden erneut in der Verbrauchsgüterindustrie erzielt (33 200 DM). Die Verdienstspanne zwischen diesen beiden Wirtschaftsbereichen betrug 14 600 DM und hat sich seit vielen Jahren relativ nur wenig verändert. Hinsichtlich der Bedeutung für die Beschäftigung ist jedoch zu beachten, daß von den mit der Bruttojahresverdiensterhebung erfaßten Arbeitern 35 % in der Investitionsgüterindustrie, 26 % in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, 23 % in der Verbrauchsgüterindustrie, 10 % im Hoch- und Tiefbau, 4 % in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und nur knapp 2 % in der Energie- und Wasserversorgung tätig waren.

Der Anteil der männlichen Arbeiter war – abgesehen vom Hoch- und Tiefbau, der keine Arbeiterinnen beschäftigt – in der Energie- und Wasserversorgung mit 97 % am höchsten. Danach folgen Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (92 %), Investitionsgüterindu-

strie (84 %), Nahrungs- und Genußmittelindustrie (80 %) und Verbrauchsgüterindustrie (61 %). Männliche Facharbeiter waren am zahlreichsten in der Energie- und Wasserversorgung anzutreffen (92 %), am niedrigsten fiel die Quote in der Verbrauchsgüterindustrie mit 48 % aus.

Unter den einzelnen Wirtschaftszweigen, bei denen nicht zuletzt infolge von Veränderungen in der strukturellen Zusammensetzung der Belegschaft die ausgewiesenen effektiven Verdienststeigerungen von den tariflich ausgehandelten Zuwachsraten abweichen können, wurden im Berichtsjahr die höchsten Löhne in der Elektrizitätsversorgung gezahlt (49 400 DM) für Arbeiter und 37 700 DM für Arbeiterinnen), gefolgt von der chemischen Industrie (49 900 DM bzw. 33 700 DM). Am Ende der Lohnskala stehen die Lederverarbeitung (30 800 DM bzw. 22 500 DM) und das Bekleidungs-gewerbe (32 800 DM bzw. 22 300 DM). Seit Jahren bestehen erhebliche strukturelle und marktbedingte Probleme bei den überwiegend kleinen und mittleren Schuhherstellernbetrieben in der Westpfalz, die sich auch in der Verdienstsituation widerspiegeln.

Im Bundesgebiet erhöhte sich im Berichtsjahr der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der männlichen Arbeiter in der Industrie um 3,5 % auf 42 000 DM, das sind 400 DM mehr als in Rheinland-Pfalz. Arbeiterinnen kamen im Bundesgebiet auf 29 030 DM (+ 3,7 %);

Bruttojahresverdienste der Angestellten nach Wirtschaftsbereichen 1986

Wirtschaftsbereich	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	DM			Veränderung zum Vorjahr in %		
Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung	57 143	61 266	43 161	4,8	4,4	5,3
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	64 473	69 556	47 530	3,2	3,2	3,6
Investitionsgüterindustrie	56 558	62 177	38 223	5,1	5,1	4,6
Verbrauchsgüterindustrie	48 597	55 318	34 967	3,8	3,8	4,1
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	50 867	56 570	37 061	3,1	3,4	2,7
Bauindustrie (nur Hoch- und Tiefbau)	51 309	57 379	30 169	3,9	6,0	-3,3
Industrie						
einschl. Hoch- und Tiefbau	57 892	63 637	40 655	4,1	4,2	3,9
ohne Hoch- und Tiefbau	58 235	63 973	41 139	4,0	4,0	4,1
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	38 950	46 924	31 743	4,8	5,1	3,8
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	50 682	58 956	35 632	4,6	4,5	4,1

sie verdienen im Schnitt 1 400 DM mehr als ihre rheinland-pfälzischen Kolleginnen. Bei einem Vergleich der Verdienste von Männern und Frauen ist die unterschiedliche strukturelle Zusammensetzung der männlichen und weiblichen Arbeiterschaft zu beachten, die in den einzelnen Wirtschaftszweigen für die Art der Tätigkeit sowie die Qualifikation besteht.

Bruttojahresverdienst der männlichen Industrieangestellten 63 600 DM

Der Bruttojahresverdienst der Industrieangestellten erhöhte sich 1986 im Durchschnitt um 4,1 % auf 57 900 DM. Männliche Industrieangestellte verdienen 63 600 DM (+ 4,2 %), weibliche 40 700 DM (+ 3,9 %). Die Zuwachsrate der Verdienste für männliche Angestellte entsprach der für männliche Industriearbeiter, die für weibliche Angestellte blieb um 0,6 Prozentpunkte unter der für Arbeiterinnen. In den beiden davorliegenden Jahren waren dagegen die Verdienste der weiblichen Angestellten etwas stärker angehoben worden.

Auch im Berichtsjahr wurden in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie die höchsten Angestellten-

gehälter gezahlt. Der Jahresverdienst für männliche Angestellte bezifferte sich auf 69 600 DM und für weibliche auf 47 500 DM. Am Ende der Lohnskala befindet sich die Verbrauchsgüterindustrie, die durchschnittlich 55 300 DM bzw. 35 000 DM zahlte. In diesem Wirtschaftsbereich war der Anteil der Männer an allen Angestellten mit 67 % am geringsten. In der Aufgliederung nach Wirtschaftszweigen haben die Angestellten der chemischen Industrie, die über eine über dem Durchschnitt der gesamten Industrie liegende berufliche Qualifikation verfügen, die höchsten Verdienste. Männliche Angestellte kamen auf 72 600 DM und ihre Kolleginnen auf 50 200 DM. Danach folgen der Straßenfahrzeugbau mit 65 900 DM bzw. 44 600 DM und die Elektrizitätsversorgung mit 62 600 DM bzw. 44 400 DM. Die niedrigsten Jahreseinkommen wurden wiederum in der Bekleidungsindustrie (48 500 DM) bzw. 32 800 DM) und in der Lederverarbeitung (43 800 DM bzw. 30 500 DM) erzielt. In diesen Branchen sind überdurchschnittlich viele Frauen in den unteren Leistungsgruppen tätig.

Im Bundesgebiet stiegen 1986 die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste der männlichen Industrieangestellten um 3,9 % auf 63 500 DM und die ihrer Kolleginnen um 3,8 % auf 41 400 DM. Das sind bei den Männern

Bruttojahresverdienste und einmalige Zahlungen 1986

Wirtschaftsbereich	Arbeiter				Angestellte			
	Brutto-jahres verdienste (einschl. einmalige Zahlungen	Brutto-jahres verdienste (ohne einmalige Zahlungen 1)	einmalige Zahlungen		Brutto-jahres verdienste einschl. einmalige Zahlungen	Brutto-jahres verdienste (ohne einmalige Zahlungen 1)	einmalige Zahlungen	
			insgesamt	Anteil am Brutto-jahres- verdienst			insgesamt	Anteil am Brutto-jahres- verdienst
	DM			%	DM			%
Industrie (ohne Bauindustrie)	39 758	35 256	4 502	11,3	58 235	50 784	7 451	12,8
Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung	47 822	41 444	6 378	13,3	57 143	50 460	6 683	11,7
Grundstoff- und Produktions- güterindustrie	44 691	39 052	5 639	12,6	64 473	55 308	9 165	14,2
Investitionsgüterindustrie	40 021	35 724	4 297	10,7	56 558	49 728	6 830	12,1
Verbrauchsgüterindustrie	33 175	30 108	3 067	9,2	48 597	43 668	4 929	10,1
Nahrungs- und Genußmittel- industrie	38 330	34 268	4 062	10,6	50 867	45 144	5 723	11,3
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	.	.	.	.	38 950	34 416	4 534	11,6

1) Hochgerechnete Jahresergebnisse der vierteljährlichen Verdiensterhebung.

# Bruttojahresverdienste der Angestellten in ausgewählten Wirtschaftszweigen 1986

Wirtschaftsbereich / Wirtschaftszweig	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	DM			Veränderung zum Vorjahr in %		
Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung	57 143	61 266	43 161	4,8	4,4	5,3
Elektrizitätsversorgung	58 621	62 635	44 416	4,7	4,3	5,9
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	64 473	69 556	47 530	3,2	3,2	3,6
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	50 161	54 201	36 747	0,8	1,5	0,7
Chemische Industrie (ohne Herst. von Chemiefasern)	67 380	72 566	50 207	3,1	3,1	3,4
Holzbearbeitung	49 054	54 469	33 482	5,7	3,9	7,2
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeherzeugung	54 674	61 930	35 162	3,7	2,6	5,3
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	55 545	59 271	40 314	3,3	3,0	5,5
Investitionsgüterindustrie	56 558	62 177	38 223	5,1	5,1	4,6
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau <sup>1)</sup>	50 719	56 077	32 578	3,7	2,9	5,3
Maschinenbau, Lokomotivbau	52 601	58 494	34 628	5,5	6,0	3,2
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	60 879	65 947	44 557	4,9	5,0	5,6
Elektrotechnik, Rep. von elektr. Geräten für den Haushalt	53 983	59 347	36 329	5,8	5,2	5,4
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	54 305	62 048	35 973	3,5	5,2	- 1,6
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung <sup>2)</sup>	49 818	55 624	34 789	2,1	1,8	3,9
Verbrauchsgüterindustrie	48 597	55 318	34 967	3,8	3,8	4,1
Feinkeramik	46 101	51 282	36 376	4,6	5,0	1,1
Herstellung und Verarbeitung von Glas	53 832	60 316	38 317	3,4	3,8	2,8
Holzverarbeitung, Rep. von Gebrauchsgütern aus Holz	47 274	53 545	31 535	2,8	3,2	5,4
Papier- und Pappeverarbeitung	54 327	60 024	37 780	5,4	5,5	4,4
Druckerei, Vervielfältigung	53 489	59 565	39 468	3,7	4,5	2,8
Herstellung von Kunststoffwaren	51 315	57 622	38 153	3,2	3,2	3,5
Lederverarbeitung (ohne Herst. von Schuhen)	39 086	43 787	30 458	5,4	2,5	5,5
Herstellung von Schuhen, Rep. von Schuhen <sup>3)</sup>	39 880	45 354	28 336	2,1	0,3	6,3
Textilgewerbe	49 567	57 911	34 611	1,4	2,9	0,3
Bekleidungs-gewerbe	39 313	48 513	32 761	2,2	4,8	2,3
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	50 867	56 570	37 061	3,1	3,4	2,7
Brauerei, Mälzerei	54 460	56 706	43 766	1,4	1,3	2,3
Tabakverarbeitung	57 733	61 025	47 137	1,7	1,8	2,8
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk <sup>4)</sup>	51 309	57 379	30 169	3,9	6,0	- 3,3

1) Ohne Lokomotivbau. – 2) Oberflächenveredlung, Härtung. – 3) Gebrauchsgüter aus Leder u. ä., Schirmen. – 4) Ohne Fertigteilbau im Hochbau.

100 DM weniger und bei den Frauen 7 00 DM mehr als in Rheinland-Pfalz.

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhöhte sich der Bruttojahresverdienst um 4,8 % auf 39 000 DM. Männliche Angestellte konnten ihr Einkommen gegenüber 1985 um 5,1 % auf 46 900 DM und weibliche Angestellte um 3,8 % auf 31 700 DM steigern. Gegenüber ihren Kollegen in der Industrie fielen die Jahresverdienste der männlichen Angestellten um 16 700 DM und die der weiblichen um 900 DM niedriger aus. Seit vielen Jahren sind die Jahreseinkommen der Angestellten im Dienstleistungsbereich etwa ein Viertel niedriger als in der Industrie. Die Gründe hierfür wurden bereits früher ausführlich dargelegt.<sup>1)</sup> Im Berichtsjahr ergab sich für die Jahresverdienste im Dienstleistungsbereich erneut eine erhebliche Spannweite, wobei die Einkommenserhöhung gegenüber 1985 bei den Kreditinstituten mit 5,2 % am höchsten und im Versicherungsgewerbe mit 1,2 % am niedrigsten ausfiel. Im Versicherungsgewerbe beliefen sich die Bruttojahresverdienste auf 53 400 DM für Männer und 42 800 DM für Frauen, Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute zahlten 53 900 DM bzw. 39 600 DM. Deutlich niedrigere Jahresverdienste wurden dagegen im Handel erzielt. Im Großhandel kamen männliche Angestellte auf 40 600 DM und

weibliche auf 27 500 DM und im Einzelhandel waren es 42 400 DM bzw. 26 700 DM.

## Anteil der einmaligen Zahlungen am Bruttojahresverdienst für Arbeiter leicht erhöht

Die Höhe der einmaligen Zahlungen, die in der Verdiensterhebung nicht getrennt erfragt werden, läßt sich annähernd durch einen Vergleich der Bruttojahresverdienste mit den hochgerechneten Ergebnissen aus der vierteljährlichen Verdiensterhebung nach einzelnen Wirtschaftsbereichen ermitteln. Zu beachten ist jedoch, daß die Höhe der einmaligen Zahlungen nicht zuletzt von der Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängt.

Der Anteil der einmaligen Zahlungen am Bruttojahresverdienst ist in den letzten Jahren für Industriearbeiter leicht angestiegen, für Angestellte in Industrie und im Dienstleistungsbereich blieb er dagegen fast unverändert. Während im Jahre 1984 die Arbeiter in der Industrie (ohne Bauindustrie) einmalige Zahlungen von durchschnittlich 3 800 DM oder 10,3 % der Bruttojahresverdienste erhielten, kamen sie 1986 auf 4 500 DM (11,3 %). In den einzelnen Wirtschaftsbereichen ist der prozentuale Anteil der einmaligen Zahlungen umso höher, je höher die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste sind. In der an der Spitze der Lohnskala für Arbeiter ran-

1) Albrecht Wachweger: Bruttojahresverdienste in Industrie und Handel 1984, Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 38, Heft 10, Oktober 1985.

gierenden Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung wurden einmalige Zahlungen von durchschnittlich 6 400 DM (13,3 % des Bruttojahresverdienstes) gezahlt, während es in der Verbrauchsgüterindustrie 3 100 DM (9,2 %) waren.

Industrieangestellte (ohne Bauindustrie) kamen 1984 auf einmalige Zahlungen von 6 800 DM, das sind 12,7 % des Bruttojahresverdienstes, und 1986 auf 7 500 DM (12,8 %). Auch für Angestellte gilt, daß in den Wirtschaftsbereichen mit den höchsten Bruttojahresverdiensten die Quote der einmaligen Zahlungen am größten ist. Angestellte in der Grundstoff- und Produk-

tionsgüterindustrie befanden sich mit durchschnittlichen einmaligen Zahlungen von 9 200 DM (14,2 %) an der Spitze. In der Verbrauchsgüterindustrie am Ende der Skala wurden 4 900 DM (10,1 %) gezahlt. Für Angestellte im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe lag die durchschnittliche Höhe der einmaligen Zahlungen mit 4 500 DM noch unter derjenigen der Verbrauchsgüterindustrie. Der Anteil am Bruttojahresverdienst entsprach mit 11,6 % etwa der in den Wirtschaftsbereichen der Industrie ermittelten durchschnittlichen Quote.

Diplom-Volkswirt Albrecht Wachweger

## Der Einfluß der Energiekosten auf die Beheizungsart

Die Entwicklung der Preise für die Lebenshaltung zeigt, daß zwischen 1975 und 1985 die Energieaufwendungen aller privaten Haushalte mehr als doppelt so stark wie die Preise für die gesamte Lebenshaltung angestiegen sind. Dieser Trend kehrte sich infolge des drastischen Ölpreisverfalls ab Ende 1985 um. Der Großteil der Energieaufwendungen dient der Heizwärmeerzeugung. Die zusätzlichen Belastungen der Haushaltsbudgets, die durch den überproportionalen Preisanstieg hervorgerufen wurden, führten zu einem bewußteren Umgang mit Energie.

In welchem Ausmaß sich Energie- und insbesondere Ölpreisänderungen, die Signalwirkung auf den gesamten Energiemarkt ausüben, kurzfristig auch auf das Haushaltsbudget auswirken, wird beim Vergleich des Lebenshaltungskostenindex über die Jahre 1985 und 1986 ersichtlich. Binnen Jahresfrist hatte sich der Preisindex für die Lebenshaltung erstmalig seit 1953 leicht rückläufig entwickelt. Das ermäßigte Verbraucherpreis-

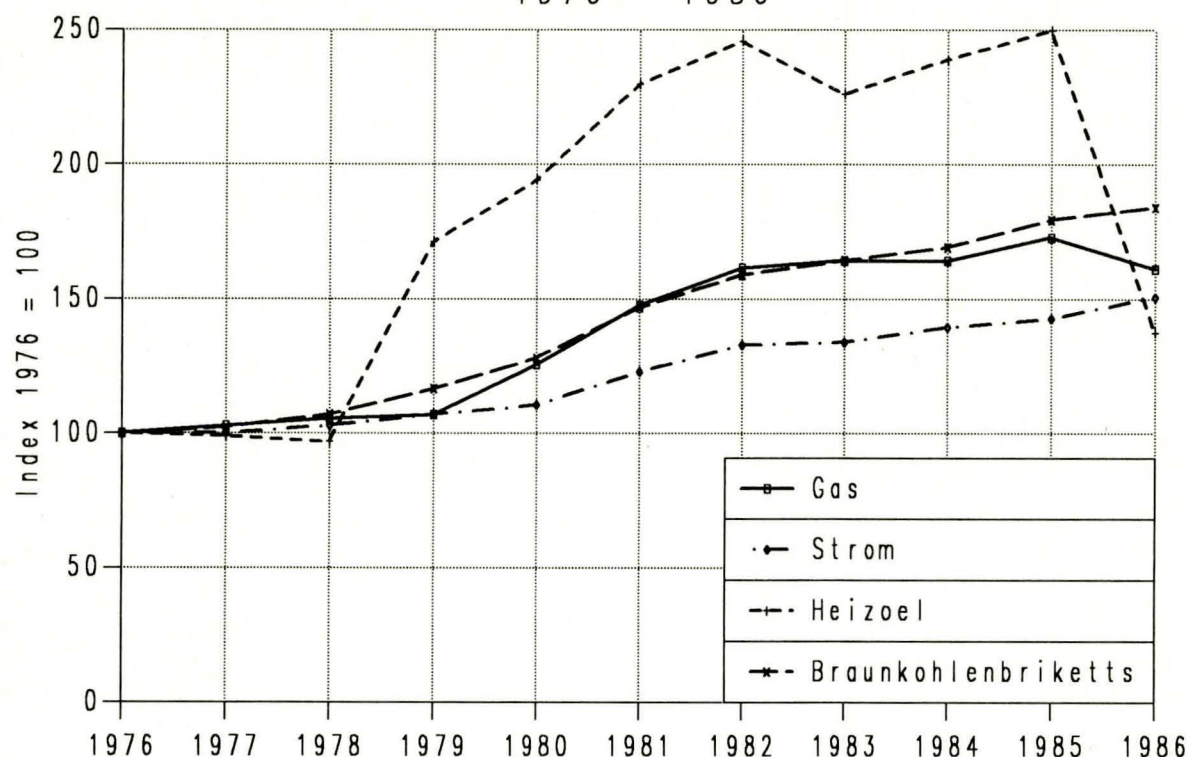
niveau wurde durch die drastischen Preisreduzierungen für Rohöl als Folge eines weltweiten Überangebotes, das sich laufend durch den scharfen Konkurrenzkampf der Förderländer, die gesprengte Quotendisziplin der OPEC-Staaten, den gesunkenen Dollar-Kurs und die fallende Nachfrage nach Öl verstärkte, stark beeinflußt. Obgleich sich die Preisentwicklung in allen Erhebungsbereichen seit einigen Jahren zunehmend stabilisiert hat, lassen sich, abgesehen von den Bereichen Energie und Verkehr, in allen verbleibenden Hauptgruppen, aus denen sich der Gesamtindex zusammensetzt, noch Preissteigerungen nachweisen. Bei der Gruppe Energie betrugen die Rückgänge – 12,7 %, in der Kategorie der Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung – hier ist der Wägungsanteil für Energieprodukte geringer – immer noch – 4 %.

Bei Wohnungsbauprojekten sind im Hinblick auf die wärmetechnische Optimierung zunächst vier Grundfragen zu klären : Wie wirkt sich die architektonische Kon-

Art der Beheizung in genehmigten Wohnneubauten 1979 – 1986

Berichtsmerkmal	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
	Anteil in %							
Vorwiegend verwendete Heizenergie								
Koks/Kohle	0,8	2,3	3,1	2,5	1,6	1,5	1,7	1,4
Öl	64,2	51,4	51,8	51,0	51,7	47,2	45,8	43,7
Gas	31,4	39,0	36,7	38,9	41,1	45,4	46,3	50,0
Strom	3,1	6,6	7,7	6,7	5,3	5,3	5,0	4,3
Sonstige	0,4	0,6	0,7	1,0	0,3	0,6	1,2	0,7
Heizsystem								
Fernheizung	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,3	0,7	0,3
Blockheizung	0,5	0,4	0,5	0,7	0,6	0,2	0,5	0,5
Zentralheizung	95,4	93,5	93,1	92,2	92,5	92,3	92,0	93,0
Etagenheizung	1,2	2,0	2,2	2,6	3,5	3,4	3,9	3,1
Einzelraumheizung	2,8	4,0	4,1	4,3	3,4	3,8	2,9	3,1
Gebäude (Anzahl)								
Gebäude	16 035	15 650	12 523	9 662	12 179	9 825	8 524	8 907

## Entwicklung der Verbraucherpreise fuer Strom, Gas und Brennstoffe 1976 - 1986



138/87

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ

zeption auf den künftigen Heizenergiebedarf aus? Welche Maßnahmen sollen zum Wärmeschutz durchgeführt werden? Welches Wärmeverteilungssystem soll gewählt und mit welchem Energieträger betrieben werden? Zu jeder Einzelfrage bietet sich eine breite Palette von Realisierungsmöglichkeiten an. Die wichtigsten Auswahlkriterien sind Wirtschaftlichkeit, Bedienungskomfort, Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und die Zukunftserwartungen hinsichtlich der technologischen- sowie der Kostenentwicklung.

### Energie wird bereits auf dem Reißbrett gespart

Architekten, Ingenieure, Handwerk und Industrie wandten ihr Interesse zunehmend der Nutzung der kostenlos verfügbaren Sonnenwärme zu. Das gestiegene Energiebewußtsein führte zur Entwicklung neuer und der Wiederentdeckung tradierter architektonischer Konzepte. Auf dem Weg dorthin fanden zahlreiche Einzelaspekte wie Glasvorbauten, große, gut isolierte Süd- und kleine Nordfenster, die thermische Zonierung der Räume, die Vermeidung von Kältebrücken, die Optimierung des Verhältnisses von Gebäudeoberfläche zum Rauminhalt, die Verwendung von Baustoffen mit hoher Wärmekapazität und die Beachtung der Umgebungsgeografie sowie der kleinklimatischen Verhältnisse Berücksichtigung. So ergaben sich völlig veränderte Anforderungen an das zeitgerechte Bauen. Die Bundesregierung unterstützte die Bestrebungen, die zahlreichen Einzelentwicklungen in ein Gesamtkonzept zu

integrieren. So hatte der Bundesbauminister im Jahre 1981 die Fachwelt in einer Ausschreibung um Ideenvorschläge für energiesparende Wohnhäuser gebeten, von denen eine Auswahl realisiert wurde, um langfristige Nutzungs- und Eignungsuntersuchungen an konkreten Objekten durchführen zu können.

### Passiver Wärmeschutz durch Dämmung

Der Wärmeschutzmarkt ist schwer überschaubar. Das liegt einerseits an den zahllosen Anwendungsmöglichkeiten passiver Wärmeschutzmaßnahmen, andererseits an der Vielzahl von Anbietern solcher Leistungen, wobei das Spektrum vom Fachbetrieb bis zum Do-it-yourself-Paket im Supermarkt reicht. Folglich lassen sich über Art und Umfang von Wärmeschutzmaßnahmen keine allgemein gesicherten Erkenntnisse gewinnen. Ein wichtiger Hinweis auf ein gestiegenes Marktpotential ergibt sich aus der Umsatzentwicklung bei den Spezialbetrieben mit Schwerpunkt Abdämmung gegen Kälte, Wärme und Schall, die im Rahmen der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe jährlich nachgewiesen wird. Da sich die Zuordnung der Betriebe nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt bestimmt, also auch hier nicht nachgewiesene Unternehmen auf diesem Gebiet tätig sein können, sind die absoluten Umsätze weniger aussagefähig als ihr relativer zeitlicher Verlauf. Im Berichtszeitraum gestaltete sich die Absatzentwicklung der Dämm-Spezialbetriebe stetig positiv. Zwischen

1979 und 1985 stiegen die erzielten Verkaufserlöse um 56 %. Dies entspricht einer jährlichen durchschnittlichen Steigerungsrate von 7,7 %. Diese Zahlen belegen das rapide Wachstum dieses Marktes, zumal sich die im Hochbau erzielten Umsätze im gleichen Zeitraum leicht rückläufig entwickelten. Ständige Innovationen lassen eine weitere Aufwärtsentwicklung erwarten.

Öl verdrängt Kohle

Für die Zeit vor 1979 lassen sich die Entwicklungen im Wohnungsneubau hinsichtlich der Wahl von Wärmeverteilungssystem und Energieträger, die nach der ersten Ölkrise im Jahre 1973 einsetzten, nicht differenziert verfolgen. Aus der Reaktion des Staates, der beispielsweise im Jahre 1974 eine Verordnung über Feuerungsanlagen, 1976 das Energieeinsparungsgesetz, 1977 die Wärmeschutzverordnung und 1978 eine Heizungsanlagen-Verordnung sowie die Heizungsbetriebs-Verordnung erließ, Programmförderungen, Direktsubventionen und Steuererleichterungen initiierte, Forschung und Entwicklung sowie die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit intensivierte, folgt, daß der ab 1979 in der Bautätigkeitsstatistik detailliert nachweisbare Verlauf bereits einige Jahre zuvor seine Richtung erhielt. Bestätigungen finden sich in der Entwicklung der Umsatzergebnisse des Gewerbezweigs der Zentralheizungs- und Lüftungsbauer, die mit den Heizölpreisen und dem Mengengerüst korreliert.

Vorwiegend verwendete Heizenergie nach Art der genehmigten Wohnneubauten  
1979 – 1986

Jahr	Ge- bäude	Energieträger				
		Koks/ Kohle	Öl	Gas	Strom	Son- stige <sup>1)</sup>
	Anzahl	%				
Gebäude mit einer Wohnung						
1979	12 186	1,0	64,9	30,6	3,3	0,3
1980	11 339	2,7	52,6	37,4	6,7	0,6
1981	8 228	3,9	53,8	33,3	8,3	0,8
1982	6 194	3,2	55,2	33,4	7,0	1,2
1983	7 640	2,2	55,9	35,8	5,8	0,3
1984	6 360	1,9	49,8	42,1	5,3	0,8
1985	5 792	2,2	48,5	43,0	5,3	1,0
1986	6 435	1,7	46,0	47,0	4,8	0,5
Gebäude mit zwei Wohnungen						
1979	3 174	0,4	66,3	30,3	2,7	0,3
1980	3 563	1,7	52,4	38,6	6,8	0,5
1981	3 507	1,7	51,9	38,8	6,9	0,7
1982	2 623	1,6	49,1	42,6	6,3	0,4
1983	3 357	0,8	51,8	42,4	4,9	0,1
1984	2 530	0,9	49,3	44,1	5,4	0,3
1985	2 055	0,6	46,4	48,5	4,3	0,2
1986	1 943	0,7	41,5	54,8	2,9	0,2
Gebäude mit drei und mehr Wohnungen						
1979	675	0,1	43,1	52,6	1,9	2,2
1980	748	0,7	28,6	66,0	3,6	1,1
1981	788	0,3	30,8	64,0	4,6	0,4
1982	845	0,1	25,0	68,0	5,6	1,3
1983	1 182	0,2	24,1	72,0	3,2	0,5
1984	935	0,1	23,6	71,7	4,4	0,2
1985	677	0,3	21,1	67,9	4,7	5,9
1986	538	0,2	23,8	68,0	3,3	4,6

1) Einschließlich Fernwärme.

Weitere Hinweise lassen sich aus der 1 %-Wohnungsstichprobe von 1978 und den Ergänzungserhebungen zum Mikrozensus aus den Jahren 1980 und 1982 ableiten. Von den mit Zentral- oder Etagenheizung ausgestatteten Wohnungen in Wohngebäuden, die 1972 und später errichtet wurden, waren im Jahre 1978 noch 64 % Ölheizungen und 32 % Gasheizungen. Auch zwei Jahre später hatte sich das Verhältnis mit 64 zu 33 % kaum verändert. Nach weiteren zwei Jahren ergaben sich für Öl und Gas Anteile von 60 bzw. 37 %. Wegen des relativ geringen Baualters zum Zeitpunkt der Erhebungen (DIN 2067 sieht für Öl-Spezialkessel eine Nutzungsdauer von zwanzig Jahren vor) dürften sich hier Veränderungen im Bestand nur unwesentlich ausgewirkt haben, so daß die Strukturverschiebungen vor allem auf die Neubautätigkeit zurückzuführen sind.

Die Stichprobenergebnisse lassen erkennen, daß bei Heizungsmodernisierungen im Wohnungsbestand in der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle Öl als Energieträger Verwendung fand. Die preiswerte, komfortable und schier unerschöpfliche Energie eroberte schnell den Wärmemarkt. Unter diesen Gesichtspunkten galten Festbrennstoffheizungen als nicht mehr zeitgemäß. Sie büßten ihre einstige Bedeutung völlig ein.

Risiken der Ölabhängigkeit waren unterschätzt worden

Die nachfolgende Darstellung bezieht sich auf die im Zeitraum 1979 bis 1986 genehmigten neuen Wohngebäude. Die Beobachtung von Strukturveränderungen im Baugeschehen anhand der im Jahre 1979 reformierten Bautätigkeitsstatistik hat wegen der frühzeitigen Verfügbarkeit der Ergebnisse den Vorteil, daß sich auch die aktuellen Entwicklungen auf dem Wärmemarkt in ihrem zeitlichen Zusammenhang verfolgen lassen. Zeitnahe Informationen über die vorwiegenden Energieträger und die installierten Energieverteilungssysteme im gesamten Wohnungsbestand werden erst mit der Auswertung der im Rahmen der Volkszählung 1987 durchgeführten Wohnungszählung verfügbar. Sie sind für die Erarbeitung zukunftsorientierter Energieversorgungskonzepte aus energie- und umweltpolitischer, städtebaulicher und raumordnerischer Sicht unerläßlich.

Im Wohnungsneubau ist das vorgesehene Heizsystem beim heutigen Stand der Technik kein Indikator mehr für den Heiz- bzw. Bedienungs- oder Wohnkomfort. Ausschlaggebend für die Auswahl sind wirtschaftliche Aspekte sowie die unterstellte Bedürfnisstruktur der künftigen Bewohner. So tritt das Gebot der Wirtschaftlichkeit beispielsweise beim Mehrfamilienhausbau häufig um den Vorteil größerer Abrechnungsgerechtigkeit ein wenig zurück, wenn statt einer Zentralheizung Etagenheizungen installiert werden. Erfolgt die Darstellung von Heizsystemen und Energiearten in einer Matrix (vgl. Tabelle), zeigen sich bei bestimmten Kombinationen starke Präferenzen, während andere kaum oder nicht anzutreffen sind. Dabei fällt ein recht kontinuierliches, vom Genehmigungszeitpunkt weitgehend unabhängiges Entscheidungsverhalten auf. Lediglich die eingesetzten Energieträger variieren. Sofern sich überhaupt Abweichungen bei der Wahl der Heizsysteme ermitteln ließen, sind sie darauf zurückzuführen,

Vorwiegend verwendete Heizenergie<sup>1)</sup> der genehmigten Wohnneubauten nach Gemeindegrößenklassen 1986

Gemeindegrößenklasse	Gebäude	Energieträger				
		Koks/Kohle	Öl	Gas	Strom	Sonstige
	%					
unter 2000 Einwohner	37,4	2,0	69,6	22,7	5,1	0,6
2000 – 5000 Einwohner	19,1	1,5	43,7	50,8	3,5	0,4
5000 – 20000 Einwohner	23,3	1,1	27,3	65,5	5,8	0,3
20000 – 50000 Einwohner	6,7	0,3	20,9	76,9	1,7	–
50000 – 100000 Einwohner	7,1	0,3	17,3	80,0	2,4	–
100000 und mehr Einwohner	6,5	0,3	5,2	89,1	1,2	–

1) Ohne Fernwärme.

daß sie wesentlich von der Wahl des Energieträgers beeinflußt sind. Ferner hat sich bei Modellrechnungen anhand von Kostenvergleichen der einzelnen Heizsysteme gezeigt, daß eine im Zeitablauf nahezu konstante Rangfolge in der Kostenstruktur besteht. Deshalb wurde die Betrachtung der Heizsysteme für den Zeitraum 1979 bis 1986 zusammengefaßt.

Ganz überwiegend wurden Sammelheizungsanlagen (96,5 %) in den im Untersuchungszeitraum zum Bau freigegebenen Gebäuden vorgesehen. Allein die Zentralheizung trägt mit einem Anteil von 93 % zu diesem Ergebnis bei. Die vorwiegend eingesetzten Energieträger waren Öl (52 %), Gas (37 %); mit weitem Abstand folgten Strom (2,8 %) und Koks/Kohle (1,2 %). Etagenheizungen fanden sich in 2,6 % der Fälle; der weitaus überwiegende Teil waren Gasheizungen. Fern- und Blockheizungen machten lediglich 0,7 % der Genehmigungsfälle aus. Für alle übrigen Wohnungsbauprojekte waren Einzelraumheizungen geplant. Der Gesamtanteil von 3,5 % verteilte sich im wesentlichen auf Strom (2,1 %), Koks/Kohle (0,6 %) und Gas (0,4 %).

Wie bereits bei der Darstellung der Stichprobenergebnisse aus der Zeit vor 1979, liefert die prozentuale Verteilung der Energieträger ein Bild über die im Zeitablauf stattgefundenen Entwicklungen, die vor dem Hintergrund der sogenannten Ölshocks in den Jahren 1973 und 1979 gedeutet werden müssen. Als angesichts rasch steigender Weltmarktpreise die erhebliche Ölabhängigkeit offenbar wurde, wandten sich zahlreiche Bauherren vom Energieträger Öl ab. Wurde im Jahre 1979 noch bei 64 % der Wohnneubauten Öl für die Wärmeerzeugung vorgesehen, waren es im darauffolgenden Jahr nur noch 51 %. Das schwindende Vertrauen bezüglich Versorgungssicherheit und die unkalkulierbare Preisentwicklung führte vorübergehend zum verstärkten Einsatz der übrigen Energieträger. Der Anteil

heimischer Brennstoffe Koks und Kohle vervierfachte sich landesweit von 0,8 % im Jahre 1979 auf 3,1 % im Jahre 1981. Mit abnehmender Gemeindegröße verstärkte sich diese Entwicklung zum Teil ganz erheblich. Eine Parallele gab es beim Einsatz von Elektroheizungen, deren Prozentanteil im gleichen Zeitraum von 3,1 % auf das 2,5-fache stieg. Auch beim Gasanteil läßt sich von 1979 auf 1980 zunächst ein sprunghafter Anstieg von 31 % auf 39 % feststellen, der sich durch die schwindende Attraktivität von Ölheizungen erklärt.

Einsparung und rationelle Energieverwendung rücken in den Vordergrund

Die nach der ersten Ölkrise auf breiter Ebene eingeleiteten Maßnahmen zeigten deutlich sichtbare Erfolge, die vor allem durch die Anwendung einer allgemein verbesserten Technik auf dem Energiesektor zu ganz erheblichen Öleinsparungen geführt haben. Nach dem Energiebericht der Bundesregierung von 1986 ist der Weltölverbrauch seit 1979 um 10 % gesunken. Neue Vertragsformen haben das Preisrisiko des Marktes auf die Rohöllieferanten verlagert. Der Anteil der deutschen Importe aus den OPEC-Staaten sank von 81 % im Jahre 1979 auf 55 % im Jahre 1985. Die Versorgung aus der Nordsee stieg im gleichen Zeitraum von rund 14 auf 33 %. Der deutsche Mineralölabsatz hat sich indes weiter verringert. Diese Entwicklungen führten zu einer weitgehend störungsfreien Versorgung von Wirtschaft und Verbrauchern mit Energie. Entsprechend stabilisierte sich der Anteil der Bauherren, die sich für eine Ölheizung entschieden, auf dem Niveau von 1980, also landesdurchschnittlich bei ca. 51 %. Insbesondere in den traditionellen Heizölgebieten abseits der Ferngasleitungen behaupteten sich Ölheizungen. Während sich bei den Energiearten Koks/Kohle und Strom anhaltend

Art der Beheizung und vorwiegend verwendete Heizenergie in genehmigten Wohnneubauten 1979 – 1986

Art der Beheizung	Koks/ Kohle	Öl	Gas	Strom	Fern- wärme	Wärme- pumpe	Solar- energie	Sonstige	Zu- sammen
	%								
Fernheizung	-	-	-	-	0,2	-	-	-	0,2
Blockheizung	0,0	0,1	0,2	0,2	-	0,0	-	0,0	0,5
Zentralheizung	1,2	51,6	37,3	2,8	-	0,1	0,0	0,1	93,2
Etagenheizung	0,1	0,1	2,1	0,3	-	0,0	-	0,0	2,6
Einzelraumheizung	0,6	0,2	0,4	2,1	-	-	-	0,1	3,5
Zusammen	1,9	52,0	40,1	5,5	0,2	0,1	0,0	0,3	100,0

rückläufige Anteile ergaben, sank erstmals im Jahre 1984 der Anteil der ölbeheizten Neubauwohnungen unter 50 %, um in den beiden darauffolgenden Jahren weiter bis auf 44 % zu fallen.

### **Gas verdrängt Öl**

Im Bemühen um eine weitere Verringerung der Abhängigkeiten wandelten sich die Verbrauchergewohnheiten mehr und mehr zum Gas als Wärmeträger. Mit dem zügigen Ausbau des Ferngasnetzes drang das Erdgas, das vom Haushalt nicht gelagert zu werden braucht und daher keinen zusätzlichen Raumbedarf erfordert, schadstoffarm verbrennt und zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten wurde, in den Wärmemarkt vor. Die Versorgung mit Erdgas stützt sich zu 29 % auf inländische Quellen. Die ausländischen Gaslieferanten gehören sämtlich nicht der OPEC an. Außerdem tragen langfristige Verträge zur Versorgungssicherheit bei.

Gasheizungen können durch den Einsatz von Flüssiggas auch unabhängig von Leitungsnetzen betrieben werden, so daß diese Energieart jedem Verbraucher zur Verfügung steht. Insbesondere in Gebieten, die noch nicht durch Erdgasleitungen versorgt sind, handelt es sich um eine Alternative zu den übrigen Energiekonkurrenten, zumal das Flüssiggasangebot aus Nahost, Algerien und hauptsächlich aus der Nordsee enorm gestiegen ist.

Der Anteil der Bauherren, die ihre Wohnhäuser mit Gas beheizen wollten, stieg. Von 37 % im Jahre 1981 erhöhte sich die Quote der gasbeheizten Wohnneubauten stetig und erreichte im Jahre 1986 erstmals die 50-Prozent-Marke. Ein wesentliches Entscheidungsmoment dürfte vor dem Hintergrund der Ölpriesrisiken das starke Bedürfnis nach Versorgungssicherheit gewesen sein.

### **Einsatz von Fernwärme, Solarenergieanlagen und Wärmepumpen begrenzt**

Die Fernwärmeversorgung im Wohnungsneubau kam nur in einigen Großgemeinden, von denen keine weniger als 40 000 Einwohner aufweist, in nennenswertem Umfang zur Anwendung. Einer raschen Verbreitung dieses Energiesystems steht entgegen, daß die wirtschaftliche Bereitstellung einerseits hohe Anschlußgrade, andererseits ein Energieangebot, das beispielsweise durch die Nutzung von Abwärme oder die Anwendung von Kraft-Wärme-Koppelungsverfahren im Vergleich zu

den herkömmlichen Alternativen konkurrenzfähig sein muß, erfordert. Zudem sind solche Projekte außerordentlich planungsintensiv, und ihre Realisierung erfordert hohe Investitionen.

Nur in wenigen Einzelfällen wurden Solarenergieanlagen und Wärmepumpen zur überwiegenden Heizenergieproduktion in die Wohnhäuser eingeplant. Einer wirtschaftlichen Anwendung als Vollheizung steht trotz der Verbesserungen nach einer intensiven Forschungs- und Entwicklungsarbeit nach wie vor das durch die Preisentwicklung der Konkurrenzalternativen beeinflusste Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen entgegen.

### **Risiko der Einzelentscheidung bleibt erhalten**

Wie die jüngste Erfahrung zeigt, sind die sich im Zeitablauf verändernden Energiepreise eine bei allen wirtschaftlichen Erwägungen bezüglich der Energiewahl nicht zu unterschätzende Größe. Während bei der Ermittlung der verbrauchsabhängigen Kosten der Raumheizung die technischen Gegebenheiten, die den Wärmebedarf der Gebäude sowie den gesamten Jahresausnutzungsgrad der Heizungsanlage bestimmen, weitgehend festgelegt und kalkulierbar sind, bergen die Annahmen über die Entwicklung des Energiepreises nach Ausmaß und Dauer der Veränderungen ein beträchtliches Risiko. Als Ende 1985 der Ölpreisverfall einsetzte, mußten viele Investitionsrechnungen revidiert werden. Geht man vom Preis, der im Monat November 1985 für Heizöl gezahlt wurde, als Bezugsgröße aus und betrachtet die Entwicklung der folgenden Monate, wird die außerordentlich starke Veränderung erkennbar: Wer im Juli 1986 Heizöl kaufte, konnte gegenüber November 1985 eine Ersparnis von 62 % erzielen. Auch wer später seine Lager füllte, zahlte weniger als die Hälfte des Preises vom November 1985.

Diese Veränderungen haben sich jedoch nicht im Jahre 1986 in erkennbarem Umfang auf die Energieauswahl bei Wohnungsbauprojekten ausgewirkt. Landesdurchschnittlich verringerte sich der Anteil ölbeheizter Wohngebäude im Vorjahresvergleich um weitere 4,6 %, während sich der Gasanteil um 8 % erhöhte. Diese Einschätzung der Bauherren wird vor dem Hintergrund verständlich, daß sich der Erdgaspreis an den Preisen konkurrierender Energien, insbesondere am Ölpreis, orientiert. Auch wenn dies mit einigen Verzögerungen geschieht, wird das Preisgefüge zwischen den Hauptkonkurrenten am Wärmemarkt weitgehend stabilisiert.

Diplom-Betriebswirt (FH) Klaus Jungbluth

# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
<b>Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 619	3 612	3 612	3 613	3 613	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungs-bewegung</b>										
* Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	1 914	1 901	2 273	3 167	2 109	2 724 <sup>p</sup>	3 100 <sup>p</sup>	2 736 <sup>p</sup>	2 307 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,3	7,4	10,3	7,1	9,2 <sup>p</sup>	10,1 <sup>p</sup>	8,9 <sup>p</sup>	7,8
* Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	2 908	3 098	3 224	3 405	3 422	3 377 <sup>p</sup>	3 615 <sup>p</sup>	...	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,6	10,3	10,5	11,1	11,5	11,4 <sup>p</sup>	11,8 <sup>p</sup>	...	...
* Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 549	3 601	3 399	3 199	3 366	3 583 <sup>p</sup>	3 332 <sup>p</sup>	...	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,8	12,0	11,1	10,4	11,3	12,1 <sup>p</sup>	10,9 <sup>p</sup>	...	...
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene <sup>3)</sup>	Anzahl	29	27	26	21	25	28 <sup>p</sup>	25 <sup>p</sup>	...	...
* je 1 000 Lebendgeborene <sup>4)</sup>	Anzahl	9,9	8,8	8,1	6,3	7,7	8,9 <sup>p</sup>	7,3 <sup>p</sup>	...	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 641	- 503	- 175	206	56	- 206 <sup>p</sup>	283 <sup>p</sup>	...	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,1	- 1,7	- 0,6	0,7	0,2	- 0,7 <sup>p</sup>	0,9 <sup>p</sup>	...	...
<b>Wanderungen über die Landesgrenze</b>										
* Zugezogene	Anzahl	6 317	6 416	7 956	8 164	7 815	...	...	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	6 421	6 215	6 625	7 153	7 513	...	...	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 104	202	1 331	1 011	302	...	...	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>5)</sup>	Anzahl	10 457	10 379	11 619	12 067	10 611	...	...	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
* Arbeitslose	Anzahl	124 496	119 432	113 639	110 052	104 852	104 386	110 362	110 274	104 609
* Männer	Anzahl	69 679	63 608	56 593	54 230	51 557	52 878	54 482	54 099	50 750
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	10 771	9 332	.	.	5 947	6 500	.	.	5 632
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	42 937	40 978	.	.	35 285	36 954	.	.	35 936
Arbeitslosenquote	%	8,6	8,3	7,9	7,6	7,3	7,3	7,7	7,7	7,3
Offene Stellen	Anzahl	4 919	7 144	7 667	7 954	7 676	9 100	8 883	8 946	8 948
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	.	.	.	.	588	659	.	.	695
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	.	.	.	.	2 427	3 048	.	.	2 967
Kurzarbeiter	Anzahl	13 751	11 261	3 736	6 225	8 380	7 639	5 531	3 806	7 517
Männer	Anzahl	11 179	8 689	2 468	4 464	5 657	5 815	4 146	2 712	5 303
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Schlachtmengen <sup>6)</sup></b>	t	14 279	14 792	13 064	14 434	15 470	14 647	13 741	13 802	14 041
* Rinder	t	4 753	4 937	4 224	4 957	5 426	4 377	3 981	4 081	4 665
* Kälber	t	31	30	27	31	27	30	28	26	30
* Schweine	t	9 384	9 712	8 729	9 303	9 907	10 111	9 637	9 579	9 218
<b>Milch</b>										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	90	84	77	82	78	77	69
* an Molkereien geliefert	%	94,2	94,6	95,7	95,2	94,3	95,7	95,4	94,6	93,9
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Verarbeitendes Gewerbe <sup>7)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	2 655	2 614	2 610	2 609	2 606	2 583	2 580	2 578	2 573 <sup>p</sup>
* Beschäftigte	1 000	364	367	369	372	371	363	366	368	368 <sup>p</sup>
* Arbeiter <sup>8)</sup>	1 000	252	253	255	257	256	249	251	254	252 <sup>p</sup>
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 338	35 393	33 323	35 298	37 285	33 054	35 617	31 128	35 489 <sup>p</sup>
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 243	1 307	1 306	1 239	1 234	1 421	1 333	1 305	1 289 <sup>p</sup>
* Löhne	Mill. DM	727	760	778	733	729	810	789	770	757 <sup>p</sup>
* Gehälter	Mill. DM	516	547	528	505	505	611	545	535	532 <sup>p</sup>
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 018	1 028	1 012	1 036	1 034	965	1 028	962	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 876	6 782	6 775	6 280	7 041	6 811	7 118	6 319	7 025 <sup>p</sup>
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 519	2 408	2 351	2 100	2 407	2 498	2 579	2 230	2 549 <sup>p</sup>

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
<b>Produktionsindex</b> (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	99	101	91	98	103	109	96	94	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	101	103	92	98	104	108	97	95	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	100	102	92	98	103	108	98	95	98 <sup>P</sup>
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	103	107	106	105	110	114	111	111	103 <sup>P</sup>
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	82	85	89	97	97	92	88	86	88 <sup>P</sup>
Chemische Industrie	1980 = 100	112	117	118	111	119	125	123	126	115 <sup>P</sup>
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	100	98	79	90	94	106	82	77	89 <sup>P</sup>
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	97	100	73	90	85	118	83	75	98 <sup>P</sup>
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	99	94	79	81	95	96	75	75	77 <sup>P</sup>
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	93	97	81	92	102	100	88	86	93 <sup>P</sup>
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	90	82	60	97	95	63	48	81	84 <sup>P</sup>
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1980 = 100	103	106	94	103	103	111	106	96	108 <sup>P</sup>
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	82	87	85	100	101	117	90	83	...
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	229	410	485	265	896	374	351	483	...
Strombezug <sup>1)</sup>	Mill. kWh	2 366	2 294	1 927	2 083	1 575	2 014	2 126	1 763	...
Stromlieferungen <sup>1)</sup>	Mill. kWh	776	865	843	701	753	742	1 055	698	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 819	1 839	1 569	1 646	1 719	1 646	1 422	1 549	...
Gasverbrauch	Mill. m <sup>3</sup>	358	338	261	240	299	293	265	264	...
<b>Handwerk <sup>2)</sup></b>										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	97	96	.	.	96	95	.	.	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	138	146	.	.	147	146	.	.	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Bauhauptgewerbe</b>										
* Beschäftigte	Anzahl	63 358	61 864	63 355	63 994	64 078	61 915 <sup>P</sup>	61 562 <sup>P</sup>	61 888 <sup>P</sup>	...
Facharbeiter	Anzahl	32 545	31 338	32 100	32 264	32 142	34 715 <sup>P</sup>	31 724 <sup>P</sup>	32 306 <sup>P</sup>	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	14 627	15 347	16 798	16 648	16 704	12 816 <sup>P</sup>	15 892 <sup>P</sup>	15 551 <sup>P</sup>	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 897	7 109	7 709	8 249	8 669	8 578 <sup>P</sup>	8 019 <sup>P</sup>	6 731 <sup>P</sup>	...
Privater Bau	1 000	4 252	4 371	4 702	4 934	5 194	4 513 <sup>P</sup>	4 886 <sup>P</sup>	4 074 <sup>P</sup>	...
* Wohnungsbau	1 000	2 613	2 651	2 847	2 972	3 181	2 593 <sup>P</sup>	2 744 <sup>P</sup>	2 260 <sup>P</sup>	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	47	34	61	57	36	43 <sup>P</sup>	57 <sup>P</sup>	45 <sup>P</sup>	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 593	1 686	1 794	1 905	1 977	1 877 <sup>P</sup>	2 085 <sup>P</sup>	1 769 <sup>P</sup>	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	1 182	2 738	3 007	3 315	3 475	4 065 <sup>P</sup>	3 133 <sup>P</sup>	2 657 <sup>P</sup>	...
Hochbau	1 000	410	670	700	762	797	1 852 <sup>P</sup>	639 <sup>P</sup>	534 <sup>P</sup>	...
Tiefbau	1 000	2 645	2 068	2 307	2 553	2 678	2 213 <sup>P</sup>	2 494 <sup>P</sup>	2 123 <sup>P</sup>	...
Straßenbau	1 000	645	1 134	1 293	1 368	1 472	1 182 <sup>P</sup>	1 364 <sup>P</sup>	1 149 <sup>P</sup>	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	166	176	196	187	194	186 <sup>P</sup>	195 <sup>P</sup>	189 <sup>P</sup>	...
* Löhne	Mill. DM	137	146	167	158	165	154 <sup>P</sup>	164 <sup>P</sup>	159 <sup>P</sup>	...
* Gehälter	Mill. DM	29	30	29	29	29	32 <sup>P</sup>	31 <sup>P</sup>	30 <sup>P</sup>	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	500	511	524	563	563	498 <sup>P</sup>	587 <sup>P</sup>	521 <sup>P</sup>	...

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	710	742	907	861	763	825	921	833	701
* mit 1 Wohnung	Anzahl	483	536	626	613	573	680	762	682	562
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	171	161	223	206	134	111	121	121	106
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	56	45	58	42	56	34	38	30	33
* Umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	751	720	901	846	712	765	857	789	685
* Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	124	119	148	138	118	125	139	129	109
Wohnräume	Anzahl	5 878	5 567	6 995	6 376	5 535	5 838	6 353	5 886	5 070
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	239	232	289	277	232	250	280	256	218
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	2	2	2	1	–	2	1	2
Unternehmen	Anzahl	107	120	89	132	157	127	145	169	98
Private Haushalte	Anzahl	601	621	816	727	605	698	774	663	601
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	152	165	194	209	191	157	197	159	174
* Umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	662	638	522	657	998	614	594	540	789
* Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	102	109	92	118	160	108	94	89	135
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	112	147	112	115	371	143	93	83	167
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	32	50	46	42	32	33	30	42
Unternehmen	Anzahl	123	127	141	157	146	123	160	124	129
Private Haushalte	Anzahl	3	5	3	6	3	2	4	5	3
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 419	1 308	1 653	1 470	1 311	1 289	1 387	1 295	1 114
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 558	2 443	2 403	2 136	2 546	2 454	2 689	2 136	...
* EG-Länder <sup>1)</sup>	Mill. DM	1 269	1 300	1 294	1 044	1 347	1 402	1 480	1 130	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	200	196	202	187	186	200	213	228	...
Dänemark	Mill. DM	48	52	46	56	54	50	45	49	...
Frankreich	Mill. DM	314	326	337	239	344	360	393	246	...
Griechenland	Mill. DM	21	21	22	17	21	24	22	20	...
Großbritannien	Mill. DM	226	224	236	198	221	228	268	203	...
Irland	Mill. DM	9	9	10	8	9	8	9	6	...
Italien	Mill. DM	215	221	205	109	258	253	244	133	...
Niederlande	Mill. DM	178	175	167	177	178	187	198	174	...
Spanien	Mill. DM	47	63	59	43	64	77	73	59	...
Portugal	Mill. DM	12	13	11	11	12	15	17	12	...
USA und Kanada	Mill. DM	193	180	166	161	199	146	186	158	...
Japan	Mill. DM	53	51	51	52	67	48	55	45	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	417	310	323	311	334	288	313	271	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	134	120	124	98	95	124	136	77	...
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 673	1 441	1 512	1 150	1 354	1 503	1 595	1 327	...
EG-Länder <sup>1)</sup>	Mill. DM	900	857	901	673	784	905	923	786	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	174	174	188	150	179	171	163	157	...
Dänemark	Mill. DM	19	22	18	18	21	23	17	16	...
Frankreich	Mill. DM	198	204	196	157	177	202	209	162	...
Griechenland	Mill. DM	8	7	9	5	11	15	12	10	...
Großbritannien	Mill. DM	66	75	91	55	75	87	78	62	...
Irland	Mill. DM	6	5	6	5	1	3	3	3	...
Italien	Mill. DM	150	140	159	105	122	147	167	113	...
Niederlande	Mill. DM	239	182	176	138	148	215	215	222	...
Spanien	Mill. DM	34	39	47	31	44	33	49	34	...
Portugal	Mill. DM	6	8	9	10	6	9	9	8	...
USA und Kanada	Mill. DM	106	87	84	71	70	71	93	67	...
Japan	Mill. DM	59	69	70	63	50	114	86	64	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	345	184	167	168	191	174	216	198	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	56	46	47	36	45	53	50	42	...

1) Nach dem Stand vom 1.1.1986.

# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
<b>Einzelhandel</b>										
Beschäftigte	1980 = 100	95	95	94	95	96	...	...	...	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	109	112	110	104	108	...	...	...	...
<b>Großhandel</b>										
Beschäftigte	1980 = 100	97	95	96	96	96	...	...	...	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	121	117	117	111	125	...	...	...	...
<b>Gastgewerbe</b>										
Beschäftigte	1980 = 100	101	105	109	111	113	...	...	...	...
Teilbeschäftigte	1980 = 100	109	115	119	120	126	...	...	...	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	109	112	114	126	136	...	...	...	...
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	125	130	129	148	178	...	...	...	...
Gaststättengewerbe	1980 = 100	98	101	105	113	109	...	...	...	...
<b>Fremdenverkehr</b>										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	441	437	555	591	677	569	583	594	...
* Ausländer	1 000	113	105	210	194	158	148	211	198	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 558	1 565	2 379	2 391	2 344	2 040	2 357	2 420	...
* Ausländer	1 000	349	342	835	696	492	449	779	747	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
* Güterempfang	1 000 t	1 429	1 533	1 736	1 464	1 451	1 495	1 695	1 640	...
* Güterversand	1 000 t	955	944	975	1 059	977	1 066	1 042	939	...
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 015	15 402	15 534	12 669	14 157	16 831	17 818	11 548	14 550
Krafträder	Anzahl	685	518	558	404	251	603	687	307	222
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 526	14 067	14 215	11 609	13 076	15 211	16 192	10 532	13 534
* Lastkraftwagen	Anzahl	477	512	483	422	534	883	606	463	542
Zugmaschinen	Anzahl	237	209	258	174	200	306	204	175	179
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
	Anzahl	10 048	10 354	9 470	11 193	11 347	11 073	11 501	9 426	10 273 <sup>P</sup>
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 630	1 657	1 831	2 122	1 943	1 879	2 080	1 706	1 828 <sup>P</sup>
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 418	8 697	7 639	9 071	9 404	9 194	9 421	7 720	8 445 <sup>P</sup>
Verunglückte Personen	Anzahl	2 193	2 230	2 488	2 912	2 620	2 553	2 801	2 334	2 400 <sup>P</sup>
* Getötete	Anzahl	44	48	45	76	54	49	38	55	44 <sup>P</sup>
Pkw-Insassen	Anzahl	25	28	25	38	29	23	13	27	22 <sup>P</sup>
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	8	8	11	22	9	10	16	12	11 <sup>P</sup>
Radfahrer	Anzahl	2	3	4	4	6	4	7	8	5 <sup>P</sup>
Fußgänger	Anzahl	8	8	5	10	10	8	2	7	6 <sup>P</sup>
Schwerverletzte	Anzahl	659	658	776	841	745	720	768	692	737 <sup>P</sup>
Pkw-Insassen	Anzahl	324	340	333	396	351	376	362	365	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	173	149	251	228	182	185	216	180	...
Radfahrer	Anzahl	57	62	88	122	69	72	105	74	...
Fußgänger	Anzahl	85	86	78	76	107	62	69	58	...
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
* Konkurse <sup>1)</sup>	Anzahl	76	82	60	71	94	65	71	73	72
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	47 284	51 034	31 361	25 581	68 999	20 608	18 134	44 177	38 546
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	-	-	-	-	-	1	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	929	699	719	608	688	688	680	527	568
* Wechselsumme	1 000 DM	8 009	5 812	5 132	4 380	4 755	5 419	4 691	4 311	4 156

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
<b>Kredite und Einlagen <sup>1)</sup></b> (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	81 737	82 106	81 557	81 882	82 114	82 986	83 109	83 345	84 123
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	79 858	80 239	79 747	80 035	80 212	81 052	81 200	81 409	82 118
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	15 996	14 794	15 252	15 183	15 239	14 585	14 270	14 159	14 690
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	15 448	14 343	14 860	14 748	14 874	14 212	13 870	13 713	14 332
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	548	451	392	435	366	373	400	446	358
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	9 174	7 811	7 976	7 968	7 919	7 385	7 251	7 261	7 240
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	7 666	6 624	6 746	6 728	6 690	3 353	6 311	6 322	6 305
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 508	1 187	1 230	1 240	1 229	1 032	940	939	935
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	54 688	57 634	56 519	56 884	57 054	59 082	59 680	59 989	60 188
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	44 088	47 201	45 791	46 138	46 402	48 425	48 909	49 265	49 526
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 599	10 434	10 728	10 746	10 652	10 657	10 771	10 724	10 661
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	70 018	74 877	71 073	71 796	71 616	76 487	76 451	77 259	76 738
* Sichteinlagen	Mill. DM	9 611	10 448	9 460	9 664	9 714	10 599	10 284	10 828	10 572
* Termingelder	Mill. DM	24 610	26 136	25 610	25 994	25 677	27 112	27 411	27 572	27 254
* Spareinlagen	Mill. DM	35 796	38 293	36 003	36 139	36 225	38 777	38 756	38 859	38 912
* Gutschriften auf Sparkonten <sup>2)</sup>	Mill. DM	1 678	1 846	1 774	1 665	1 625	1 570	1 887	1 506	1 414
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 519	1 635	1 765	1 529	1 539	1 475	1 908	1 403	1 361
<b>Steuern</b>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten</b>										
* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	1 332 451	1 350 174	1 174 839	1 444 599	1 614 790	1 708 569	1 115 753	1 543 534	1 737 164
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	938 494	975 488	673 963	1 009 408	1 240 159	1 355 778	689 905	1 055 923	1 310 518
* Lohnsteuer	1 000 DM	660 620	676 863	575 173	855 712	503 512	566 920	625 064	964 507	554 184
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1 000 DM	122 623	123 189	—	307 651	—	—	—	366 664	—
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	105 020	123 887	— 28 295	— 49 166	393 249	387 053	— 71 389	— 36 424	424 501
* Kapitalertragsteuer	1 000 DM	20 547	27 068	149 734	28 704	9 699	13 704	170 104	33 717	10 259
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	152 307	147 670	— 22 649	174 158	333 699	388 101	— 33 874	94 123	321 574
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1 000 DM	24 652	42 721	—	153 863	—	—	—	84 450	—
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	393 958	374 686	500 876	435 191	374 631	352 791	425 848	487 611	426 646
* Umsatzsteuer	1 000 DM	226 154	226 169	360 752	279 518	260 580	235 624	261 455	333 205	287 965
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	167 804	148 517	140 124	155 673	114 051	117 167	164 393	154 406	138 681
* Bundessteuern	1 000 DM	128 294	128 372	130 026	123 668	101 901	144 117	103 308	125 125	121 588
* Zölle	1 000 DM	11 328	10 164	9 618	10 073	8 703	9 712	10 639	12 748	10 424
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1 000 DM	113 075	114 805	117 358	110 859	89 837	132 357	89 972	104 721	108 815
* Landessteuern	1 000 DM	75 092	87 446	84 286	106 466	65 611	79 931	72 048	107 083	71 093
* Vermögensteuer	1 000 DM	14 378	14 509	1 942	38 503	1 278	3 054	4 594	43 302	2 754
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	38 639	48 972	57 465	42 852	41 192	51 686	48 682	38 732	42 630
* Biersteuer	1 000 DM	6 037	6 142	6 912	6 588	6 955	6 400	6 922	7 466	6 387

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften bis einschließlich November 1985, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. — 2) Einschl. Zinsgutschriften.

# Zahlungspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlungspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
* Gemeindesteuern <sup>1)</sup>	1 000 DM	549 219	507 992	.	.	528 757	511 647	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 133	7 970	.	.	10 141	9 733	.	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	88 740	92 789	.	.	106 697	107 486	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	403 353	357 652	.	.	365 713	361 793	.	.	.
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	36 382	36 489	.	.	34 973	32 635	.	.	.
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften</b>										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	807 774	809 251	776 937	851 559	898 240	981 897	708 194	900 921	980 771
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	411 824	427 688	295 965	444 213	552 823	606 340	303 427	458 355	581 858
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	258 048	243 552	325 575	282 881	243 516	231 440	274 685	316 952	277 325
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	681 810	698 834	624 408	750 704	830 113	898 847	576 208	781 773	860 261
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	408 979	425 346	291 700	436 760	549 725	605 049	299 461	449 532	576 830
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	188 132	176 403	223 051	206 681	214 777	213 867	177 925	224 669	212 338
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>1)</sup>	1 000 DM	832 834	814 965	.	.	811 578	804 994	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>2)</sup>	1 000 DM	342 503	304 361	.	.	311 197	307 267	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	344 465	360 265	.	.	337 336	329 529	.	.	.
<b>Preise</b>										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	121,0	120,7	120,5	120,2	120,4	121,3	121,3	121,2	120,9
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	116,9	117,6	118,4	117,2	117,0	118,0	117,6	116,6	116,1
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk <sup>3)</sup>	1980 = 100	114,5	116,2	.	116,7	.	.	.	119,1	.
<b>Löhne und Gehälter</b>										
<b>Arbeiter</b>										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	16,07	16,72	16,87	.	.	.	17,58	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	16,95	17,57	17,73	.	.	.	18,42	.	.
* Facharbeiter	DM	17,80	18,46	18,64	.	.	.	19,38	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	16,21	16,87	16,99	.	.	.	17,65	.	.
Hilfsarbeiter	DM	14,35	14,93	15,06	.	.	.	15,60	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	11,99	12,48	12,57	.	.	.	13,04	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	11,72	12,21	12,29	.	.	.	12,78	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,7	40,7	40,7	.	.	.	40,7	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	41,1	41,0	41,1	.	.	.	41,0	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,3	39,2	39,2	.	.	.	39,0	.	.
<b>Angestellte</b>										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 040	4 219	4 252	.	.	.	4 395	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	3 620	3 776	3 794	.	.	.	3 908	.	.
* männlich	DM	4 309	4 495	4 516	.	.	.	4 650	.	.
* weiblich	DM	2 822	2 946	2 970	.	.	.	3 065	.	.
Technische Angestellte	DM	4 419	4 609	4 661	.	.	.	4 820	.	.
* männlich	DM	4 516	4 714	4 765	.	.	.	4 932	.	.
* weiblich	DM	3 127	3 277	3 321	.	.	.	3 427	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 739	2 868	2 879	.	.	.	3 038	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	2 727	2 858	2 869	.	.	.	3 030	.	.
* männlich	DM	3 301	3 452	3 455	.	.	.	3 634	.	.
* weiblich	DM	2 270	2 373	2 392	.	.	.	2 517	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Ohne Baunebenleistungen.

# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986				1987			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 024	61 066	61 048	61 073	61 098	...	...	...	...
Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	30 388	31 001 <sup>f</sup>	40 110 <sup>p</sup>	36 376 <sup>p</sup>	43 386	46 885 <sup>p</sup>	44 266 <sup>p</sup>	42 591 <sup>p</sup>	...
Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	48 846	52 164 <sup>f</sup>	52 711 <sup>p</sup>	55 695 <sup>p</sup>	54 522	50 851 <sup>p</sup>	56 686 <sup>p</sup>	59 172 <sup>p</sup>	...
Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 691	58 491 <sup>f</sup>	56 406 <sup>p</sup>	55 562 <sup>p</sup>	54 056	52 457 <sup>p</sup>	56 927 <sup>p</sup>	55 593 <sup>p</sup>	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 9 845	- 6 327 <sup>f</sup>	- 3 695 <sup>p</sup>	133 <sup>p</sup>	466	- 1 606 <sup>p</sup>	- 241 <sup>p</sup>	3 579 <sup>p</sup>	...
Arbeitslose	1 000	2 304	2 228	2 078	2 132	2 120	2 099	2 097	2 176	2 165
Männer	1 000	1 289	1 200	1 077	1 092	1 080	1 120	1 107	1 133	1 119
Arbeitslosenquote	%	9,3	9,0	8,4	8,6	8,5	8,3	8,3	8,7	8,6
Offene Stellen	1 000	110	154	173	170	169	181	182	180	177
Kurzarbeiter	1 000	235	197	118	87	77	222	184	216	175
Männer	1 000	197	164	87	64	60	168	135	181	150
<b>Produzierendes Gewerbe <sup>4)</sup></b>										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	103	105	110	101	90	106	108	97	92
ohne Baugewerbe	1980 = 100	105	107	110	100	90	107	109	97	93
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	105	107	111	101	90	107	110	98	93
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	99	99	104	97	90	101	102	98	94
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	113	118	124	108	93	117	123	102	95
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	95	97	98	91	80	97	97	89	84
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	104	105	105	104	100	99	102	101	98
Baugewerbe	1980 = 100	84	87	102	105	92	95	99	97	88
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe</b>										
Beschäftigte	1 000	6 943	7 063	7 044	7 096	7 122	7 027	7 036	7 067	7 089
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	659	663	660	675	594	637	619	629	590
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	124 713	122 358	125 022	121 608	104 803	117 939	121 172	120 920	109 341
Auslandsumsatz	Mill. DM	37 032	36 359	37 976	35 707	29 178	34 761	36 740	35 404	30 345
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	28 873	28 814	25 000	25 179	23 671	26 479 <sup>p</sup>	25 445 <sup>p</sup>	...	...
Gaserzeugung	Mill. m <sup>3</sup>	2 917	2 676	2 314	2 449	2 477	3 144	2 916	2 370	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 026	1 003	1 029	1 038	1 048	983 <sup>p</sup>	991 <sup>p</sup>	997 <sup>p</sup>	1 005 <sup>p</sup>
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	106	107	125	132	112	111 <sup>p</sup>	114 <sup>p</sup>	121 <sup>p</sup>	108 <sup>p</sup>
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 331	8 711	9 427	10 438	9 570	8 151 <sup>p</sup>	9 106 <sup>p</sup>	10 048 <sup>p</sup>	9 594 <sup>p</sup>
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	9 652	9 668	12 515	12 326	11 040	10 520	10 479	12 191	10 282
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	8 765	9 022	11 803	11 623	10 335	9 904	9 903	11 590	9 688
Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	1 719	1 583	1 978	1 947	1 765	1 667	1 663	1 846	1 656
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 501	2 517	2 887	3 118	2 767	2 712	2 815	3 306	2 988
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	21 021	18 264	22 195	21 904	20 324	17 804	17 997	19 454	18 244
<b>Handel</b>										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	113,8	117,2	110,9	115,9	104,4	114,5	113,3 <sup>p</sup>	121,9 <sup>p</sup>	...
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	111,1	113,3	118,3	123,1	124,1	...	...	...	...

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1985	1986			1987				
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	44 758	43 864	44 395	45 407	36 117	43 314	42 097	45 554	36 119
EG-Länder insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. DM	22 272	22 286	23 077	22 472	17 020	22 581	22 816	23 689	18 003
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 081	3 098	3 191	2 717	2 641	3 119	3 229	2 868	2 792
Frankreich	Mill. DM	5 333	5 194	5 433	5 191	3 434	5 275	5 243	5 697	4 000
Großbritannien	Mill. DM	3 831	3 716	4 001	4 062	3 093	3 695	3 800	4 251	3 234
Italien	Mill. DM	3 481	3 573	3 696	3 837	2 146	3 728	3 823	3 933	2 342
Niederlande	Mill. DM	3 855	3 788	3 690	3 702	3 313	3 683	3 656	3 886	3 206
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	38 651	34 517	34 481	34 478	27 975	32 762	33 784	35 645	29 611
EG-Länder insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. DM	19 637	18 023	18 229	18 156	13 893	17 501	18 054	18 489	14 917
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 424	2 455	2 603	2 388	1 841	2 410	2 525	2 317	1 899
Frankreich	Mill. DM	4 107	3 924	3 764	3 680	3 022	3 813	3 976	3 928	3 400
Großbritannien	Mill. DM	3 097	2 481	2 464	2 322	1 893	2 439	2 515	2 350	2 076
Italien	Mill. DM	3 096	3 175	3 382	3 953	2 519	2 985	3 525	4 001	2 550
Niederlande	Mill. DM	4 858	3 984	4 003	3 791	3 077	3 750	3 514	3 666	3 388
<b>Geld und Kredit <sup>2)</sup></b> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	1 992	1 992	2 019	2 025	2 027	2 058	2 070	2 079	2 090 <sup>p</sup>
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 522	1 522	1 554	1 556	1 559	1 583	1 597	1 599	1 607 <sup>p</sup>
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	471	471	465	469	468	475	473	480	483 <sup>p</sup>
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 375	1 375	1 393	1 389	1 402	1 493	1 497	1 493	1 512 <sup>p</sup>
Spareinlagen	Mrd. DM	624	624	633	632	635	678	679	678	680 <sup>p</sup>
<b>Steuern</b>										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	27 380	28 196	37 625	24 369	23 167	19 838	39 260	25 818	24 903
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	17 853	18 545	28 281	14 670	13 348	9 999	29 798	15 795	14 716
Lohnsteuer	Mill. DM	12 303	12 686	12 401	13 941	12 717	12 210	13 677	14 940	13 924
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 381	2 490	7 284	- 655	- 446	- 708	7 831	- 706	- 625
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	9 152	9 262	9 341	8 849	9 508	9 554	9 456	9 181	9 896
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 286	4 882	5 082	4 408	5 077	5 227	5 351	4 704	5 609
Bundessteuern	Mill. DM	4 586	4 696	4 712	4 698	4 744	4 789	4 488	4 803	4 832
Zölle	Mill. DM	451	437	419	424	426	458	415	446	462
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 813	3 910	4 039	4 003	3 880	4 008	3 834	4 072	3 925
<b>Preise</b>										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel <sup>3)</sup>	1980 = 100	115,2	108,4	108,8	107,2	106,5	104,6	104,3	103,6	103,5 <sup>p</sup>
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>3)</sup>	1980 = 100	103,1	97,2	98,9	99,0	98,1	93,9	93,9	92,3	92,9 <sup>p</sup>
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>3)</sup>	1980 = 100	121,8	118,2	118,5	117,7	117,5	115,2	115,3	115,6	115,8
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	115,1	116,8	.	.	117,3	119,1	.	.	119,7
Bauleistungen am Bauwerk <sup>4)</sup>	1980 = 100	114,5	116,2	.	.	116,7	118,5	.	.	119,1
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	102,6	104,8	.	.	105,0	105,9	.	.	106,2
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	121,0	120,7	121,1	120,5	120,2	121,1	121,3	121,3	121,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	116,9	117,6	118,9	118,4	117,2	118,3	118,0	117,6	116,6
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	118,4	120,6	120,5	120,6	120,7	122,0	122,1	122,1	122,2
Wohnungsmieten	1980 = 100	123,9	126,4	126,3	126,6	126,8	128,4	128,6	128,8	128,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	133,4	116,4	116,0	112,0	113,1	104,7	106,0	106,4	107,2
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	117,7	119,1	119,0	119,1	119,2	120,4	120,5	120,5	120,7
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	119,7	121,5	121,4	121,5	121,5	122,8	122,8	122,9	122,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	123,2	118,3	118,9	117,9	117,2	119,8	120,0	120,1	120,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	116,2	117,8	117,9	117,3	117,1	119,1	119,0	118,7	118,3
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	125,7	130,1	130,6	130,6	130,4	131,5	132,6	132,9	133,3

1) Nach dem Stand vom 1.1.1986. – 2) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Baunebenleistungen.

**Export und Import in den ersten sieben Monaten ohne Expansion, im Juli plus 12 %**

Von Januar bis Juli 1987 wurden für 17,1 Mrd. DM Waren aus Rheinland-Pfalz ausgeführt, das sind 1,2 % weniger als im gleichen Zeitraum des Jahres 1986. Die Einfuhren bezifferten sich auf 10,2 Mrd. DM (– 4,1 %). Die entsprechenden Veränderungsraten für das Bundesgebiet belaufen sich auf – 2,8 und – 5 %.

Im Juli 1987 führte die rheinland-pfälzische Wirtschaft für 2,7 Mrd. DM Waren aus. Das sind 12 % mehr als im Juli 1986. Die Einfuhr nahm um 5,5 % auf 1,6 Mrd. DM zu.

Die Lieferungen in die EG-Länder erhöhten sich um 14 % auf 1,5 Mrd. DM. Bedeutendste Kunden mit gesteigerter Nachfrage waren Frankreich mit 393 Mill. DM (+ 17 %), Großbritannien mit 268 Mill. DM (+ 13 %) und Italien mit 244 Mill. DM (+ 19 %). Die Exporte nach den Entwicklungsländern gingen um 3 % auf 313 Mill. DM zurück, was auf die um 16 % auf 87 Mill. DM verringerten Bezüge der OPEC-Länder zurückzuführen ist.

Die Importe aus den EG-Ländern waren mit 923 Mill. DM um 2,5 % höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Der Wert der aus den Entwicklungsländern bezogenen Waren nahm um 30 % auf 210 Mill. DM zu, darunter die der OPEC-Länder um 47 % auf 96 Mill. DM. sr

**Aus- und Einfuhr im August 1987**

Die Ausfuhr der rheinland-pfälzischen Wirtschaft war im August 1987 mit 2,1 Mrd. DM genau so hoch wie im August 1986. Die Einfuhr stieg um 15 % auf 1,3 Mrd. DM an.

Die ausländischen Kunden nahmen im Berichtsmonat für 2 Mrd. DM Güter der gewerblichen Wirtschaft auf (+ 0,6 %). Darunter befanden sich für 1,8 Mrd. DM Fertigwaren (– 0,6 %). Während der Absatz von Vorerzeugnissen um 6,2 % auf 760 Mill. DM stieg, wobei für chemische Vorerzeugnisse und Kunststoffe Zuwachsraten von 17 % bzw. 12 % zu registrieren waren, verringerten sich die Exporte von Enderzeugnissen um 4,9 % auf 1,1 Mrd. DM. Dabei wurden um 17 % mehr chemische Enderzeugnisse als im Vorjahresmonat verkauft, aber um den gleichen Prozentsatz weniger Maschinen und um 4,9 % weniger Kraftfahrzeuge.

Unter den Warenbezügen aus dem Ausland ergab sich für Kraftstoffe (einschl. Schmieröle sowie Erdgas) eine Ausweitung um 152 % auf 155 Mill. DM. Auch Erdöl, chemische Halbwaren und Vorerzeugnisse, Spinnstoffwaren (einschl. Kleidung), Schuhe, Maschinen und Kraftfahrzeuge wurden verstärkt importiert. Die Einfuhr von Gütern der Ernährungswirtschaft, insbesondere Nahrungsmittel tierischen Ursprungs und Wein, nahm dagegen ab.

Von Januar bis August 1987 wurden für 19,3 Mrd. DM Waren aus Rheinland-Pfalz exportiert. Das entspricht einem Rückgang gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 1 %. (Entwicklung der Einfuhr: 11,5 Mrd. DM, – 2,2 %). sr

**Stabilisierung im Handwerk**

Der Umsatz und die Zahl der Beschäftigten der rheinland-pfälzischen Handwerksbetriebe waren im zweiten Vierteljahr um 1,2 bzw. 1,4 % höher als im entsprechenden Vorjahresquartal. Die größten Umsatzsteigerungen verzeichneten das Bekleidungs-, Textil- und Ledergerber (+ 5,5 %) sowie das Holzgewerbe (+ 4,8 %). Aber auch die Bereiche Glas, Papier und Keramik (+ 3,7 %), Metall (+ 3,1 %) sowie Bau und Ausbau (+ 2,7 %) konnten höhere Umsätze gegenüber dem zweiten Vierteljahr 1986 erzielen.

Den stärksten Rückgang hatte das Nahrungsmittelgewerbe (– 7,3 %) und der Sektor Gesundheit, Körperpflege und Reinigung (– 4,8 %). Besonders betroffen hiervon waren die Fliesenleger (– 14 %), Stukkateure (– 6,9 %), Bäcker und Fleischer (– 9,6 bzw. – 6,6 %). Mit + 18 % erzielten die Schlosser die höchste Umsatzsteigerung.

Die Dienstleistungsgruppe Gesundheit, Körperpflege, Reinigung beschäftigte 15 % mehr Personal als im gleichen Vorjahresquartal. Die günstigste Entwicklung im gesamten Handwerk gab es bei den Gebäudereinigern (+ 26 %). Die langsame Stabilisierung auf dem Bauproduktmarkt zeigt sich im Bau- und Ausbaugewerbe. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 0,4 %. In allen anderen Gewerbegruppen erfolgten Personalreduzierungen. Die Rückgänge lagen zwischen – 0,5 % im Holzgewerbe und – 7,1 % im Bereich Bekleidung, Textil und Leder.

Das erste Halbjahr 1987 wies gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres sowohl bei den Umsätzen als auch den Beschäftigtenzahlen mit jeweils + 0,7 % eine positive Entwicklung auf. hw

**Auftragsplus im Bauhauptgewerbe**

Von Januar bis August 1987 konnten die rheinland-pfälzischen Betriebe des Bauhauptgewerbes Auftragsgänge von 2,78 Mrd. DM verbuchen. Das sind 4,4 % mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Während es im Tiefbau (– 1,4 %) zu einem geringfügigen Rückgang kam, ergab sich im Hochbau eine Verbesserung (+ 8,9 %), die auf die günstige Entwicklung im gewerblichen und industriellen Bau (+ 26 %) zurückzuführen ist. hw

### **Weniger Baugenehmigungen im August**

Die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden erteilten im August Freigaben für 833 neue Wohnhäuser. Das sind 3,3 % weniger als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Zahl neuer Objekte im Nichtwohnbau ging um 24 % auf 159 Einheiten zurück. Baumaßnahmen sind an weiteren 348 bestehenden Wohn- und 116 Nichtwohngebäuden (+ 11,5 bzw. + 27 %) vorgesehen. Genehmigt wurde der Bau von 1 295 Wohnungen. Im Vergleich zum August 1986 bedeutet dies einen Rückgang um 11,9 %. 682 Wohnungen (+ 11,3 %) sollen in Einfamilienhäusern, 242 (- 41 %) in Zweifamilienhäusern und 232 (- 23 %) in Mehrfamilienhäusern gebaut werden.

Von Januar bis August 1987 haben die Bauämter Genehmigungen für die Errichtung von 6 185 neuen Wohn- und 1 236 Nichtwohngebäuden erteilt. Das sind 4,6 bzw. 4 % weniger als in den ersten acht Monaten des Vorjahres. Die Zahl der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden hat im gleichen Zeitraum um 13 % auf 3 156 zugenommen. Insgesamt wurden mit 9 461 geplanten Wohnungen 15 % weniger genehmigt. Mit 3,5 Mrd. DM blieben die veranschlagten reinen Baukosten aber nur um 2,6 % hinter dem Wert im entsprechenden Vorjahreszeitraum zurück. ju

### **40 Millionen Wohngeld im 3. Quartal 1987**

Ende September 1987 gab es in Rheinland-Pfalz 71 179 Wohngeld-Haushalte. Das sind 4 668 mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Mietzuschußempfänger nahm auf 63 180 Personen, die der Lastenzuschußempfänger auf 7 999 zu. Beide Zuschußarten stiegen jeweils um 7 %. In den kreisfreien Städten des Landes lebten knapp 30 000, in den Landkreismunicipalitäten mehr als 41 000 Wohngeldempfänger. Der Anteil der Mietzuschußempfänger betrug in den kreisfreien Städten 97 % und in den Landkreisen 82 %.

Im dritten Quartal beliefen sich die Wohngeldleistungen auf 39,6 Mill. DM. Damit überstiegen die Zahlungen die entsprechenden Vorjahreswerte um 2,2 Mill. DM oder 6 %. An die Empfänger, die in kreisfreien Städten lebten, wurden 16,4 Mill. DM ausbezahlt. Wohngeldempfänger, die ihr Domizil in einem der rheinland-pfälzischen Landkreise hatten, erhielten insgesamt 23,2 Mill. DM. Der monatliche Wohngeldanspruch ist im Landesdurchschnitt um drei DM auf 134 DM gestiegen. Die Wohngeldstellen bewilligten im dritten Vierteljahr rund 8 700 Erstanträge, 20 800 Wiederholungsanträge und mehr als 600 Erhöhungen. ju

### **Gasheizungen erobern den Wärmemarkt**

Während die Energieaufwendungen aller privaten Haushalte zwischen 1975 und 1985 mehr als doppelt so stark wie die Preise für die gesamte Lebenshaltung angestiegen sind, kehrte sich dieser Trend infolge des Ölpreisverfalls ab Ende 1985 um. Der Energieverbrauch dient überwiegend der Versorgung mit Heizwärme. Vor der ersten Ölpreiskrise im Jahre 1973 fand in der weit aus überwiegenden Zahl der Fälle Öl als Energieträger Verwendung. Angesichts stark steigender Weltmarktpreise für Öl wandten sich zahlreiche Bauherren von dieser Versorgungsalternative ab. Dies führte vorübergehend zum verstärkten Einsatz der übrigen Energieträger.

Durch die Anwendung verbesserter Techniken auf dem Energiesektor und die Verminderung von Lieferabhängigkeiten durch Diversifizierung stabilisierte sich der Anteil der Bauherren, die sich für eine Ölheizung entschieden, bis zum Jahre 1983 auf dem Niveau von 1980 bei rd. 51 %. In der Folgezeit wandelten sich die Verbrauchergewohnheiten mit der Tendenz zur verstärkten Verwendung von Gas als Wärmeträger. Entsprechend ist seit 1982 ein stetiger Anstieg der Quote gasbeheizter Wohnneubauten zu verzeichnen. Von 37 % im Jahre 1981 erreichte sie im Jahre 1986 erstmals die 50 %-Marke. Die Entwicklung wurde durch den seit November 1985 eingetretenen Preisverfall für Heizöl nicht beeinflusst. Während sich im Jahre 1986 der Anteil der ölbeheizten Wohnungsbauprojekte um 4,6 % verringerte, stieg der Gasanteil um 8 %. Der Einsatz von Fernwärme, Solarenergieanlagen und Wärmepumpen zur überwiegenden Beheizung beschränkt sich in Rheinland-Pfalz auf wenige Einzelfälle. ju

Mehr über dieses Thema auf Seite 286

### **Im rheinland-pfälzischen Oberhambach mehr Übernachtungen belgischer Gäste als in München**

Unter den Gemeinden der Bundesrepublik, die von Gästen eines Landes bevorzugt werden, befinden sich zahlreiche rheinland-pfälzische Fremdenverkehrsorte, wie eine Untersuchung für das Jahr 1986 zeigt. So ist Oberhambach, eine kleine Gemeinde am Fuß des Hunsrücks mit 235 Einwohnern, mit 32 400 Übernachtungen belgischer Gäste noch vor München an der Spitze aller bundesdeutschen Gemeinden zu finden. Cochem folgt nach München mit 31 600 Übernachtungen auf Platz drei.

Ebenso steht Gonderath, in der Nähe von Kelberg in der Eifel gelegen, mit 212 500 Übernachtungen bei Besuchern aus den Niederlanden ganz vorne. Stadtkyll und Cochem, Kell, Saarburg und Kröv, auch Gerolstein,

Leiwien und Waxweiler gehören ebenfalls zu den ersten 15 bedeutendsten Fremdenverkehrsorten für Gäste dieser Nationalität. Diese herausragende Bedeutung kleinerer Gemeinden ist auf das Vorhandensein von Feriendörfern, die vor allem von Erholungsuchenden aus nicht sehr entfernten Gebieten als Reiseziel gewählt werden, zurückzuführen.

Die Besucher aus den übrigen Herkunftsländern halten sich dagegen mehr in den größeren Städten auf, so auch in Mainz, Koblenz und Trier. Viele Dänen bevorzugen Lahnstein, Briten Boppard, Sankt Goarshausen und Andernach. sr

#### **In den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden 3,4 Mill. Gäste beherbergt**

Die rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetriebe nahmen im August dieses Jahres 594 000 Gäste auf. Das ist nahezu die gleiche Zahl wie im August 1986 (+ 0,4 %). Die Gäste hielten sich im Durchschnitt vier Tage am Ort auf, so daß eine Übernachtungszahl von 2,4 Mill. zu registrieren war (+ 0,4 %).

Während vor allem im Gebiet Westerwald/Lahn/Taunus, in Rheinhessen und in der Pfalz mehr Besucher als im Vorjahresmonat beherbergt wurden, berichteten die Betriebe in den übrigen Regionen von leichten Rückgängen des Fremdenverkehrs. Die meisten Gäste übernachteten in Hotels. Aus dem Ausland kamen 198 000 (+ 2 %). Von ihnen wurden 747 000 Übernachtungen (+ 5,4 %) verzeichnet.

Von Januar bis August 1987 zählten die Beherbergungsbetriebe 3 412 000 Gäste mit 12 558 000 Übernachtungen. Das sind 3,1 bzw. 2 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Unter den Gästen befanden sich 902 000 Ausländer (+ 2,5 %), ihre Übernachtungszahl belief sich auf 3 Mill. (+ 2,2 %). sr

#### **Jeder dritte größere Fremdenverkehrsbetrieb bietet den Gästen Sauna oder Solarium**

Jeder dritte der insgesamt 613 rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe mit 50 und mehr Fremdenbetten hatte nach dem Stand von Anfang Januar 1987 eine Sauna oder ein Solarium. 185 Betriebe verfügen über ein Hallen- oder Freibad, 139 über Sport- oder Fitnessräume und 119 über Kegel- oder Bowlingbahnen. Dieses Angebot an die Gäste wird durch Tennisplätze und Tennishallen in 51 Betrieben ergänzt. Medizinische Kureinrichtungen gibt es in 74 Betrieben, insbesondere in Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten.

Von den großen Fremdenverkehrsbetrieben werden 30 100 Gästezimmer mit 71 100 Betten bereitgestellt, außerdem 2 580 Wohneinheiten in Ferienwohnungen u. ä.. Etwas mehr als die Hälfte aller Zimmer sind Doppelzimmer (15 600) ; zwei von drei haben Bad oder Dusche.

Knapp die Hälfte der Großbetriebe (293) sind Hotels. Zahlenmäßig folgen die 75 Erholungs- und Ferienheime. Die meisten Betten werden von Hotels und Ferienzentren (einschl. Ferienwohnungen und -häuser) angeboten. Zu den Großbetrieben zählen aber auch 54 Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten mit insgesamt 7 200 Betten. sr

#### **Über 100 Mill. DM zur Luftreinhaltung**

Im Jahre 1985 erreichten die Umweltschutzinvestitionen der rheinland-pfälzischen Betriebe des verarbeitenden Gewerbes sowie der Energie- und Wasserversorgung mit 201 Mill. DM einen neuen Höchststand. Mit einem Anstieg um 15 % gegenüber 1984 erhöhte sich auch ihr Anteil am gesamten Investitionsvolumen von 4,5 auf 5,1 %.

Eine verstärkte Investitionstätigkeit war vor allem bei den Betrieben der Energieversorgung und des Investitionsgütergewerbes zu verzeichnen, deren umweltbezogene Aufwendungen sich 1985 im Vergleich zum Vorjahr vervierfachten. Im Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und der Wasserversorgung erreichten die Umweltschutzinvestitionen das Vorjahresniveau. Im gleichen Zeitraum verringerten sich die Aufwendungen des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes und der Nahrungs- und Genußmittelindustrie um 43 bzw. 52 %.

Der größte Teil der Investitionen entfiel auf Maßnahmen zur Luftreinhaltung (101 Mill. DM) und zum Gewässerschutz (77 Mill. DM). Geringer waren mit 17 Mill. DM die Aufwendungen zur Abfallbeseitigung und zur Lärmbekämpfung (6 Mill. DM). wz

#### **19 % weniger Verkehrstote im September 1987**

Im September 1987 registrierten die Polizeibehörden 10 273 Verkehrsunfälle auf den rheinland-pfälzischen Straßen. Das sind rund 10 % weniger als im entsprechenden Monat des Vorjahres.

Bei diesen Unfällen wurden 44 Verkehrsteilnehmer getötet (- 19 %), 737 schwer (- 1,1 %) und 1 619 leicht verletzt (- 11 %). Besonders deutlich gingen die Unfälle mit einem Sachschaden von 3 000 DM und mehr bei einem der Beteiligten zurück (- 16 %). Die Zahl der Sachschadensunfälle unter 3 000 DM verminderte sich um 8,8 %. gr

---

## **kurz + aktuell**

---

### **Leichter Rückgang des Güterumschlags in der Binnenschifffahrt**

Von Januar bis August 1987 wurden in den Häfen des Landes 12,1 Mill. t Güter entladen. Das sind 423 000 t oder 3,4 % weniger als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Der Versand ging um 106 000 t bzw. 1,4 % auf 7,2 Mill. t zurück. Der Gesamtumschlag betrug 19,4 Mill. t gegenüber 19,9 Mill. t im Vorjahr (– 2,7 %). gr

### **Themen der letzten Hefte**

#### **Heft 1 / Januar 1987**

Gemeindedaten in Btx  
Agrarberichterstattung 1987  
Arbeitsstättenzählung 1987  
Sonderschulen im Schuljahr 1986/87  
Bauhauptgewerbe 1986  
Saisonale Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle und Verletzten im Jahre 1985

#### **Heft 2 / Februar 1987**

Die Wahl zum 11. Deutschen Bundestag in Rheinland-Pfalz am 25. Januar 1987  
Erntejahr 1986

#### **Heft 3 / März 1987**

Landwirtschaft in den ausgeweiteten benachteiligten Gebieten  
Die Nutzung der Landesfläche 1985  
Einzelhandel im Regierungsbezirk Trier  
Öffentliche Abwasserentsorgung 1963 bis 1983  
Das Landesinformationssystem

#### **Heft 4 / April 1987**

Landtagswahl in Btx  
Insolvenzen 1986  
Finanzielle Situation der öffentlichen Krankenanstalten  
Tödliche Unfälle 1976 bis 1985  
Holzindustrie 1950 bis 1986  
Allgemeine Viehzählung 1986  
Werkzeugumgebung zur rationellen Software-Entwicklung

#### **Heft 5 / Mai 1987**

Geburtenhäufigkeit – Erwartete und beobachtete Entwicklungstendenzen  
Wohnungsbau 1986  
Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft 1979 bis 1986  
Regionalstruktur des Großhandels und der Handelsvermittlung 1984/85

#### **Heft 6 / Juni 1987**

Die Wahl zum 11. Landtag Rheinland-Pfalz am 17. Mai 1987  
Regionale Wirtschaftsentwicklung 1980 bis 1984  
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1985

#### **Heft 7 / Juli 1987**

Altersstruktur der Landesbediensteten  
Öffentliche Gasversorgung  
Bauhauptgewerbe 1986  
Regionale Schwerpunkte des Gastgewerbes 1979 bis 1985  
Strukturwandel der Rinder- und Schweinehaltung

#### **Heft 8 / August 1987**

Ausbildungsplätze im Mai 1987 – Angebot und Nachfrage  
Ernteberichterstattung 1987  
Säuglingssterblichkeit 1950 bis 1986  
Wohngeld 1986  
Gewerbegründungen  
Dialogauskünfte im Krankenhausrechnungswesen

#### **Heft 9 / September 1987**

Veränderungen im Einzelhandel 1960 bis 1985  
Bevölkerung im Jahr 2000 – Prognoseergebnisse nach dem demographischen Wanderungsansatz  
Finanzielle Situation der Wohngeldempfänger 1986  
Baulandmarkt und Baupreise 1980 bis 1986  
System der Umweltstatistiken

#### **Heft 10 / Oktober 1987**

Methodische Aspekte der Analyse landwirtschaftlichen Strukturwandels  
Verbraucherpreisindizes und ausgewählte Verbraucherpreise 1986 und 1987  
Einkommensschichtung natürlicher Personen  
Personenbeförderung im Straßenverkehr  
Datensicherungssoftware im Statistischen Landesamt  
Kosten- und Leistungsrechnung im Krankenhaus  
Controlling im Krankenhaus

### Zeichenerklärungen

- |  |                        |
|--|------------------------|
| — = nichts vorhanden   | D = Durchschnitt       |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe  |
| · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich   | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an   | s = geschätzte Angabe  |
| ( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist   |                        |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.